



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„JungwählerInnen und ihr Votum für die FPÖ“
Wahlentscheidungen vor dem Hintergrund des
Desintegrationstheorems – Analysiert am Beispiel der
Nationalratswahl 2008

Verfasserin

Barbara Hauenschild

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Dezember 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Matrikelnummer:	0403288
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ.-Doz. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1 Forschungsinteresse	8
1.2 Aufbau der Arbeit	9
2. Theoretischer Rahmen	11
2.1 Wahlmotivforschung	12
2.1.1 Überblick	12
2.1.2 Das sozialpsychologische Modell	14
2.2 Rechtsextremismusforschung	17
2.2.1 Überblick	18
2.2.2 Das Desintegrationstheorem	24
2.2.3 Auswirkungen Sozialer Desintegration	31
2.3 Resümee des theoretischen Teils	35
3. Die Freiheitliche Partei Österreichs	37
3.1 Die historische Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs	37
3.2 Die politische Ausrichtung der FPÖ	43
3.2.1 Begriffsarbeit	43
3.2.2 Einordnung der FPÖ	49
3.3 Exkurs: Veränderung der politischen Landschaft	51
3.4 Entwicklung der FPÖ bei Wahlen, ihre WählerInnen und deren Wahlmotive	54
4. Die Nationalratswahl 2008	59
4.1 Allgemeine Ergebnisse und Analysen	60
4.1.1 Soziodemographische Wahlanalyse	62
4.1.2 Wahlkampfthemen	64
4.1.3 Wahlmotive	66

4.1.4	Zusammenfassung	69
4.2	JungwählerInnen bei der Nationalratswahl 2008	70
4.2.1	Definition „JungwählerInnen“	71
4.2.2	Ergebnisse der JungwählerInnen.....	73
4.2.3	Der Jugendwahlkampf der FPÖ.....	78
5.	Methodik.....	80
5.1	Leitfadeninterview.....	81
5.1.1	Das problemzentrierte Interview.....	82
5.1.2	ExpertInneninterview.....	85
5.2	Auswertungsverfahren	86
6.	Empirischer Teil - Ergebnisse der qualitativen Interviews.....	90
6.1	Allgemeines zur Erhebung	90
6.1.1	Eingrenzung der Zielpersonen	90
6.1.2	Kontaktaufnahme mit den InterviewpartnerInnen	91
6.1.3	Interviewsituation und Erhebungszeitraum	93
6.1.4	Die InterviewpartnerInnen.....	93
6.2	Thematische Auswertung.....	94
6.2.1	Politische Sozialisation.....	94
6.2.2	Politisches Interesse	96
6.2.3	Parteiidentifikation	98
6.2.4	Allgemeines zur Nationalratswahl 2008	99
6.2.5	Themen bei der Nationalratswahl 2008	100
6.2.6	Die Rolle des Spitzenkandidaten	107
6.2.7	Die Einschätzung der FPÖ.....	109
6.2.8	Verortung im politischen Spektrum.....	111
6.4	Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse	120
7.	Schlussbemerkung und Ausblick.....	122

Literaturverzeichnis	125
Anhang	136
I. Fragebogen des problemzentrierten Interviews	136
II. Fragebogen des Experteninterviews mit Andreas Peham	138
III. Fragebogen des Experteninterviews mit Herbert Kickl.....	140
IV. Kurzbeschreibung/Abstract	142
V. Lebenslauf.....	144

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Der Kern des sozialpsychologischen Modells	15
Abbildung 2: Vereinfachte Darstellung des Heitmeyer'schen Desintegrationstheorems	25
Abbildung 3: Wahlverhalten der 16 bis 24-Jährigen bei der Nationalratswahl 2008 (nur Deklarierte)	76
Abbildung 4: Phasen des problemzentrierten Interviews	85
Abbildung 5: Auswertungstafel	115

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Nationalratswahlergebnisse der Zweiten Republik in Prozent	55
Tabelle 2: Hauptmotive der FPÖ-WählerInnen 1986 bis 1999	56
Tabelle 3: FPÖ-WählerInnen nach soziodemographischen Gruppen	58
Tabelle 4: Ergebnisse der Nationalratswahl 2008	61
Tabelle 5: Wahlverhalten 2008 nach WählerInnensegmenten und FPÖ-Anteil 1999	62
Tabelle 6: Relevanz der Wahlkampfthemen	65
Tabelle 7: Motive für die Wahl der SPÖ	66
Tabelle 8: Motive für die Wahl der ÖVP	67
Tabelle 9: Motive für die Wahl der FPÖ	68
Tabelle 10: Motive für die Wahl des BZÖ	68
Tabelle 11: Motive für die Wahl der Grünen	69
Tabelle 12: Wahlverhalten der unter 30-Jährigen bei den Nationalratswahlen 2008 nach Instituten	74
Tabelle 13: Wahlverhalten der unter 30-Jährigen bei den Nationalratswahlen 1986 bis 2008 und Gesamtwahlergebnis der FPÖ	75

1. Einleitung

Nach ersten Wahlanalysen der Nationalratswahl 2008 entbrannte in Österreich eine Diskussion über das Wahlergebnis. Die beiden traditionellen Großparteien SPÖ, Sozialdemokratische Partei Österreichs, und ÖVP, Österreichische Volkspartei, erlebten ein elektorales Desaster ungeahnten Ausmaßes. Gewinner dieser Wahl war das „Dritte Lager“, also FPÖ, Freiheitliche Partei Österreichs, und BZÖ, Bündnis Zukunft Österreich. Sie konnten gemeinsam 28 Prozent der WählerInnenstimmen erlangen und der SPÖ als stimmenstärkste Partei sehr nahe kommen. Ein Aspekt des Wahlergebnisses stach jedoch besonders hervor: der Erfolg bei den jungen WählerInnen. Die FPÖ wurde zur meistgewählten Partei der WählerInnen unter 30 Jahre. Je nach Umfrageinstitut konnte die FPÖ bis zu ein Drittel der WählerInnen für sich gewinnen. Gemeinsam konnten FPÖ und BZÖ sogar 43 Prozent der unter 30-Jährigen überzeugen. Noch deutlicher ist diese Tendenz bei den ErstwählerInnen. Von ihnen sollen sich, den Umfragen zufolge, sogar 44 Prozent für die FPÖ entschieden haben.

Wie dieser Umstand aufgenommen wurde, macht die mediale Berichterstattung deutlich. „Jugend am rechten Rand“ (Profil 2008) titelte etwa die Tageszeitung Profil. Die Süddeutsche Zeitung sah einen „Rechtspopulist als Jugendidol“ (Süddeutsche Zeitung 2008), während die Kleine Zeitung das Wahlergebnis als „Der Zorn der Jugend“ (Kleine Zeitung 2008) bezeichnete. Selten zuvor war den JungwählerInnen so viel Aufmerksamkeit geschenkt worden wie nach dieser Wahl. Damit verbunden waren Mutmaßungen über die Hintergründe dieser Wahlentscheidung. Während die einen darin lediglich „Protest“ gegen die politischen Verhältnisse vermuten wollten, sahen andere darin einen Erfolg der Wahlkampfstrategie rund um den Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache und eine diesbezügliche Schwäche der anderen Parteien. Wieder andere konstatierten jedoch ein Wiederaufkeimen rechter Ideologien und fremdenfeindlicher, für die Gesellschaft mitunter gefährlicher Tendenzen. Schließlich ist die erste Wahl mitunter prägend für spätere Wahlentscheidungen und die FPÖ alles andere als eine unumstrittene Partei. Und hinter all dem stand die Frage: Ist die österreichische Jugend auf dem Weg nach rechts?

Doch so groß die Aufregung zunächst war, so schnell ebte das Interesse an einer tatsächlichen Beantwortung dieser Frage wieder ab. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Wahlmotiven der JungwählerInnen fand kaum statt.

1.1 Forschungsinteresse

Genau an dieser Stelle soll diese Diplomarbeit ansetzen. Das Ziel dieser Arbeit ist es, zu erklären, warum sich bei der Nationalratswahl 2008 so viele junge Menschen dazu entschieden haben, ihre Stimme der FPÖ zu geben. Junge Menschen gelten gewissermaßen als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen. Sie reagieren stärker als andere auf die sie umgebende politische Kultur, die nicht zuletzt den legitimen Rahmen politischer Äußerungen festlegt.

Ausgehend von einer soziologischen Perspektive soll hier der Frage nachgegangen werden, welche Motive die Hintergründe einer Wahlentscheidung junger Menschen für die FPÖ bilden.

Im theoretischen Teil dieser Arbeit soll daher versucht werden, folgende Fragen zu beantworten:

- Welche theoretischen Ansätze können zur Erklärung des Wahlverhaltens junger FPÖ-WählerInnen beitragen?
- Welche Position nimmt die FPÖ im politischen System ein?

Der empirische Teil dieser Arbeit baut auf den zuvor erlangten theoretischen Erkenntnissen auf:

- Können aus dem starken Votum für die FPÖ Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung abgeleitet werden?
- Was sind die Wahlmotive junger FPÖ-WählerInnen? Wie lassen sich diese Motive im theoretischen Kontext verorten?
- Welche Themen waren JungwählerInnen der FPÖ wichtig?
- Haben Desintegrationserfahrungen Einfluss auf die Wahlentscheidung?
- Wie haben sie sich vor der Wahl informiert?
- Welche Bedeutung haben die Instanzen der politischen Sozialisation?
- Welche Rolle spielen Spitzenkandidat und Wahlwerbung für JungwählerInnen der FPÖ?
- Wie betrachten junge FPÖ-WählerInnen die FPÖ im politischen Spektrum?
- Welche Typologien lassen sich aus den Ergebnissen der qualitativen Interviews bilden?

Schlussendlich soll versucht werden, aus diesen Erkenntnissen Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben abzuleiten, schließlich hat das starke Votum junger Menschen doch gerade aus diesem Grund so große Wellen ausgelöst.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Beantwortung dieser Fragestellungen soll in mehreren Schritten erfolgen.

An erster Stelle steht die Auseinandersetzung mit bereits vorhandenen theoretischen Ansätzen zu diesem Thema. Dadurch wird deutlich, welche Aspekte für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen zu berücksichtigen sind. Zunächst werden unterschiedliche Ansätze der Wahlmotivforschung beschrieben. Insbesondere das sozialpsychologische Modell der Wahlentscheidung dient in späterer Folge als eine zentrale theoretische Grundlage. Aufgrund der historischen Verwurzelung der FPÖ erfolgt anschließend ein Überblick über unterschiedliche Ansätze der Rechtsextremismusforschung. Denn im Bezug auf die Wahl rechter Parteien hat sich bereits vor Entstehung der eigentlichen Wahlforschung ein eigener Forschungszweig entwickelt, der sich mit den Hintergründen der Wahlentscheidungen für rechte Parteien beschäftigt. Der Fokus wird schlussendlich auf einen Ansatz gerichtet, nämlich dem Desintegrationstheorem von Heitmeyer. Das Desintegrationstheorem bietet eine breite Erklärungsbasis für die Fragestellung. Zudem handelt es sich um eine soziologisch orientierte Herangehensweise an den Themenkomplex, die in eine allgemeine Theorie gesellschaftlicher Entwicklungen eingebettet ist. Desintegrationserfahrungen werden in dieser Arbeit dadurch zu einer der Wahlentscheidung vorgelagerten, latenten Bedingung angesehen. Über diesen Anhaltspunkt hinausgehend ermöglichen die theoretischen Grundlagen eine systematische Herangehensweise an die Fragestellungen, insbesondere für den empirischen Teil der Arbeit.

Ein notwendiger Schritt ist ein Rückblick auf die historischen Wurzeln der FPÖ und ihrer Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf die Entwicklung der FPÖ seit dem Jahr 2005, stellt dieses Jahr doch eine entscheidende Zäsur in der Parteigeschichte der FPÖ dar. Eine pauschale Kategorisierung der FPÖ als Teil der „rechten“ Parteienfamilie ist für die Auseinandersetzung mit den Fragestellungen zu oberflächlich. Nach einer Diskussion der zentralen Begrifflichkeiten gilt es die Frage zu klären, ob es sich bei der FPÖ um eine rechtspopulistische, rechtsextreme oder anders zu bezeichnende Partei handelt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist eine notwendige Grundlage, stehen die Wahlentscheidung für diese Partei und deren gesellschaftliche Bedingungen doch im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Im Anschluss daran befasst sich diese Arbeit mit der Nationalratswahl 2008, wobei diese Wahl beispielhaft für die Erfolge der FPÖ bei JungwählerInnen herangezogen wird. Nachdem die politischen Entwicklungen rund um die Wahl dargestellt wurden, werden zunächst allgemeine Ergebnisse und Wahlmotive erläutert. Gleichsam werden die für diese Wahl vorliegenden Ergebnisse über das Wahlverhalten der JungwählerInnen diskutiert. Gleichzeitig soll ein Blick zurück zeigen, ob es sich bei dem starken Zuspruch junger Wähler für die FPÖ tatsächlich um eine neue Entwicklung handelt. Welche Aspekte bei jungen Menschen auf eine Wahlentscheidung für die FPÖ Einfluss nehmen, beantwortet der empirische Teil dieser Arbeit.

Aufgrund der Fragestellungen schien eine qualitative Herangehensweise an das Forschungsgebiet angemessen. Der empirische Teil dieser Arbeit bietet zunächst einen Überblick über Erhebungsinstrumente und Methodik. Als Erhebungsinstrument dienten zwei Formen des Leitfadeninterviews.

Mit insgesamt 16 Personen wurden problemzentrierte Leitfadeninterviews durchgeführt. Alle befragten Personen waren zum Zeitpunkt der Nationalratswahl 2008 zwischen 16 und 24 Jahre alt und dem Segment der JungwählerInnen zuzurechnen. Voraussetzung war außerdem, dass sie damals die FPÖ gewählt haben. Ausgehend von theoretischen Vorannahmen werden zunächst in einer thematischen Analyse Einflussfaktoren der Wahlentscheidung behandelt. Zuvor erlangte theoretische Erkenntnisse fließen in diese Analyse ein. Insbesondere das Desintegrationstheorem wird in seiner Wirkungsweise auf die Wahlentscheidung dargestellt. Den nächsten Schritt bildet die Begründung einer Typologie anhand dieser Ergebnisse.

Ergänzend zu den qualitativen Interviews mit JungwählerInnen wurden zwei ExpertInneninterviews durchgeführt, die als komplementäre Informationsquelle dienen.

Abschließend werden zentrale Ergebnisse diskutiert und ein Ausblick versucht.

2. Theoretischer Rahmen

Eine Arbeit, die sich mit der Wahlentscheidung zugunsten einer Partei der extremen Rechten wie der FPÖ¹ beschäftigt, muss in ihren theoretischen Überlegungen insbesondere zwei Forschungstraditionen berücksichtigen.

Ausgehend von den USA gibt es die in den 1940er Jahren begründete Tradition der Wahlmotivforschung. (vgl. Arzheimer 2008: 57) Mittlerweile haben sich auch im Bereich der Wahlforschung, eine der am weitesten entwickelten Teildisziplinen der Politikwissenschaft, unterschiedliche Strömungen entwickelt. Sie alle sollen dazu beitragen, das Wahlverhalten verständlich und prognostizierbar zu machen.

Unabhängig von der traditionellen Wahlforschung sind in den vergangenen Jahrzehnten auch zahlreiche Erklärungsansätze entwickelt worden, die sich speziell mit der Wahl recht(sextrem)er Parteien bzw. der Rechtsextremismusforschung im Allgemeinen beschäftigen. Erste wissenschaftliche Arbeiten dazu sind zeitlich vor der Entwicklung der traditionellen Wahlforschung angesetzt. Extremismus blieb danach als eigenes, erklärungsbedürftiges Phänomen weiterhin Teil des Forschungsdiskurses. (vgl. Arzheimer 2008:78f.) Durch die historischen Hintergründe des Faschismus in Europa wurde die Wahl rechter Parteien als „beunruhigende Abweichung von der normalen politischen Entwicklung“ (Arzheimer 2008: 79) gesehen, die einer Erklärung bedarf. Es wird versucht, eine Verbindung zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und einer Wahlentscheidung für rechte Parteien herzustellen. (vgl. Arzheimer 2008: 46) Dem zugrunde liegt die Annahme, dass Einstellungen sich unmittelbar auf das Wahlverhalten auswirken und rechte Einstellungsmuster die Wahl rechter Parteien begünstigen. Auch wenn es hinsichtlich der Frage, ob es sich bei der FPÖ um eine rechtspopulistische, rechtsextreme oder mit einem anderen Terminus zu bezeichnende Partei handelt, unterschiedliche Auffassungen gibt, besteht innerhalb der scientific community jedenfalls Einigkeit darüber, dass die FPÖ der Parteienfamilie der extremen Rechten zuzuordnen ist. (vgl. Arzheimer 2008; Pelinka 2005; Pelinka 2002)

Es sollen daher sowohl die Wahlmotivforschung als auch die theoretischen Ansätze der Rechtsextremismusforschung zur Erklärung einer Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ herangezogen werden.

¹ Eine ausführliche theoretische Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten erfolgt in dieser Arbeit im Kapitel 3.2

2.1 Wahlmotivforschung

Die Wahlentscheidung steht bei dieser Arbeit im Zentrum des Interesses. Die Teilnahme an Wahlen ist für viele Menschen die einzige Form der politischen Partizipation, ist sie doch im Vergleich zu anderen, unkonventionelleren Formen der politischen Partizipation mit einem relativ geringen Aufwand verbunden. Die Wahlentscheidung ist eine Meinungsäußerung, die von Einstellungen geleitet ist. Wahlentscheidungen werden im Sinne der aktuellen Wahlforschung wie folgt getroffen: „Geleitet von den *Einstellungen*, die sie gegenüber politischen Objekten entwickeln, dabei empfänglich für *soziale Einflüsse*, insbesondere für solche aus ihrem persönlichen Umfeld.“ (Arzheimer 2008: 57) Trotz dieser Festlegung bleiben Aussagen über das Wahlverhalten immer probabilistischer Natur, denn: „Einstellungen können *qua definitionem* das Handeln nicht determinieren, sondern lediglich die Wahrscheinlichkeit, daß eine bestimmte Handlungsoption gewählt wird, vergrößern oder verringern. Neben ihnen wirken noch eine Unzahl anderer Einflüsse, die unmöglich alle gesondert modelliert werden können, auf die individuelle Wahlentscheidung ein.“ (Arzheimer 2008: 59)

Dieses Zitat macht deutlich, dass es sich bei Wahlentscheidungen um soziale Vorgänge handelt, die durch unterschiedlichste Aspekte beeinflusst werden. Gerade hierin liegt die Schwierigkeit, Wahlentscheidungen zu erklären.

2.1.1 Überblick

Die Wahlforschung wird seit Jahrzehnten von drei bis vier theoretischen Strömungen dominiert (vgl. Arzheimer 2008: 44). Dabei handelt es sich um die sozialpsychologische Wahlforschung nach Campbell, die rationalistische oder auch als ökonomische bezeichnete Wahlforschung nach Downs und die soziologische Wahlforschung. Die soziologische Wahlforschung weist zwei unterschiedliche Ausprägungen auf, nämlich eine mikrosoziologische ausgehend von Lazarsfeld und Berelson und eine makrosoziologische von Lipset und Rokkan. In der angewandten Wahlforschung werden diese erwähnten Strömungen der Wahlforschung zumeist einander ergänzend eingebracht, andere Ansätze werden hingegen kaum berücksichtigt.

Einer der ersten Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens wurde von André Siegfried bereits 1913 begründet. Die Wahlgeographie „[...] zieht die kulturellen, geschichtlichen und sozialen Charakteristika räumlicher Einheiten [...]“ zur

Erklärung des individuellen Wahlverhaltens heran. (Fuchs-Heinritz et al. 1995: 729) Der Ansatz war zur Zeit seiner Entstehung bahnbrechend, ist neueren Ansätzen aufgrund seiner theoretischen und methodischen Schwächen jedoch weit unterlegen. (vgl. Rudi/Schoen 2005: 311)

Das rationalistische Modell lenkt „den Blick auf die strukturellen Eigenschaften der Situation, in der die Bürger von Massendemokratien ihre Wahlentscheidung treffen“. (Arzheimer 2008: 45) Downs, der die soziale Wirklichkeit radikal vereinfacht darstellt, geht davon aus, dass „die Bürger klare Präferenzen hinsichtlich der Frage haben, von welcher Partei sie regiert werden wollen und unter den zur Auswahl stehenden Handlungsoptionen diejenigen auswählen, die mit Blick auf die Bildung von ihnen bevorzugten Regierung optimal ist.“ (Arzheimer 2008: 50) Die Rationalität bezieht sich in diesem Fall auf die Wahl der optimalen Mittel zur Erreichung eines Ziels, also der Wahl jener Partei, die aus Sicht des Wählers regieren soll, und nicht auf die politischen Präferenzen. Das Wahlverhalten ist durch den Wunsch nach einem bestimmten Wahlergebnis gelenkt. Es ist zur Erklärung des Wahlverhaltens aus mehreren Gründen nicht geeignet. (vgl. Arzheimer 2008: 45)

Einen anderen Blickwinkel auf die Wahlentscheidung haben soziologische Ansätze, wobei anhand der Analyseeinheiten zwei Ausprägungen unterschieden werden können.

Der mikrosoziologische Ansatz von Lazarsfeld und Berelson betont den Einfluss des sozialen Umfeldes auf das Verhalten des Individuums. Es versucht zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens die politischen Präferenzen des sozialen Umfeldes und die soziale Position einer Person heranzuziehen. Zur Messung der sozialen Position sollen der sozioökonomische Status, der Wohnort und die Konfession als Indikatoren dienen. Die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen mit festen politischen Verhaltensnormen beeinflusst demnach wesentlich die individuelle Wahlentscheidung. „Das mikrosoziologische Erklärungsmodell sieht das Individuum idealtypisch im Mittelpunkt konzentrischer, sich gegenseitig verstärkender sozialer Einflusskreise [...]“. (Korte/Fröhlich 2004: 148) Damit ist dieser Ansatz, im Vergleich zu anderen, flexibler und kann näherungsweise auch wechselndes Wahlverhalten erklären.

Das Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, sieht die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen als ausschlaggebenden Einflussfaktor für die individuelle Wahlentscheidung. Demnach waren im Zuge der Herausbildung des westeuropäischen Parteiensystems vier grundlegende Problemstellungen zu bewältigen: die Spaltung zwischen Besitz und Arbeit, jene zwischen Staat und Kirche um die politische und kulturelle Vorherrschaft, die Spaltung zwischen Stadt

und Land, also zwischen Zentrum und Peripherie sowie die Ethnische bzw. Linguistische Spaltung. (vgl. Rokkan 1980: 121f.) Entlang dieser „Cleavages“ gehen einzelne Bevölkerungsgruppen Koalitionen mit politischen Parteien ein, um die jeweiligen Interessen zu stützen. Dadurch entstehen auf makrosoziologische Perspektive längerfristige, stabile Präferenzen von bestimmten Bevölkerungsgruppen für politische Parteien. (vgl. Korte/Fröhlich 2004: 148f.) Demnach würde beispielsweise ein/e ArbeiterIn und Gewerkschaftsmitglied häufig ArbeiterInnenparteien wählen. Die Arbeit von Lipset und Rokkan befasste sich ursprünglich mit der Entstehung des westeuropäischen Parteiensystems, daraus ableiten ließ sich jedoch auch ein Modell für die individuelle Wahlentscheidung mit eindeutigen Vorhersagen. Problematisch ist es allerdings, wenn Personen keiner oder mehreren Cleavage-Gruppen angehören. Auch Personen mit wechselndem Wahlverhalten können in diesen Ansatz nur schwer integriert werden, würde doch ein Wechsel zu einer anderen Partei auch eine Änderung der Gruppenzugehörigkeit nach sich ziehen. (vgl. Rudi/Schoen 2005: 316)

„Die Stabilität des österreichischen Parteiensystems wurde oft mit Hilfe des wahlsoziologischen Ansatzes, der von der Sozialstruktur als Determinante des Parteiensystems ausgeht, und des sozialpsychologischen Ansatzes, der nach langfristigen individuellen Parteibindungen (Parteiidentifikation) fragt, zu erklären versucht. Diese Ansätze sind dann miteinander vereinbar, wenn die sozialstrukturelle Position der Wähler ihre Interessenslagen wesentlich bestimmen, sodaß langfristige Parteibindungen Ausdruck sowohl dieser Interessenslagen als auch der mit ihnen korrespondierenden Issue-Positionen der Parteien sind.“ (Plasser et al. 2000: 19) Die klassischen sozioökonomischen Gruppen werden jedoch immer kleiner, ihre Zusammensetzung zunehmend heterogener. Die Erklärungskraft der Sozialstruktur für die Wahlergebnisse hat deshalb an Bedeutung verloren. Zudem fehlt es an der Verknüpfung dieser Ansätze mit allgemeineren sozialwissenschaftlichen Theorien. (vgl. Arzheimer 2008: 45)

Die beiden soziologischen Modelle der Wahlentscheidung können als Teil des sozialpsychologischen Modells der Wahlentscheidung interpretiert werden, das im Folgenden dargestellt wird. (vgl. Arzheimer 2008: 45)

2.1.2 Das sozialpsychologische Modell

Im Gegensatz zu den soziologischen Modellen nimmt das sozialpsychologische Modell einen Perspektivenwechsel vor. Im Mittelpunkt des Interesses stehen nicht

gesellschaftliche Strukturen, sondern die individuelle psychologische Beziehung zu einer Partei. (vgl. Korte/Fröhlich 2004: 149) Im Rahmen der Forschung zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts entwickelten Campbell und sein Forscherteam den auch als „Michigan-Modell“ bekannten Ansatz zur Prognose von WählerInnenverhalten. Das sozialpsychologische Modell der Wahlforschung basiert auf dem Zusammenspiel von drei Einstellungsvariablen, nämlich „[...] der Beurteilung der zur Wahl stehenden Kandidaten, der Bewertung der im Kontext der jeweiligen Wahl relevanten politischen Streitfragen und der sogenannten Parteiidentifikation [...].“ (Arzheimer 2008: 64) Parteiidentifikation wird dabei als eine durch Sozialisation erworbene und damit stabile Einstellung angesehen, die die anderen Einstellungsvariablen ursächlich beeinflusst. „In Wahlzeiten stellt die Themenorientierung des Elektorats neben der Kandidatenorientierung eine der beiden kurzfristigen Faktoren dar, die in sozialpsychologischer Sicht gemeinsam mit der aus zahlreichen vorgelagerten Faktoren wie persönlichen Erfahrung und politischen Orientierungen destillierten Parteiidentifikation als wahlentscheidend angesehen werden [...]. Ihre Bedeutung nimmt gegenüber der Parteienidentifikation in dem Maß zu, in dem die Zahl von schwach oder überhaupt nicht an Parteien gebundenen WählerInnen steigt.“ (Melischek et al. 2010: 101)

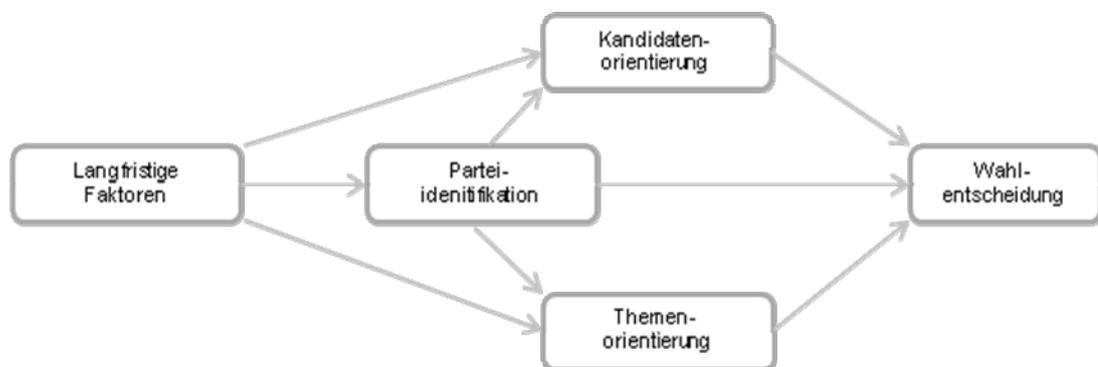


Abbildung 1: Der Kern des sozialpsychologischen Modells (nach Arzheimer 2008: 65)

Anfangs noch kritisiert, wurde das Modell in der Folge verfeinert und es gelang so ein neues sozialpsychologisches Modell der Wahlentscheidung zu entwickeln, das neben stabiler Wählertradition auch kurzfristige Entwicklungen berücksichtigt. (vgl. Arzheimer 2008: 64) Dies wurde durch die Einbeziehung weiter zurückliegender Faktoren, wie etwa die Erfahrung der eigenen Bezugsgruppe und die Einflüsse des sozialen Umfeldes oder die politische Sozialisation, möglich. Die zuvor bereits

bestehenden, soziologisch ausgerichteten Erklärungsansätze wurden so in dieses Modell integriert.

Soziologische und sozialpsychologische Modelle führen, im Gegensatz etwa zum rationalen Modell der Wahlentscheidung, keine expliziten Entscheidungsregeln für die Wahlentscheidung an. Es handelt sich um eine probabilistische Herangehensweise, „innerhalb derer bestimmte Eigenschaften eines Bürgers [...] die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Verhaltens [...] positiv oder negativ beeinflussen“. (Arzheimer 2008: 58) Diese Ansätze suchen nach tieferliegenden Erklärungen für die Entstehung von politischen Präferenzen auf individueller Ebene, „während der von Downs begründete Ansatz der Wahlforschung Präferenzen grundsätzlich als gegeben ansieht und sich auf die Frage konzentriert, welche Handlungsanreize von den objektiven Eigenschaften der Situation auf das Individuum ausgehen.“ (Arzheimer 2008: 58)

Auch wenn das sozialpsychologische Modell anfangs kritisiert wurde, hat es sich in der Praxis der empirischen Sozialforschung ausgesprochen gut bewährt, werden doch zentrale Bestimmungsfaktoren des individuellen Wahlverhaltens berücksichtigt. (vgl. Arzheimer 2008: 65; Rudi/Schoen 2005: 318) „Dabei ist es [...] andererseits so flexibel, daß es als analytischer Rahmen dienen kann, in den sich weitere wichtige Variablen, die das Wahlverhalten beeinflussen können, sinnvoll integrieren lassen. Insbesondere aber ermöglicht es das Modell [...] einige der speziellen Ansätze zur Erklärung der Wahl der extremen Rechten innerhalb dieses allgemeineren Modells der Wahlentscheidung rekonstruieren.“ (Arzheimer 2008: 65f.) Da dem Ann-Arbor-Modell kein eindeutiges Menschen- und Handlungsmodell zugrunde liegt, lässt es sich mit anderen Menschen- und Handlungsmodellen verknüpfen. (vgl. Rudi/Schoen 2005: 322) So hat Arzheimer beispielsweise den Versuch unternommen, das sozialpsychologische Modell der Wahlerklärung nach Campell mit Erklärungsansätzen des Rechtsextremismus, konkret der „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“ von Scheuch und Klingemann, zu verbinden, aber auch zu anderen Theorien der Rechtsextremismusforschung können mit diesem allgemeinen Modell der Wahlforschung Brücken geschlagen werden. In diesem Fall soll versucht werden, das Heitmeyer'sche Desintegrationstheorem mit dem sozialpsychologischen Modell der Wahlentscheidung zu verknüpfen.

2.2 Rechtsextremismusforschung

In ihren Anfängen ging die Rechtsextremismusforschung der Wahlmotivforschung gewissermaßen zeitlich voraus, versuchte die Forschergruppe um Adorno doch bereits in den 1930er Jahren die Hinwendung zum Nationalsozialismus zu erklären. Trotz Wahlmotivforschung versuchte auch die Rechtsextremismusforschung weiterhin Erklärungen für das Wahlverhalten extrem rechter Parteien zu finden, insbesondere seit diese in ganz Europa Wahlerfolge verzeichnen können. Diesen Ansätzen basieren auf der Annahme, dass Wahlentscheidungen durch Einstellungen beeinflusst werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass jedeR WählerIn einer rechtsextremen Partei selbst rechtsextrem ist. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass eine Offenheit gegenüber rechtsextremen Einstellungen vorhanden ist und zur Wahl dieser Parteien beiträgt.

Erklärungsansätze des Phänomens „Rechtsextremismus“ sind zahlreich, teilweise widersprüchlich, aber oftmals auch einander ergänzend. Nahezu alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen haben eigene Theorien zur Entstehung recht(sextrem)er Einstellungen entwickelt. Doch kein Erklärungsmuster, das die Sozialwissenschaften bislang entwickelt haben, ist so umfassend, dass es alle Aspekte des Rechtsextremismus deuten kann, handelt es sich doch um ein facettenreiches Phänomen mit unterschiedlichsten Ausprägungen. Dies schließt die „alltägliche“ verbal artikulierte Fremdenfeindlichkeit ebenso ein wie entsprechendes Wahlverhalten und reicht bis hin zu fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten. Diese unterschiedlichen Erscheinungsformen, die alle unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ zusammengefasst sind, erklären auch die Vielzahl der diesbezüglich entstandenen Theorien. Deshalb und aufgrund der vielen Forschungszweige, die sich im Laufe der Jahre mit den Erscheinungsformen und Ursachen des Rechtsextremismus beschäftigt haben, gibt es unterschiedlichste Zugänge zu diesem Themenfeld. „Die wissenschaftliche Auseinandersetzung ist dabei durch zum Teil konkurrierende und nicht immer aufeinander bezogene Theorien zur Entstehung von Rechtsextremismus geprägt.“ (Decker/Brähler 2006: 9)

Überblicksartig werden nun verschiedene Ansätze der Rechtsextremismusforschung dargestellt. Im Anschluss daran wird eine Theorie detailliert zur Klärung der Forschungsfrage herangezogen.

2.2.1 Überblick

Die Ansätze zur Erklärung des Phänomens Rechtsextremismus sind zahlreich und nahezu ebenso vielfältig sind die Möglichkeiten, diese zu kategorisieren. Die hier vorgenommene Einteilung soll die zahlreichen Ansätze in vier Hauptströmungen kategorisieren, nämlich in die Wirkung von Persönlichkeitsmerkmalen und Wertorientierungen, die Wirkung von Ungleichgewichtszuständen, die Folgen des sozialen Wandels und Einflüsse der politischen Kultur. (vgl. Winkler 1996) Ausgangspunkt der Darstellung ist das Konzept des autoritären Charakters, ist es doch die erste und bis heute prägende Studie der Rechtsextremismusforschung.

Ansätze der Rechtsextremismusforschung die auf Persönlichkeitsmerkmale und Wertorientierungen abzielen, teilen die Vorstellung, dass sich hinter der Herausbildung bestimmter Einstellungen eine spezifische Persönlichkeitsstruktur verbirgt.

Das Konzept des autoritären Charakters wurde in den 1930er Jahren von Erich Fromm entwickelt und gewann durch die Studien von Adorno, Frenkel-Brunswik, Lewinson und Sanford an Bedeutung. Es ist einer der ältesten und bekanntesten Ansätze, die die Unterstützung extrem rechter Bewegungen auf Persönlichkeitsmerkmale zurückführen. (vgl. Arzheimer 2008: 79) Ziel des Konzepts war es zunächst, Erklärungen für die weltweite Verbreitung antisemitischer Einstellungen zu finden. Das Konzept beschreibt einen Persönlichkeitstypus, der durch Charakterzüge wie dem starren Festhalten an konventionellen Wertvorstellungen, stereotype Einstellungen, autoritärer Unterwürfigkeit sowie Aggression und eine generelle Feindseligkeit gekennzeichnet ist. „Menschen mit einer autoritären Persönlichkeit weisen nach Adorno u.a. (1950) eine geschlossene rechtsextreme Ideologie auf und neigen dazu, rechtsextreme Gruppierungen und Herrschaftssysteme zu unterstützen.“ (Winkler 1996: 29) Der autoritäre Charakter beruht auf einer Ich-Schwäche, die sich aufgrund einer spezifischen kulturellen und familiären Sozialisation entwickelt und, insbesondere in Krisenzeiten, durch „nach oben buckeln, nach unten treten“ gekennzeichnet ist. (vgl. Zick/Henry 2009: 191f.) Die Ursachen werden in der frühkindlichen und familiären Sozialisation gesucht. Zur Messung des Syndroms in der Bevölkerung wurde eine F(aschismus)-Skala entwickelt, die den Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Menschenfeindlichkeit auch vielfach belegt. Diese Skala wurde oftmals kritisiert und revidiert, andere theoretische und methodische Alternativen haben dieses Konzept mittlerweile abgelöst. (vgl. Zick/Henry 2009: 192) Doch bis heute ist das

Autoritarismuskonzept Ansatzpunkt für viele andere Erklärungsansätze des Rechtsextremismus.

So hat Oesterreich auf die Theorie des autoritären Charakters aufbauend das Konzept der autoritären Reaktion entwickelt. Oesterreich sieht den Ursprung von Autorität im Individuum. „Sie (Autorität, d. Verf.) ist das Ergebnis einer Attribution, deren motivationale Grundlage Angst und Verunsicherung ist.“ (Oesterreich 2001: 282) Krisen wie soziale Ohnmachtsgefühle, soziale Diskriminierung oder die Antizipation eines Statusverlustes führen zu einer autoritären Reaktion, der Hinwendung zu Autoritäten. Krisenerfahrungen, die die Identität bedrohen, aktivieren das Bedürfnis nach Unterstützung, Schutz und Sicherheit. Autoritäre Einstellungen werden somit nicht mehr auf den Charakter einer Person zurückgeführt, sondern bestimmte Situationen können Autoritarismus auslösen, der dann wiederum zu Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten führt. Nicht jede/r reagiert auf bestimmte Situationen mit autoritären Tendenzen. Die Neigung dazu ist bei Personen oder Gruppen, die objektiv benachteiligt sind oder ihre Situation subjektiv so erleben, höher. Keine Gesellschaft ist frei von Ungleichheiten zwischen einzelnen Gruppen, sei dies in Bezug auf Bildung, Einkommen oder andere Merkmale. Wenn diese Unterschiede jedoch als soziale oder ökonomische Bedrohung erlebt werden, müssen sie bewältigt oder kompensiert werden. (vgl. Zick/Henry 2009: 194) Dabei orientieren sich Menschen zunächst an „den Mächtigen“, etwa den etablierten politischen Parteien. „Eine Orientierung an extremen politischen Gruppen kann erst dann erfolgen, wenn die Schutz und Sicherheit bietenden Autoritäten, auf die sich zuerst die Hoffnung gerichtet haben, versagen [...]“ (Oesterreich 2001: 284) Autoritäre Reaktionen stellen eine Möglichkeit dar, niedrigen Status und damit verbundene Selbstwertverletzungen zu kompensieren und vermitteln so eine Illusion der Stärke. (vgl. Zick/Henry 2009: 194) Eine Weiterentwicklung der Autoritarismusthese ist auch das Dogmatismuskonzept von Rokeach. Es handelt sich dabei um den Versuch einer „ideologiefreien“ Weiterentwicklung des „autoritären Charakters“, denn Autoritarismus existiert in allen politischen und kulturellen Bereichen unabhängig von der ideologischen Ausrichtung. (vgl. Winkler 2001: 29f.). Die Existenz einer Autorität wird als natürlich angesehen und ist mit einer Intoleranz gegenüber Personen mit anderer Meinung verbunden. Geschlossene Orientierungssysteme bedingen eine selektive und undifferenzierte Wahrnehmung von Informationen und Handlungssituationen. Zur Überprüfung seiner Hypothesen entwickelte Rokeach die D-Skala. Auch ihre Validität wurde vielfach bezweifelt.

Ähnlich wie Rokeach geht auch Inglehart davon aus, dass Werte einen wesentlichen Einfluss darauf haben, ob Handlungen als legitim erachtet werden oder nicht. „Die zentrale verhaltenswirksame Wertedimension sieht Inglehart in der Materialismus-Postmaterialismus-Dimension, wobei sicherheits- und ordnungsbezogene Werte als materialistische und Werte wie Freiheit der Meinungsäußerung, Toleranz gegenüber Minderheiten oder Umweltverschönerung als postmaterialistische Werte bezeichnet werden.“ (Winkler 2001: 30) Inglehart nimmt den Gedanken der autoritären Persönlichkeit in seinem Konzept so wieder auf. Er betont die Bedeutung der sozioökonomischen Lebensumstände, während der Aspekt der Erziehung unbeachtet bleibt. Das Heranwachsen in ungünstigen ökonomischen Bedingungen begründet demnach die Entwicklung materialistischer Überzeugungssysteme. Entsprechend der Mangelhypothese entwickeln Individuen die höchste Priorität für die am wenigsten befriedigten Bedürfnisse. Der Einfluss der sozioökonomischen Verhältnisse wird von Inglehart überschätzt, wirkt doch auch Ausbildung oder Erziehung auf die Entwicklung von Werten ein.

In Anknüpfung an Inglehart hat Ignazi seine These von der „silent counter-revolution“ formuliert. Ignazi sieht den Aufschwung der rechten Parteien als Gegenreaktion zu dem Bedeutungszuwachs links-libertärer Parteien. Die These vermag intuitiv plausibel klingen, verbleibt jedoch im Bereich der Spekulation. (vgl. Arzheimer 2008: 82)

Auch Kitschelt geht davon aus, dass gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu Veränderungen der politischen Präferenzen geführt haben. Kitschelt räumt materiellen Überlegungen aber eine größere Bedeutung ein als Ignazi das tut. (vgl. Arzheimer 2008: 84)

Auch wenn diese Ansätze konzeptuelle und methodische Schwierigkeiten mit sich bringen, bleibt die Annahme, dass sich „gesellschaftliche Wertorientierungen, Ideologien und eventuell auch Persönlichkeitsfaktoren auf die Bewertung von Personen, Parteien und Programmen auswirken und damit einen indirekten Einfluß auf die Wahlentscheidung haben können“ (Arzheimer 2008: 85).

Viele Ansätze zur Erklärung des Rechtsextremismus sehen die Ursache in gesellschaftlichen Ungleichgewichtszuständen. Die sozialpsychologische Forschung sieht die Ursache für rechte Einstellungsmuster in Intergruppenprozessen. Diese Ansätze führen die Unterstützung der extremen Rechten auf Konflikte zwischen sozialen Gruppen zurück, wobei das „Ungleichgewicht“ sich vor allem auf das wahrgenommene Anspruchsniveau und die eigene Situation im Vergleich zu anderen bezieht. (vgl. Arzheimer 2008:87) „Ausgangspunkt ist die These, dass die

eigene Definition von Status, Identität und Selbstwertgefühl stark mit vorhandenen Gruppenzugehörigkeiten verbunden ist (Gruppenidentifikation). [...] Fremdgruppen werden als Referenzpunkt für die eigene Wertigkeit herangezogen und dienen somit auch der Einschätzung einer potenziellen Bedrohung des eigenen Status.“ (Rippl 2003: 233f.) Die Aufmerksamkeit richtet sich hier stärker auf die Zugehörigkeit von Individuen zu Kollektiven und wie diese ihre wirtschaftliche und soziale Situation wahrnehmen. (Winkler 2001) Gerade in diesem Bereich gibt es eine solche Vielzahl von Ansätzen, dass hier nur ein allgemein gehaltener Überblick möglich ist.

Die Theorie des „realistic group conflict“ besagt, „daß die Mitglieder einer Gruppe, die mit einer oder mehreren anderen Gruppen um eine knappe und nicht ohne weiteres vermehrbare Ressourcen [...] konkurriert, feindselige Einstellungen gegenüber den Mitgliedern der Fremdgruppe(n) entwickeln und diese generell [...] sehr negativ beurteilen“ (Arzheimer 2008: 88). Entscheidend ist hier nicht die tatsächlich vorhandene Knappheit der Ressourcen, sondern die empfundene.

Hofstadter und Lipset betrachten in ihrer Hypothese zur „Statuspolitik“ den Wunsch nach Beibehaltung des sozialen Status als Auslöser für die Hinwendung zu rechten Orientierungen. Sie vertreten die Behauptung, dass diese Bewegungen nicht die ökonomischen Interessen ihrer Trägerschicht vertreten. (vgl. Arzheimer 2008: 89) Statuspolitik nimmt hier eine intervenierende Position „zwischen äußeren Umwelteinflüssen und Persönlichkeitsmerkmalen auf der einen und den erklärungsrelevanten rechtsextremen Verhaltensweisen auf der anderen Seite“ (Winkler 1996: 35) ein. Personen mit einer entsprechend rechtsautoritären Persönlichkeitsstruktur neigen, wenn sie eine niedrigere gesellschaftliche Position als gewünscht einnehmen, zu rechtsextremen Verhaltensformen.

Auch Ansätze, die auf die relative Deprivation eingehen, sind auf gesellschaftliche Ungleichgewichtszustände zurückzuführen. Unter relativer Deprivation versteht man einen „[...] Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit, dessen Grund in einer Kluft zwischen dem Ist und dem Wunsch liegt.“ (Winkler 1996: 34) Der Begriff der relativen Deprivation wurde wesentlich von Stouffer, in seiner soziologischen Ausprägung von Runciman geprägt. (Arzheimer 2008: 94) Dies kann sowohl materielle als auch immaterielle Güter betreffen und führt zu einem Zusammenschluss der Individuen gegen die vermeintlichen Verursacher. „*Deprivationstheoretische Überlegungen* gehen von einem Zusammenhang zwischen objektiven oder auch nur subjektiv empfundenen Benachteiligungen (insbesondere ökonomischer Art) und der Entstehung fremdenfeindlicher Orientierungen aus.“ (Rippl 2003: 233)

An dieser Stelle sind wohl die oft angesprochenen Diskussionen über den wachsenden „Wohlstands-Chauvinismus“ oder die „Modernisierungsverlierer“ zu erwähnen. (vgl. Herrmann 1995: 121)

Ansätze, die von gesellschaftlichen Ungleichgewichtszuständen sprechen, sind zunächst zwar plausibel, aber häufig konzeptionell vage, da es sich doch oftmals um monokausale Erklärungsversuche handelt, die die komplexe Realität nur unzureichend darstellen können. Zudem können sie aufgrund der schlechten Datenlage empirisch kaum überprüft werden. (vgl. Arzheimer 2008: 99)

Andere Forschungsansätze betrachten Rechtsextremismus als eine Reaktion auf den schnellen sozialen Wandel. Diese Ansätze gehen auf Durkheim zurück, nimmt er doch in seiner Studie über den Suizid an, dass Menschen, die nicht oder nur unzureichend in soziale Gruppen integriert sind, auch eine mangelnde Bindung an gesellschaftliche Normen entwickeln. (vgl. Arzheimer 2008: 86) Daraus resultiert das vermehrte Auftreten von abweichenden Verhaltensformen wie Kriminalität oder Selbstmord.

Parsons stellte einen Zusammenhang zwischen Anomie und der Unterstützung faschistischer Bewegungen her. Demnach führt Anomie zu Unsicherheitsgefühlen des Individuums, wohingegen die Hinwendung zu klar organisierten Gruppen mit autoritärer Führung das Bedürfnis nach klaren Regeln stillen kann. Parsons geht jedoch von der Annahme aus, dass anomische Personen nur dann von rechtsextremen Gruppen mobilisiert werden können, wenn in der Gesellschaft eine Ideologie verbreitet ist, die zumindest Elemente der rechtsextremen Ideologie als legitim erachtet.

Auch der anomietheoretische Ansatz von Merton sieht die Hinwendung zu rechtsextremen Einstellungen als Folge des schnellen sozialen Wandels in modernen Industriegesellschaften. Denn der gesellschaftliche Wandel ist mit Verunsicherung, Anomie und Statusängsten verbunden, die durch fremdenfeindliche Einstellungen kompensiert werden. „Desintegration und Anomie setzen nach Merton dann ein, wenn Individuen eine Diskrepanz zwischen den kulturell anerkannten und von ihnen internalisierten Werthaltungen und Zielen zu den ihnen zur Erreichung dieser Ziele zur Verfügung stehenden Mittel erfahren.“ (Rippl 2002: 136)

Ansätze, die hier verortet sind, erscheinen zwar plausibel, können empirisch jedoch nur unzureichend belegt werden. (vgl. Arzheimer 2008: 87) Zudem bleiben viele Handlungsmöglichkeiten offen. Die Erklärungskraft dieser Ansätze wird durch den fehlenden Determinismus eingeschränkt.

Die letzte Gruppe von Ansätzen kann als Wirkungen der politischen Kultur zusammengefasst werden und beschäftigt sich mit Gelegenheitsstrukturen, strukturellen Randbedingungen und Kontexteinflüssen. (vgl. Arzheimer 2008: 99) Politische Kultur hat dabei in mehrfacher Weise Einfluss auf das Wahlverhalten. Innerhalb des Sozialisationsprozesses beeinflusst sie das Lernen von politischen Einstellungen und gibt den Rahmen für politisch legitime Äußerungen vor. „Darüber hinaus stellt sie neben der Positionierung in den gesellschaftlichen Subsystemen eine wesentliche Determinante von Ungleichgewichtszuständen dar.“ (Winkler 1996: 41) Die politische Kultur legt gewissermaßen die „Schwelle“ fest, die überwunden werden muss, um rechtsextreme Einstellungen oder Verhaltensformen zu äußern. Dadurch wird sie für eine Vielzahl von Erklärungsansätzen als strukturelle Randbedingung angesehen. (vgl. Arzheimer 2008: 99)

So geht Parsons etwa davon aus, dass anomische Personen nur dann von rechtsextremen Bewegungen gewonnen werden können, wenn die politische Kultur dies zulässt. Als mögliche Gründe werden außerdem die Politikverdrossenheit, die Krise des politischen Systems und der Vertrauensverlust in staatliche Institutionen genannt.

Erwähnt werden sollen an dieser Stelle auch historische Ansätze, die die Ursache für rechtsextreme Orientierungen in der fehlenden demokratischen Tradition oder der mangelnden Aufarbeitung des Nationalsozialismus sehen.

Kontextuelle Bedingungen sind für individuelle Entscheidungen sicherlich nicht bedeutungslos, jedoch als alleinige Erklärungsvariable ungeeignet. Die Richtung des Zusammenhangs zwischen einem Kontextmerkmal und der Wahl der extremen Rechten kann überdies nicht eindeutig festgelegt werden. (vgl. Arzheimer 2008: 104)

Wie dieser Überblick zeigt, haben unterschiedliche sozialwissenschaftliche Disziplinen eigene Theorien zur Entstehung recht(sextrem)er Einstellungen und recht(sextrem)en Verhaltens entwickelt. In der Regel sind diese stark an das spezifische Forschungsgebiet sowie eine spezielle Fragestellung gebunden und können so häufig nur partiell gültige Erklärungen bieten. Die Entwicklung von Einstellungen im Allgemeinen und von fremdenfeindlichen Orientierungen im Speziellen sind jedoch komplexe Prozesse, die nicht monokausal erklärt werden können. Jede Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Theorienkonstrukt ist selektiv, aber auch immer auf die spezifische Fragestellung hin zugeschnitten. Angesichts der dieser Arbeit zugrundeliegenden Fragestellung wird das Desintegrationstheorem von Heitmeyer herangezogen.

2.2.2 Das Desintegrationstheorem

Einer der aktuell meistbeachteten Ansätze ist der als „Bielefelder Desintegrationsansatz“ oder auch als Desintegrationstheorem bekannte Ansatz von Wilhelm Heitmeyer. Dieser wurde von Heitmeyer und Anhut in den 1980/90er Jahren im Rahmen der Forschungen zur rechtsextremistischen Orientierung Jugendlicher entwickelt. Nicht unumstritten wurden die ursprünglichen Thesen in der Zwischenzeit verfeinert und erweitert.

Das Desintegrationstheorem von Heitmeyer bemüht sich um eine systematische Zusammenführung verschiedener Ansätze der Rechtsextremismusforschung. (vgl. Rippl 2005: 364) Es beinhaltet sowohl Elemente des anomietheoretischen Ansatzes von Merton als auch des deprivationstheoretischen Ansatzes, der auf ökonomische Aspekte Bezug nimmt. Der Intergruppenansatz und die Autoritarismusforschung, damit auch die politische Sozialisation, finden ebenso wie das Konzept der bindungslosen Flexibilität in Heitmeyers Theorie Eingang. (vgl. Lamnek 2005: 179f.)

Der soziologisch orientierte Desintegrationsansatz von Heitmeyer ermöglicht durch die Berücksichtigung verschiedener inhaltlicher Bereiche deren systematisch-theoretische Einbindung und bettet seinen Forschungsansatz in eine allgemeinere Theorie gesellschaftlicher Integrationsprozesse ein. (vgl. Rippl/Baier 2005: 648f.) Im Zentrum von Heitmeyers Ansatz stehen individuelle Deprivationserfahrungen als Konsequenz des sozialen Wandels in modernen Industriegesellschaften. Heitmeyer folgt damit den Annahmen Durkheims, „der schon um die Jahrhundertwende Gesellschaften mit intensivem Wandel als anomisch charakterisierte“ (Winkler 1996: 37). In Phasen großer Veränderungen löst sich die Beziehung zwischen dem Individuum und der Gesellschaft zunehmend auf, sodass die gemeinsamen Normen an Verbindlichkeit verlieren. Parsons griff 1942 das Anomiekonzept von Durkheim auf. Aus seiner Sicht ist die Zuwendung zum Nationalsozialismus ein Versuch der Desorientierten der Anomie zu entgehen. (vgl. Winkler 1996: 39) „Schon Parsons wies darauf hin, daß der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen nicht allein mit dem Hinweis auf Desintegrationsprozesse erklärt werden könne.“ (Winkler 1996: 39)

Die Folgen des gesellschaftlichen Wandels stehen auch bei Heitmeyer am Beginn seiner Überlegungen. Ausgehend von einer zunehmenden Individualisierung, die Beck in seinem Werk „Risikogesellschaft“ beschrieben hat, verdeutlicht Heitmeyer den gesamtgesellschaftlichen Kontext der vor sich gehenden Veränderungen. Die Individualisierung der Lebenslagen führt durch den Verlust der Bindungen an

traditionelle Kollektive, Lebensformen und Milieus zunehmend zur Vereinzelung. (vgl. Pfahl-Traugber 2001: 201) Neu entstehende Handlungsspielräume bleiben oftmals ungenutzt, „was insbesondere bei Jugendlichen zu Verunsicherungen, Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen führe“ (Pfahl-Traugber 2001: 102). Genau hier ergeben sich für Heitmeyer die Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Ideologien: sie bieten Orientierung, Gemeinschaft und Macht durch Gewaltakzeptanz.

Bevor jedoch auf die Folgen sozialer Desintegration eingegangen werden kann, müssen zunächst die Grundlagen der Heitmeyer'schen Theorie dargestellt werden. Es stellt sich zunächst die Frage, was ist soziale Integration?

Parsons, der bei seinem Erklärungsansatz zum Nationalsozialismus von ähnlichen Annahmen ausgeht wie Heitmeyer, spricht von vollständiger sozialer Integration als Gegenpol von Anomie. (vgl. Winkler 1996: 37) Heitmeyer versteht unter sozialer Integration ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Bindung zwischen dem Individuum und der Gesellschaft. (vgl. Heitmeyer 2009: 22) Voraussetzung für soziale Integration ist insbesondere die Lösung dreier spezifischer Problemstellungen.

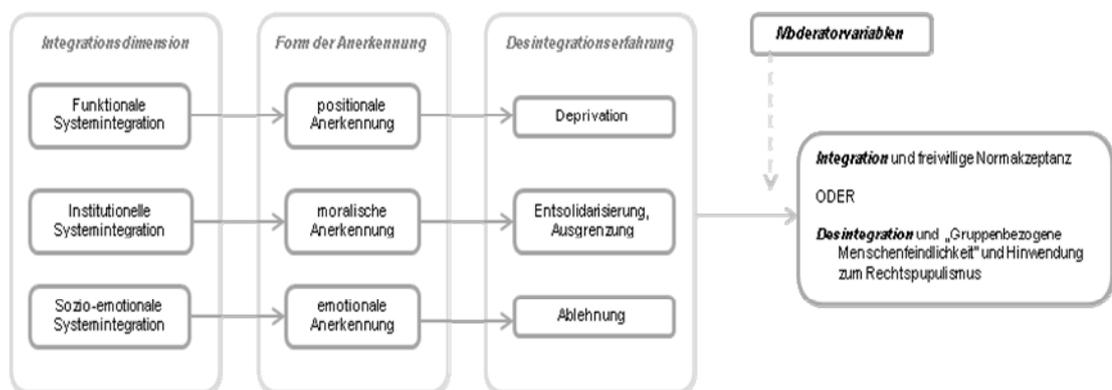


Abbildung 2: Vereinfachte Darstellung des Heitmeyer'schen Desintegrationstheorems

Soziale Integration auf sozialstruktureller Ebene, dem ersten Bereich, ist gleichbedeutend mit der Teilhabe der/s Einzelnen an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft. Die Beurteilung des Teilnahmegrades erfolgt anhand objektiver und subjektiver Kriterien. Die objektive Dimension bezieht sich auf den Zugang zu den verschiedenen Teilsystemen, wie etwa Arbeits-, Wohn- und Konsummarkt. Für die subjektive Subdimension ist die Zufriedenheit mit der beruflichen und sozialen Position entscheidend. Diese zwei Bereiche sind ausschlaggebend für die Entwicklung der positionalen Anerkennung. (vgl. Heitmeyer

2009: 22f.) Auch bei der positionalen Anerkennung können zwei Formen unterschieden werden. Bei der kollektiven positionalen Anerkennung „handelt es sich um die Anerkennung, die einer Person aufgrund ihres sozialen Status und der diesem Status zugeschriebenen Nützlichkeit [...] zugeteilt wird, zum anderen erfährt die Person Wertschätzung für [...] das kompetente Bewältigen von sich alltäglich stellenden Aufgaben im Zusammenhang mit ihrer sozialen Position [...]“ (Mansel/Kaletta 2009: 75), also der individuellen positionalen Anerkennung. Dies ist die Dimension der Teilhabe, der individuell-funktionalen Systemintegration. (vgl. Heitmeyer 2009: 22f.)

„*Desintegrationsprobleme* treten dann auf, wenn diese Wahrnehmungsmöglichkeiten strukturell gefährdet sind und subjektiv als *Anerkennungsverluste* interpretiert werden.“ (Endrikat et al. 2002: 38) Der Zugang zum Teilsystem Arbeitsmarkt ist ein besonders wichtiger Faktor für die Integration auf sozialstruktureller Ebene, ist er doch gleichzeitig Voraussetzung für die Teilhabe am Konsum- und Wohnungsmarkt. (vgl. Endrikat et al. 2002: 38). Gleichzeitig stellt Arbeitslosigkeit im Sinne der Theorie der sozialen Desintegration eine erhebliche Bedrohung für die positionale Anerkennung dar. (vgl. Heitmeyer 2009: 26)

Ein zweiter Bereich, der für die soziale Integration eines Individuums entscheidend ist, umfasst die institutionelle Ebene. Gemeint sind damit die Teilnahmechancen an politischen und öffentlichen Entscheidungen. Dazu gehört der Ausgleich konfligierender Interessen unterschiedlicher, sozial relevanter Gruppen. „Da [...] geht es [...] um die Sicherstellung ausreichender Partizipationschancen zur Teilnahme an öffentlichen und diskursiven Auseinandersetzungen bei der Festlegung bzw. Änderung entsprechender Verfahren.“ (Anhut/Heitmeyer 2000: 47) Voraussetzung dafür ist die Einhaltung gesellschaftlicher Grundnormen wie Fairness, Gerechtigkeit oder Solidarität auch bei (politischen) Gegnern, die einen solchen Ausgleich ermöglichen und die moralische Anerkennung garantieren. Objektives Kriterium zur Beurteilung dieser Dimension ist die Chance jeder/s Einzelnen am politischen und öffentlichen Diskurs und an Entscheidungsprozessen teilhaben zu können. Subjektiv zeigt sich dies in der Teilnahmebereitschaft der Person dazu. Ergebnis des Zusammenspiels subjektiver und objektiver Dimension ist die moralische Anerkennung. (vgl. Heitmeyer 2009: 23f.) Diese ergibt sich aus der Anerkennung als Adressat politischer Entscheidungen, also dem Gefühl ernst genommen zu werden, sowie der Erkenntnis, sich bei Entscheidungen Gehör verschaffen zu können. (vgl. Mansel/Kaletta 2009: 75f.) „Als politische Akteure (moralisch) nicht anerkannt sehen sich insbesondere jene Befragten, die überzeugt sind, auf politische Entscheidungen keinen Einfluß zu haben und die deshalb auch

nicht bereit sind, sich politisch zu engagieren.“ (Mansel/Kaletta 2009: 86) Die zweite Ebene ist die Dimension der Vergesellschaftung und Teilnahme, der kommunikativ-interaktiven Sozialintegration. (vgl. Heitmeyer 2009: 23f.)

„*Desintegrationsprobleme* werden dann sichtbar, wenn Personen aufgrund von Ohnmachtsgefühlen und ungenügender Realisierung der Grundnormen einen Verlust der *moralischen Anerkennung* wahrnehmen.“ (Endrikat et al. 2002: 39) Hier kommt die oft genannte „Politikverdrossenheit“ ins Spiel, die sich bei genauerem Hinsehen zumeist eher als „PolitikerInnenverdrossenheit“ erweist. „Es bleibt festzuhalten, dass auch Zugangsbeschränkungen, wahrgenommen oder tatsächlich existent, zum politischen Bereich einer Zuwendung zu rechten Ideologien Vorschub leisten.“ (Rippl/Baier 2005: 656) Insbesondere Unzufriedenheit im Bereich der institutionellen Systemintegration führt zur Hinwendung zu rechten Parteien, hat erlebte Desintegration in diesem Bereich doch direkte Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Qualität der Demokratie. (vgl. Heitmeyer 2009; Rippl 2005)

Die dritte Dimension der sozialen Integration ist die personale Ebene und bezieht sich auf den gemeinschaftlichen Lebensbereich. Wesentlich dafür ist die Herstellung emotionaler Beziehungen und Nähe zwischen Personen und die Erfahrung von Verlässlichkeit und Stabilität dieser sozialen Beziehungen. Objektiv ermöglicht die sozio-emotionale Sozialintegration die Herstellung emotionaler Beziehungen zu anderen Personen. Diese wirken sinnstiftend und ermöglichen die Selbstverwirklichung. „Hier werden erhebliche Zuwendungs- und Aufmerksamkeitsressourcen, aber auch Freiräume sowie eine Ausbalancierung von emotionalem Rückhalt und normativen Anforderungen benötigt, um Sinnkrisen, Orientierungslosigkeit, eine Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls oder Wertdiffusion und Identitätskrisen zu vermeiden.“ (Heitmeyer 2009:23) Die personale Identität muss durch das Kollektiv und die soziale Umwelt anerkannt werden, gleichzeitig muss die kollektive Identität und die zugehörige Symbolik bei anderen Kollektiven Anerkennung und Akzeptanz finden. Dies zeigt sich in der emotionalen Anerkennung. Es handelt sich hierbei um die Dimension der Vergemeinschaftung. (vgl. Heitmeyer 2009: 23f.)

„*Desintegrationsprobleme* sind erkennbar, wenn *Chancen personaler Entwicklung* durch unzureichende oder ausbleibende Unterstützung eingeschränkt werden und insgesamt die *emotionale Anerkennung* gefährdet ist.“ (Endrikat et al. 2002: 39)

Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft speist sich, wie eben dargestellt wurde, aus drei Quellen: der ökonomischen Teilhabe, der politischen Partizipation und der sozialen Zugehörigkeit. (vgl. Heitmeyer 2007c: 43) Das

Desintegrationstheorem umfasst soziale Integration damit anders als dies frühere Ansätze tun. „Insbesondere die strukturfunktionalistische Theorie reduzierte die Integrationsfrage auf die Dualität von System- und Sozialintegration, wodurch die soziale Integration zwar als Integration in ‚das‘ Werte- und Normensystem einer Gesellschaft beschrieben werden konnte, ohne aber der unterschiedlichen Bedeutung verschiedener Wert- und Normenvorstellungen für die gesellschaftliche bzw. gemeinschaftliche Integration hinreichend Rechnung zu tragen. [...] Diese grundlegende Unterscheidung von universalistischen Kernnormen und partikularistischen Wertvorstellungen wird nunmehr mittels der Unterscheidung von kommunikativ-interaktiver und kulturell-expressiver Sozialintegration eingefangen.“ (Anhut/Heitmeyer 2000: 49)

Stattdessen bezieht die Desintegrationstheorie bei der sozialen Integration drei Ebenen mit ein, die mit einer jeweils anderen Form der Anerkennung verbunden sind. Erst auf deren Grundlage kann sich ein Gefühl der gesellschaftlichen Zugehörigkeit entwickeln, während Desintegration mit Anerkennungsproblemen und Missachtung verbunden ist. (vgl. Mansel/Kaletta 2009: 75) Die soziale Integration in eine Gesellschaft erfolgt auf freiwilliger Basis. Damit einher geht im Regelfall auch die freiwillige Normakzeptanz, die der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen entgegenwirkt. Soziale Desintegration ist mit einer fehlenden oder mangelnden Verankerung der gesellschaftlichen Normen verbunden, wodurch die Entwicklung antisozialer Einstellungen begünstigt wird.

Eine zentrale Bedeutung für die Wahrnehmung der individuellen Problemlagen, der Situationsdefinition und der Verantwortungszuschreibung haben Einflüsse der sozialen Umwelt. „Von diesen Einflußgrößen wird erwartet, daß sie die Art der individuellen Problemsicht beeinflussen können, und zwar in problem- bzw. konfliktverschärfender oder -entzerrender Weise, weshalb wir auch von Moderatorvariablen sprechen wollen.“ (Anhut/Heitmeyer 2000: 54) Als Moderatorvariablen fungieren die politische Steuerung durch Kollektive, die politische Kultur, die Einbindung in soziale Netzwerke und soziale Gruppen, Inter-Gruppen-Beziehungen im Sinne der Kontakthypothesenforschung und das soziale Klima. (vgl. Anhut/Heitmeyer 2000: 54ff.) Nicht jede Desintegrationserfahrung führt zu fremdenfeindlichen Einstellungen. Es ist von den persönlichen Kompetenzen der/s Einzelnen abhängig, diese Erfahrungen zu verarbeiten.

Desintegrationserfahrungen können die Bereitschaft zur Übernahme fremdenfeindlicher Orientierungen erhöhen, sind, wie eben gezeigt, jedoch keine notwendige Bedingung für die Herausbildung fremdenfeindlicher Orientierungen.

Desintegrationserfahrungen des/der Einzelnen können allerdings Konsequenzen für die Gesellschaft nach sich ziehen. Individuelle Integrationschancen und als gerecht empfundene Gelegenheitsstrukturen zur Wahrnehmung dieser Chancen sind für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Wenn Ungerechtigkeits- und Benachteiligungsgefühle sowie der Eindruck fehlender Fairness vorherrschen, also die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit als misslungen angesehen wird, bedeutet dies negative Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftliche Solidarität. (vgl. Heitmeyer 2009: 25) Denn die mangelnde Verfestigung von Normen bildet die Basis für die Hinwendung zu Einstellungen, die Heitmeyer als Syndrom „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ bezeichnet. „Von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* sprechen wir, wenn sich die Ablehnung oder Ausgrenzung nicht gegen einzelne Personen richtet, sondern gegen Gruppen.“ (Heitmeyer 2007b: 16) Das Defizit an gesellschaftlichen Normen, das sich aus der sozialen Desintegration ergibt, erhöht die Bereitschaft zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ ebenso wie zu Gewalt. (vgl. Heitmeyer 2009: 23f.)

Übrig bleibt in beiden Fällen die Abwertung anderer durch zugewiesene oder ausgewählte gemeinsame Merkmale, die diesen Gruppen zugerechnet werden. Das Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ umfasst mittlerweile zehn Symptome und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen. Rassistische Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zählen ebenso dazu wie Islamophobie, das Einfordern von Etabliertenvorrechten (und damit verbunden die Abwertung und Zurückweisung anderer), die Abwertung von Homosexualität, Behinderten, Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen sowie der klassische Sexismus. (vgl. Heitmeyer 2009: 38f.) Da zumeist mehrere dieser Elemente bei einer Person zu finden sind, wird von einem Syndrom gesprochen. Es handelt sich hier um eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit. (vgl. Heitmeyer 2007b: 19) In Hinblick auf das Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ wird Rechtspopulismus als Einstellungsmuster definiert, das Elemente des Antisemitismus, der Fremdenfeindlichkeit und der autoritären Zustimmung zu Law-and-Order-Parolen beinhaltet. (vgl. Heitmeyer 2009: 34; Klein et al. 2009: 93) Bei rechtspopulistisch eingestellten Personen „[...] zeichnet sich das Bild einer Gruppe ab, die deutlich gewaltbereiter ist und zudem auch gegenüber bestimmten Minderheiten ein erhöhtes Maß an ausgrenzendem Verhalten zeigt. Im Sinne eines Verständnisses von Rechtsextremismus, nach dem sich dieser wesentlich über Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewaltakzeptanz definiert, deutet sich hier ein Rekrutierungsfeld für rechtsextremistische Gruppen an.“ (Schaefer et al. 2002:

132) Eine Geisteshaltung, die feindseliges Denken fördert, verursacht gleichzeitig auch rechtsextreme Gewalt. „In den Regionen, in denen rechtspopulistische Einstellungen [...] stärker verbreitet sind, werden auch häufiger rechtsextreme Straftaten registriert. In einem feindseligen Einstellungsklima gedeihen rechtsextremistische Aktivitäten.“ (Heitmeyer 2009: 36)

Rechtspopulismus kann bei hinreichender Gewaltakzeptanz demnach in Rechtsextremismus umschlagen. Wenn Einstellungen, die Teil des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ sind, nicht mehr nur individuelle Einstellungen sind, sondern von politische Parteien genutzt werden, kann das ein gleichwertiges Zusammenleben in einer Gesellschaft beeinträchtigen. (vgl. Schaefer et al. 2002: 123) Genau darin liegt die Gefahr rechtspopulistischer und rechtsextremer politischer Akteure.

Zurückkommend auf die zuvor genannten Integrationsdimensionen, die diesem Ansatz zugrunde liegen. Die jeweils erfahrene Form der Anerkennung wirkt sich nicht nur auf die Integration in einem dieser Bereiche positiv aus, sondern hat auch positive Effekte auf die anderen Bereiche. Ebenso verhält es sich bei Desintegrationserfahrungen. „Desintegrationstendenzen und Anerkennungsbeschädigung in einer oder mehreren Dimensionen können demgegenüber als entscheidende Beeinträchtigung für die Entwicklung eines stabilen Selbstwertgefühls erachtet werden.“ (Mansel/Kaletta 2009: 76)

Gleichzeitig kann die Anerkennung in einem Bereich Desintegration und/oder Anerkennungsprobleme in einem anderen Bereich kompensieren. (vgl. Mansel/Kaletta 2009: 76) Die Desintegrationstheorie unterstellt in ihrer Wirkungsweise keinen Determinismus, da Menschen ihre Erfahrungen entsprechend ihrer Handlungskompetenzen verarbeiten. (vgl. Endrikat et al 2002: 53) Genau dieser fehlende Determinismus war oftmals Ansatzpunkt für Kritik. Die Reaktion auf Desintegrationserfahrungen wird vom Einzelfall und dessen biographischen Erfahrungen und den gebotenen Gelegenheitsstrukturen abhängig gemacht. Rechte Einstellungen sind deshalb eine mögliche, aber keine notwendige Konsequenz sozialer Desintegration. Ebenso müssen Personen mit entsprechenden Einstellungen nicht notwendigerweise Desintegrationserfahrungen aufweisen. Auch bei Personen, die sich scheinbar erfolgreich in die Gesellschaft integriert haben, kann es zum Syndrom „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ kommen, wenn sie, aus dem Zwang zur Abgrenzung gegenüber anderen, Überlegenheitsgefühle entwickeln. (vgl. Herrmann 1995: 133) „Gerade traditionelle, hoch integrierte Gesellschaften [...] weisen häufig (insbesondere in ökonomischen Krisen) ein hohes

Maß an fremdenfeindlicher Gewalt bis zu Pogromen auf.“ (Eckert 1993: 358, zit. nach Peham 2007: 2f.) Jugendliche entwickeln fremdenfeindliche Orientierungen nicht nur als Folge des Erlebens sozialer Desintegration auf einer oder mehreren Ebenen. „Anfällig für autoritär-nationalistische und rassistische Einstellungen sind vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren und unkritisch die Anforderungen ihrer Eltern übernehmen, das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren.“ (Rommelspacher 1992: 86, zit. nach Peham 2007: 3) Je stärker sich Menschen mit den herrschenden Normen identifizieren und in der dominanten Kultur verhaftet sind, desto stärker betrachten sie eine Abweichung quasi als „narzisstische Kränkung“. (vgl. Peham 2007: 3) Fremdenfeindliche Einstellungen sind hier nicht das Ergebnis mangelnder sozialer Integration, sondern die Folge der übermäßigen Orientierung am Leistungsgedanken. Daraus ergibt sich die Abwertung anderer, sozial schwächerer Personen bis hin zum Sozialdarwinismus. (vgl. Interview mit Andreas Peham)

Auch wenn soziale Desintegration nicht ein alleiniger Einflussfaktor ist, so zeigen die Ergebnisse der Forschung, „[...] daß die rechtspopulistisch eingestellten Personen überdurchschnittlich häufig in den Gruppen mit erhöhten Desintegrationsgefahren vertreten sind und insbesondere ein gravierendes politisches Ohnmachtsempfinden erkennen lassen.“ (Schaefer et al. 2002: 131f.) Die Herausbildung von fremdenfeindlichen Einstellungsmustern ist kein Ergebnis einfacher, linearer Kausalitätsketten, sondern mannigfaltiger, komplexer Konstellationen. (vgl. Herrmann 1995: 134) Gerade der fehlende Determinismus kann auch als Stärke der Theorie angesehen werden, denn: „Jeder Versuch, ‚Wenn-Dann-Aussagen‘ zu formulieren oder simple ‚Ursachen-Wirkungs-Modelle‘ zu konstituieren muß scheitern.“ (Richard Stöss 1989: 244, zitiert nach Herrmann 1995: 119)

2.2.3 Auswirkungen Sozialer Desintegration

Desintegrationstendenzen als Ergebnis von Individualisierung und Modernisierung haben Auswirkungen auf politischer Ebene. Rechtspopulistische und rechtsextremistische politische Akteure machen sich Desintegrationserfahrungen zunutze, sie profitieren von subjektiv und objektiv erlebter Benachteiligung. Objektive Benachteiligung liegt vor, wenn Menschen einen schlechteren Zugang zu relevanten Bereichen haben, wie etwa Bildung, Wohnraum oder

Gesundheitsversorgung. „Der Begriff der subjektiven Benachteiligung bezieht sich dagegen auf das Gefühl, gegenüber anderen schlechter gestellt zu sein, das oft, aber nicht in allen Fällen mit tatsächlicher Benachteiligung einhergeht.“ (Klein et al. 2009: 97) Beides kann dazu führen, dass andere soziale oder ethnische Gruppen als Sündenböcke herangezogen werden und sich aus wohlstandschauvinistischen Ansprüchen Ressentiments gegen andere Gruppen entwickeln. Denn relative Deprivation und auch der Verlust des sozialen Status gelten als Einflussfaktoren für die Entstehung von Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten. Auch kollektive Deprivation, also die empfundene Benachteiligung der Eigengruppe im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen, hat Einfluss auf die Entstehung von Vorurteilen. Heitmeyer berücksichtigt nur individuelle Deprivationserfahrungen, was die Erklärungskraft seines Modells jedoch nicht beeinträchtigt. „Die Folgen individueller oder fraternaler Deprivation werden im Bereich der Rechtsextremismusforschung allerdings sehr ähnlich gesehen, nämlich in negativen Einstellungen und Vorurteilen gegenüber Fremdgruppen.“ (Rippl/Baier 2005: 647)

Die Verbreitung von Vorurteilen und negativen Einstellungen durch Desintegration bietet Anknüpfungspunkte für rechte Parteien. „Solche Benachteiligungen und Statusverluste schürt und nutzt der Rechtspopulismus, indem er Zuwanderer oder Juden als Sündenböcke für diese Statusverluste verantwortlich macht. [...] Die Abwertung schwacher Gruppen hilft, den eigenen Status relativ zu jenem der ‚Fremden‘ zu erhöhen. Die Zustimmung zu autoritären Parolen trägt dazu bei, diese Zugehörigkeit zu unterstreichen. [...] Schließlich legitimiert der Eindruck, benachteiligt zu werden, die Abwertung und Diskriminierung anderer.“ (Klein et al. 2009: 98)

Empfundene Benachteiligung führt dazu, dass Menschen das Vertrauen in die demokratischen RepräsentantInnen und PolitikerInnen verlieren und dadurch anfällig für rechtspopulistische Parolen werden. (Klein et al. 2009:106) Diese negative Haltung gegenüber der repräsentativen Demokratie geht zwar nicht mit einer Ablehnung der Demokratie per se einher, dennoch stellt diese pauschale Kritik eine Gefahr für die Demokratie dar. (vgl. Klein et al. 2009: 107)

Soziale Desintegration und daraus resultierende rechte Einstellungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Beurteilung des politischen Systems, sondern auch auf das Wahlverhalten, wie die Forschergruppe rund um Heitmeyer belegen konnte. „Das Mißtrauen gegenüber demokratischen Parteien und Politikern ist Ausdruck einer von den Bürgern wahrgenommenen *Demokratieentleerung*.“ (Heitmeyer 2009: 35) Daraus resultiert eine höhere Anfälligkeit für rechtspopulistische Parolen, was

wiederum die Übernahme entsprechender Einstellungen fördert. (vgl. Heitmeyer 2009: 35)

Die WählerInnen rechtsextremer Parteien zeigen erhebliche Tendenzen politische Unzufriedenheit und Entfremdung vom politischen System. (vgl. Legge et al. 2009: 54) Funktionale und sozio-emotionale Systemintegration haben Einfluss auf die Beurteilung der Demokratie und wirken auch ihrerseits auf das Ausmaß rechtspopulistischer Einstellungen, wobei die institutionelle Sozialintegration den stärksten Einfluss hat. „Das bedeutet, daß Bürger, die das Gefühl haben, sie hätten keine politischen Partizipationschancen, eher rechtspopulistische Einstellungen übernehmen, weil sie von der Demokratie nichts mehr erwarten.“ (Heitmeyer 2009: 36)

Insbesondere mangelnde Einbindung in den Arbeitsmarkt, geringes Vertrauen in die politischen Eliten und der Eindruck, „keine politischen Einflußmöglichkeiten zu haben, weil politische Eliten die individuellen Problemlagen nicht berücksichtigen“ (Heitmeyer 2009: 36), nähren Zweifel an der Demokratie und erhöhen die Bereitschaft für die Übernahme rechtspopulistischer Einstellungen. (vgl. Heitmeyer 2009: 35f.) Denn politische Unzufriedenheit und die damit verbundene Kritik an Parteien und PolitikerInnen, die zu allgemeinen Zweifeln am demokratischen System führt, sind eng mit dem Rechtspopulismus verbunden und werden von diesem geschürt. (vgl. Klein et al. 2009: 101) „Politische Unzufriedenheit wird [...] als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für die Wahl rechtsextremer Parteien betrachtet.“ (Legge et al. 2009: 60) Sie wird nicht als Ursache des Rechtspopulismus gesehen, sondern als vermittelnder oder verstärkender Faktor. (vgl. Klein et al. 2009: 103)

Auch wenn nicht jede/r WählerIn einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei selbst als rechtsextrem bezeichnet werden darf, findet sich die Gemeinsamkeit der WählerInnen solcher Parteien vor allem in der stärkeren Akzeptanz einzelner Ideologeelemente des Rechtsextremismus sowie der Benennung ähnlicher Problembereiche als Wahlmotive. (vgl. Pfahl-Traughber 2001: 95) Auch wenn die WählerInnen differenziert betrachtet werden müssen, setzt eine solche Wahlentscheidung zumindest Sympathie gegenüber diesen Parteien voraus „und sollte keineswegs als völlig unpolitischer Entscheidungsakt verstanden werden“ (Pfahl-Trauhber 2001: 110). Politische Unzufriedenheit wird zwar oft als Grund für die Wahl rechter Parteien genannt, diese könnte sich jedoch auch in der Wahl anderer Parteien zeigen. Schlussendlich spielen hier doch Ideologeelemente eine Rolle. Selbst wenn diese Personen zunächst keine rechten Tendenzen

aufweisen, bleibt diese politische Veränderung nicht ohne Konsequenzen. Die Gefahr einer Stärkung der Rechten besteht darin, dass sich zunächst noch diffuse politische Proteststimmen mit der Zeit in manifeste politische Ideologien, in diesem Fall eine rechtsextreme Ideologie, verwandeln können und damit eine Veränderung des politischen Klimas eines Landes bewirken können.

So hat sich in den vergangenen Jahren auch die bisherige Mitte der österreichischen Gesellschaft deutlich nach rechts bewegt. Fremdenfeindlichkeit ist längst kein Phänomen des rechten Randes, sondern in der Mitte der Gesellschaft angelangt. „Diskursanalytische Untersuchungen zeigen, wie sich negative Begrifflichkeiten und Vorurteile insbesondere gegenüber ZuwanderInnen, die zuvor den Rechtsextremen zugeschrieben wurden, auch im Mainstream und im Diskurs der politischen Linken wiederfinden.“ (Bacher 2008: 37) Diese Entwicklung ist insofern beunruhigend, als die politische Mitte normbildende und legitimations-schaffende Bedeutung für die Gesellschaft hat und damit in weiterer Folge auch Legitimation für fremdenfeindlich motivierte Handlungen herstellen kann. (vgl. Heitmeyer 2007b: 28ff.)

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die Wahl einer rechten Partei, wie es in Österreich die FPÖ ist, vor dem Hintergrund einer Zustimmung zu fremdenfeindlichen Orientierungen und somit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zu sehen ist. Auch wenn oftmals politische Unzufriedenheit und dadurch ein gewisser Protestcharakter als ausschlaggebend für diese Wahlentscheidung angeführt wird, könnte sich dieser Protest auch in die andere politische Richtung äußern. „Rechtsextreme Orientierungen, Präferenzen für rechte Politikentwürfe und eine allgemeine Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien spielen bei der Unterstützung rechter Flügelparteien somit in komplexer Weise zusammen.“ (Arzheimer/Schoen/Falter 2001: 221) Das Ergebnis ist mittlerweile die gesellschaftliche Legitimation fremdenfeindlicher Haltungen, die zur Wahl rechter Parteien ermuntert.

Bleibt die Frage, warum gerade junge Menschen sich häufig von einer fremdenfeindlichen Politik, wie diese durch rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien vertreten wird, angesprochen fühlen. Zwar beansprucht Heitmeyers Ansatz Gültigkeit für alle Altersgruppen, „ein besonderer Bezug zur Lebensphase Jugend wird durch die Spezifikation spezifischer Problemlagen über den Aspekt der Identitätsbildung hergestellt“ (Rippl 2005: 364).

In Anknüpfung an jugendsoziologische Überlegungen geht Heitmeyer davon aus, dass gerade junge Menschen „vor dem Hintergrund konflikthafter Entwicklungsaufgaben und Identitätsproblemen im Jugendalter“ besonders „anfällig

für fremdenfeindliche Kompensationsbemühungen“ sind. (Rippl 2005: 364f.) Die hier noch später genauer definierte Gruppe der JungwählerInnen befindet sich in einer Phase, in der Anerkennung und Abgrenzung von besonderer Bedeutung sind. Sie lösen sich von ihrem Elternhaus, gehen erste partnerschaftliche Bindungen ein, versuchen ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden und sind dadurch mit einer Eigenverantwortung für ihre Biographie und ihrem möglichen Scheitern konfrontiert. Sie befinden sich somit in einer Phase schwieriger Entwicklungsaufgaben und sind von gesellschaftlichen Veränderungen unmittelbarer betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. (vgl. Hurrelmann 2007: 152) Der Versuch individuelle Erfahrungen zu kompensieren, mündet in der Suche nach Orientierung und Schuldzuweisung, die Fremdenfeindlichkeit begünstigen. (vgl. Rippl/Baier 2005: 650) Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus dürfen aber nicht als ein jugendspezifisches Problem betrachtet werden, es handelt sich vielmehr um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Denn fremdenfeindliche Einstellungen sind nicht nur durch Desintegrationserfahrungen beeinflusst, sondern auch durch die politische Sozialisation. Einflussreiche Sozialisationsinstanzen sind vor allem Eltern und Geschwister, die Schule, die FreundInnen und Medien. Je nach Forschungsansatz wird der für die politische Sozialisation prägende Zeitpunkt unterschiedlich festgelegt, dementsprechend wird auch den Sozialisationsinstanzen wechselnde Bedeutung zugerechnet. Ansätze, die die frühe Jugend als entscheidend erachten, sehen die Familie und insbesondere die Eltern-Kind-Beziehung als wichtigste Instanz. Dazu zählen etwa Transmissionsansätze, die eine Übertragung des kulturellen Kapitals auf die nächste Generation beschreiben. Solche, die die politische Prägung später ansetzen, rücken Peergroup und partnerschaftliche Beziehungen in den Vordergrund. (vgl. Rippl 2004: 19ff.) Für diese Arbeit bleibt festzuhalten, dass die verschiedenen Sozialisationsinstanzen viel eher in einem Ergänzungs- oder auch Konkurrenzverhältnis zueinander stehen und nicht unabhängig voneinander sind. (vgl. Rippl 2004: 22)

Die besondere Lebensphase, in der sich junge Menschen befinden, macht die Hinwendung fremdenfeindlichen Einstellungsmustern und dadurch bedingt die Wahl rechter Parteien offenbar wahrscheinlich. Gleichzeitig sind junge Menschen „geradezu Seismographen für gesellschaftliche Stimmungen, vor deren Hintergrund sie agieren“ (Schiedel 2007: 13; vgl. Hurrelmann 2007: 8). Das gesamtgesellschaftliche Klima prägt sie in ihren Meinungen und Entscheidungen stärker.

2.3 Resümee des theoretischen Teils

Der theoretische Teil dieser Arbeit bietet eine Übersicht über die wichtigsten Strömungen der Wahl- und Rechtsextremismusforschung und auf diese Weise ein Bild über den aktuellen Stand der Forschung in Hinblick auf die der Arbeit zugrunde liegenden Fragestellungen vermitteln. Es werden insbesondere zwei Forschungsansätze herangezogen und näher erläutert, um eine theoretische Grundlage für diese Arbeit zu bilden.

Das sozialpsychologische Modell der Wahlforschung stellt der Wahlentscheidung eine Kombination aus kurz- und langfristigen Indikatoren voran. Langfristige Indikatoren sind etwa die politische Sozialisation, der Einfluss des sozialen und familiären Umfeldes oder auch die Parteiidentifikation. Die Beurteilung von KandidatInnen und politischen Themen zählen zu den kurzfristigen Einflussfaktoren, es besteht jedoch eine Wechselwirkung. Durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Faktoren wird eine umfassende Erklärung für Wahlentscheidungen möglich. Das sozialpsychologische Modell der Wahlentscheidung ist darüber hinaus anschlussfähig für andere Handlungsmodelle. Hier wird eine Verknüpfung des Wahlmotivmodells mit dem Desintegrationstheorem versucht, um die Wahlentscheidung junger Menschen für die FPÖ zu erklären. Das Desintegrationstheorem ist der Wahlentscheidung dabei gewissermaßen vorgelagert. Es bietet den Vorteil, ausgehend von einer soziologischen Betrachtungsweise, unterschiedliche Ansätze der Rechtsextremismusforschung sinnvoll und systematisch miteinander zu verknüpfen. Gesellschaftliche Veränderungen erschweren die soziale Integration von Individuen auf sozialstruktureller, institutioneller und personaler Ebene. Die dadurch erfahrene Desintegration ist der Ursprung für die Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen und die Ausbildung des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Das Desintegrationstheorem unterstellt in seiner Wirkungsweise keinen Determinismus, ist aber gerade aus diesem Grund für die ursächliche Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen und dem daraus resultierenden Wahlverhalten zugunsten rechter Parteien wie der FPÖ besonders geeignet. Schließlich beschäftigt sich diese Arbeit mit den Wahlmotiven junger FPÖ-WählerInnen.

In beiden Ansätzen werden auch Umwelteinflüsse wie beispielweise die politische Kultur oder die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen berücksichtigt. Insbesondere die politische Kultur ist in Hinblick auf diese Fragestellung als relevant zu beurteilen. Bereits durch den Aufstieg Haiders ist die politische Landschaft Österreichs nach rechts gerückt. Fremdenfeindliche Meinungen wurden damit „salonfähig“, die Hemmschwelle eine rechte Partei wie der FPÖ zu wählen, hat insbesondere seit

ihrer Regierungsbeteiligung an Bedeutung verloren. Die wissenschaftliche Position zur FPÖ soll im folgenden Kapitel noch dargestellt werden.

Inwieweit die nun dargestellten Theorieansätze zur Klärung der Fragestellung beitragen können, wird der empirische Teil dieser Arbeit zeigen.

3. Die Freiheitliche Partei Österreichs

Der theoretische Kontext macht deutlich, dass Wahl- und Rechtsextremismusforschung teilweise einander überschneidende Forschungsgebiete sind. Da sich diese Arbeit speziell mit dem Wahlerfolg der FPÖ unter JungwählerInnen beschäftigt, ist es an dieser Stelle notwendig, sich genauer mit dieser Partei zu beschäftigen. Sie muss sich in irgendeiner Art von den anderen Parlamentsparteien unterscheiden, hätte der Wahlerfolg der FPÖ bei der Nationalratswahl 2008 doch sonst nicht für so großes mediales Aufsehen gesorgt. So titelte das Wochenmagazin Profil am 6. Oktober 2008 „Jugend am rechten Rand“ (Profil 2008), ein Artikel in der Tageszeitung Kurier über die Nachwahlstudie zum Wahlverhalten der JungwählerInnen trägt die Überschrift „Marsch nach rechts“ (Kurier 2009). Bei keiner anderen (parlamentarischen) Partei hätte ein solches Wahlergebnis für ähnliche Aufregung gesorgt. Der Hintergrund für diese Reaktion sind nicht nur aktuelle Entwicklungen rund um die FPÖ und ihre FunktionärInnen, sondern auch ihre historischen Wurzeln. Im Rahmen dieser Arbeit ist es daher notwendig, sich mit der Entwicklung der FPÖ seit ihrer Entstehung und mit ihren bisherigen Erfolgen und Niederlagen bei Wahlen auseinanderzusetzen. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die politische Ausrichtung der FPÖ seit der Übernahme der Funktion des Parteibüchlers von Heinz-Christian Strache. Seither häufen sich die Vorwürfe einer Radikalisierung der FPÖ. Sich mit dem Phänomen jugendlicher FPÖ-WählerInnen zu beschäftigen, verlangt eine Beurteilung der aktuellen politischen Ausrichtung der FPÖ, die im Folgenden vorgenommen wird.

3.1 Die historische Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs

Die Freiheitliche Partei Österreichs versucht als moderne Alternative zu den „Altparteien“ aufzutreten, um gegen die tatsächlich oder auch nur vermeintlich vorhandenen Probleme des österreichischen Parteiensystems anzukämpfen. Dabei handelt es sich bei der FPÖ selbst um eine „Traditionspartei“, die seit Beginn der

Zweiten Republik eine Rolle im politischen System Österreichs spielt (vgl. Pelinka 2002, 2004; Schiedel 2007; Bauer 2009). Sie nimmt aufgrund dieser Umstände unter den rechten Parteien Europas eine Sonderstellung ein, sind die meisten von ihnen doch relativ junge Parteien. Die FPÖ selbst beruft sich immer wieder auf ihr historisches Erbe. (vgl. Mitnik 2010: 38) Es ist daher notwendig, bei einer aktuellen Analyse der FPÖ auch ihre historischen Wurzeln nicht zu vergessen.

Neben dem sozialistischen und dem christlich-konservativen Lager existiert in Österreich seit der Bildung der Parteienlandschaft auch ein national-freiheitliches Lager. Die FPÖ ist heute die Repräsentantin dieses Dritten Lagers (vgl. Schiedel 2007: 107; Bauer 2009: 52) und steht damit in einer Tradition, die nicht erst mit der Gründung des „Verband der Unabhängigen“ (VdU) begann. Die Ursprünge des Dritten Lagers liegen bedeutend länger zurück. Sie sind in der Monarchie zu finden, wo das nationale Lager durch Georg von Schönerers „Alldeutsche Vereinigung“ und andere deutschnationale Gruppierungen vertreten war. Während der Ersten Republik sammelten sich die VertreterInnen des Dritten Lagers in der „Großdeutschen Volkspartei“ und dem „Landbund“, bis sie ab den 1930er Jahren im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt erlebten. (vgl. Schiedel 2007: 107; Bauer 2009: 52, Arzheimer 2008: 9) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und einigen Jahren der politischen Exklusion vereinigten sich die deutschnationalen Kräfte 1949 im „Verband der Unabhängigen“ (VdU), der früheren Mitgliedern der NSDAP eine neue politische Heimat bieten sollte (vgl. Bailer/Neugebauer 1993b; Neurieser 2008). Schon in den ersten Jahren des Bestehens wurden die Konfliktlinien und damit das Potenzial für interne Konflikte innerhalb des dritten Lagers deutlich. Dies zeigt schon die kurze Geschichte des VdU. Zwar verstand sich der VdU seit seiner Gründung als Interessensvertretung ehemaliger Nationalsozialisten, Heimkehrer und politisch Unzufriedener, dennoch versuchte schon der erste Bundesobmann liberale Komponenten zu stärken. (vgl. Neurieser 2008) „Trotz der idealistischen Konzeption von Herbert Kraus (Gründungsmitglied des VdU, d.Verf.) sprachen aber die personelle Zusammensetzung und diverse inhaltliche Erklärungen für die Annahme, der VdU sei der Versuch gewesen das national-freiheitliche, sogenannte dritte Lager, zu rekonstruieren, was auch nachträglich, mit der Absicht eine Situation der historischen Kontinuität zu schaffen, von der FPÖ selbst bestätigt wurde.“ (Neurieser 2008: 12)

Die ideologische Ausrichtung des dritten Lagers schwankte seit ihrem Bestehen zwischen den Polen Nationalismus und Liberalismus, welche die zwei Grundpfeiler des deutschnationalen Lagers in Programmatik und Politik darstellen. (vgl.

Neurieser 2008; Schiedel 2007; Bauer 2009) Dieser Zwiespalt ist wesentlich für die parteiengeschichtliche Entwicklung und die politische Ausrichtung des national-freiheitlichen Lagers.

Nach einem ersten Wahlerfolg bei der Nationalratswahl 1949, bei der der VdU als „Wahlpartei der Unabhängigen“ 11,7% der Stimmen erreichte, folgten mehrere Wahlniederlagen. Diese führten zusammen mit zunehmenden internen Konflikten über die Ausrichtung der Partei schließlich zur Auflösung der Partei. (vgl. Bauer 2009:52) Am 7. April 1956 ging aus dem VdU die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hervor. „Zur allgemeinen ideologischen Charakterisierung unter Verwendung des Begriffs liberal und national kann gesagt werden, dass sich der VdU [...] zu einer im Laufe der frühen 1950er Jahre national liberalen Partei [...] entwickelte, um schließlich am Ende (1956, d.Verf.) eine rein vergangenheitsbezogene nationalistische Sammelpartei zu werden.“ (Neurieser 2008: 50) Die Absorption des VdU durch die FPÖ kann damit wohl als erster „Sieg“ des Nationalismus gegenüber dem Liberalismus betrachtet werden. (vgl. Neurieser 2008) „Im Gegensatz zum VdU, der ursprünglich glaubte, ohne ideologisches Fundament auszukommen, war die neue Spitzenrepräsentantin des dritten Lagers auf der festen Basis nationaler Weltanschauungen errichtet worden, wobei liberale Ideen und Vorstellungen keine Rolle spielten.“ (Neurieser 2008: 41)

Deutlich wird dies auch anhand der Personalbesetzung in der FPÖ, etwa beim ersten Parteiobmann der FPÖ Anton Reinthaller. Dieser war politisch kein unbeschriebenes Blatt, war er doch unter anderem Mitglied der illegalen NSDAP in Österreich, ab 1938 Landwirtschaftsminister im Anschlusskabinett Arthur Seyß-Inquart und bis 1945 Reichstagsabgeordneter. (vgl. Bauer 2009: 52) Sowohl personell als auch programmatisch steht die FPÖ im politischen Spektrum Österreichs nicht nur weit rechts, sondern auch in Kontinuität zum Nationalsozialismus. (vgl. Bauer 2009: 52; Schiedel 2007: 107; Pelinka 2002: 281) Dies zeigt sich zunächst darin, dass das Führungspersonal der FPÖ zu Beginn überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP bestand. „Die FPÖ war bei ihrer Gründung eine deutschnationale, sehr weit rechts stehende Partei, in der ehemalige, zum Teil sogar schwer belastete Nationalsozialisten führende Stellungen einnahmen.“ (Bailer/Neugebauer 1993b: 328) Demgegenüber belegen die Wortmeldungen diverser Parteifunktionäre bis heute immer wieder eine fehlende Distanz zum Nationalsozialismus (vgl. Mitnik 2010; Peham 2010).

Auch die weitere Entwicklung der Partei ist von Kämpfen um ihre ideologische Ausrichtung geprägt. In den ersten Jahren ihres Bestehens kann die FPÖ als

„organisatorisch schwach, programmatisch ausgesprochen national“ (Dachs 1997: 287) bezeichnet werden. Nach den ersten Wahlerfolgen als VdU war das Dritte Lager zur deutschnationalen Honoratiorenpartei mit weniger als 8% der WählerInnenstimmen geworden. (vgl. Bauer 2009: 52) Zudem waren seine VertreterInnen vom politischen Geschehen weitgehend ausgeschlossen. Ab Mitte der 1960er Jahre ist die FPÖ unter Parteiohmann Friedrich Peter, ein ehemaliger Waffen-SS-Obersturmführer (vgl. Bauer 2009:52), jedoch zunehmend um eine Normalisierung der politischen Beziehungen und eine Integration in die Parteienlandschaft bemüht. (Dachs 1997: 287f.) Die mit dem neuen Kurs unzufriedenen Rechtsextremen (mehrheitlich Burschenschafter) rund um Norbert Burger spalteten sich 1965 ab und gründeten die *Nationaldemokratische Partei* (NDP). (vgl. Bailer/Neugebauer 1993: 98ff.) Die Bestrebungen, aus der FPÖ eine rechtsliberale Partei zu machen, führten zu einer Unterstützung der SPÖ Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky ab 1970, wofür die SPÖ der Kleinpartei mit einem minderheitenfreundlichen Wahlrecht entgegenkam. (vgl. Bauer 2009: 52) Ab diesem Zeitpunkt genießt die FPÖ zwar weitgehend politische Akzeptanz, dennoch nehmen die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem nationalen und dem wirtschaftsliberalen Flügel zu. (vgl. Neurieser 2008)

Diese mündeten 1980 schließlich in einer Kampfabstimmung zwischen Norbert Steger, der dem liberalen Flügel zuzuordnen ist, und Alexander Götz als Vertreter des nationalen Lagers. (vgl. Bauer 2009: 53) Steger konnte sich durchsetzen und versuchte eine Wandlung der FPÖ hin zu einer liberalen Partei. Bei der Nationalratswahl 1983 erreichte die FPÖ mit nur 5% der Stimmen zwar ihr schwächstes Ergebnis, trat jedoch in eine Koalition mit der SPÖ ein. (vgl. Geden 2006: 20ff.; Bauer 2009) Der von Norbert Steger forcierte liberale Kurs fand jedoch weder in der Parteibasis noch bei den WählerInnen Zustimmung. Die Unzufriedenheit gegenüber der politischen Führung spitzte sich im Verlauf der 1980er Jahre weiter zu und führte schließlich zu einer deutlichen Richtungsentscheidung. Am Innsbrucker Parteitag im September 1986 wurde Norbert Steger vom traditionellen rechten Flügel der FPÖ mit Jörg Haider an der Spitze gestürzt. (vgl. Geden 2006: 20ff.; Bauer 2009: 53) Damit endete auch die Zusammenarbeit mit der SPÖ in der Koalition. Zwar wurden die VertreterInnen der FPÖ nach dem Putsch Haiders nicht müde zu betonen, dass sich an der politischen Ausrichtung der Partei nichts verändert hat. Gleichzeitig verließen jedoch viele bekennende Liberale die FPÖ, die sie immer weniger als ihre politische Heimat bezeichnen konnten. (vgl. Neurieser 2008: 50ff.) Deutlich wird der Richtungsschwenk der FPÖ mit der Parteiübernahme Haiders auch durch die

Wiedereingliederung der in den 60er Jahren abgespaltenen Gruppe um Norbert Burger in die FPÖ.

„Unter Jörg Haider kam es zu einer radikalen Neupositionierung der FPÖ als rechtspopulistische und demagogisch-aktionistische Protestpartei [...]. Ab Mitte der 1990er-Jahre kam es zum Übergang von einer eher diffusen Protestpolitik mit breit gefächerter Wählerkoalition zum artikulierten Rechtspopulismus mit einer elektoralen Schwerpunktsetzung in den unteren Sozial- und Bildungsschichten.“ (Bauer 2009: 53)

Auch in der Außenbetrachtung wurde deutlich, dass mit Jörg Haider der extrem rechte Rand in der FPÖ tonangebend war. Schon bald fiel er mit seinen umstrittenen Aussagen zum Nationalsozialismus auf, gleichzeitig schlug er einen strikten Anti-AusländerInnen-Kurs ein. (vgl. Geden 2006; Bailer/Neugebauer 1993b: 344) Ergebnis dieser neuen politischen Ausrichtung war das von der FPÖ initiierte Volksbegehren „Österreich zuerst“ im Jahr 1993. Dem folgten, einem Ausschluss vorausseilend, der Austritt aus der „Liberalen Internationalen“ sowie die Abspaltung einiger Abgeordneter als „Liberales Forum“. (vgl. Bauer 2009: 53) Neben dem Ausländerthema und dem weiterhin offensiv praktizierten Kampf gegen die Proporzdemokratie war die größte Veränderung im Bereich der Politikvermittlung zu erkennen: Haider machte die FPÖ als Protestpartei erfolgreich.

Die Positionierung als Protestpartei, die erst durch die relative Außenseiterrolle im politischen Machtgefüge Österreichs möglich war, brachte für die FPÖ und Jörg Haider als ihren „autoritären Führer“ (vgl. Bailer/Neugebauer 1993b: 356) große Wahlerfolge. Haider profitierte von der Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Höhepunkt war die Nationalratswahl 1999, als die FPÖ mit 26,9% knapp vor der ÖVP die zweistärkste Kraft des Landes wurde und in eine Koalition mit der ÖVP eintrat. (vgl. Bauer 2009: 53) Jörg Haider selbst hat, auch aufgrund der anhaltenden Proteste im In- und Ausland, keine Regierungsfunktion übernommen. Dem Anspruch einer Partei für „die kleinen Leute“ und dem bisherigen populistischen, teils auch rechtsextremistischen und antisemitischen Politikstil konnte die FPÖ-Regierungsriege in den folgenden Monaten immer weniger entsprechen. (vgl. Schiedel 2007: 112; Bauer 2009: 53) Ihr politischer Kurs war zunehmend (neo-)liberal geprägt. „Diese Machtverschiebung zugunsten des pragmatischeren (neoliberalen) Flügels hatte innerparteilich keine Entsprechung und von daher war es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Basis gegen die sich immer weiter von ihr entfernende Regierungs- und Parlamentstruppe erheben würde.“ (Schiedel 2007: 112) Die Differenzen zwischen den Regierungsmitgliedern

und dem „einfachen Parteimitglied“ Jörg Haider sowie seinen AnhängerInnen führten schließlich zur Einberufung eines Sonderparteitages in Knittelfeld 2002, dessen Verlauf den Parteiaustritt von fast allen FPÖ-Regierungsmitgliedern nach sich zog. (vgl. Schiedel 2007) Aus den vorgezogenen Neuwahlen des Jahres 2002 ging die FPÖ mit nur noch 10% der Stimmen (1999: 26,9%) deutlich geschwächt hervor, setzte die Koalition mit der ÖVP jedoch weiter fort. An der Situation zwischen der überwiegend neoliberal orientierten Führungsspitze und der nationalen Basis änderte sich weiterhin wenig, Kontroversen standen auf der Tagesordnung. „Den Spagat zwischen populistischer Protest- und staatstragender Regierungspartei konnte jedoch auch die neue Führungsriege nicht meistern. [...] Der ökonomische Populismus (‚Kleine-Leute-Rhetorik‘) fiel immer mehr den Realitäten der Regierungsbeteiligung zum Opfer.“ (Bauer 2009: 54)

Die folgenden Niederlagen bei den Landtagswahlen sowie die anhaltenden Richtungskämpfe führten im April 2005 schließlich zur Gründung des „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) durch Jörg Haider und der bisherigen Parteispitze der FPÖ. Das BZÖ wurde damit zu einer Partei mit Regierungsfunktion, aber - mit Ausnahme Kärntens - praktisch ohne Organisationsstruktur und Mitglieder. (vgl. Bauer 2009:54) „Programmatisch und auch personell war das BZÖ jedoch keine neue Partei, sondern die Fortsetzung der FPÖ unter neuer Etikette zur Weiterführung der Regierungsbeteiligung.“ (Bauer 2009: 54)

Die verbleibende FPÖ wurde kurzerhand vom bisherigen Wiener Landesparteiobmann Heinz Christian Strache übernommen. Dieser stammt aus dem weit rechts stehenden nationalen Flügel innerhalb der FPÖ und war für einen neuerlichen Rechtsruck in der FPÖ verantwortlich. „Während das BZÖ sich weiterhin ganz technokratisch der Regierungsarbeit verpflichtete, kehrte die Rest-FPÖ unter ihrem neuen Obmann Strache zum strammen Rechts- und strikten Oppositionskurs zurück.“ (Schiedel 2007: 117) Mit dieser Strategie konnte sich die FPÖ, nach Schwächen bei den Landtagswahlen 2005, bei der im Jahr darauf folgenden Nationalratswahl wieder stabilisieren (11%). Die Nationalratswahl 2008 war der bisher größte Erfolg unter der Parteiführung Straches, wobei die FPÖ von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der „Großen Koalition“ zwischen SPÖ und ÖVP profitieren konnte. (vgl. Bauer 2009: 54; Filzmaier 2009: 23ff.) Auch bei den folgenden Landtagswahlen wurde deutlich, dass es sich hierbei nicht um ein einmaliges Ereignis, sondern einen generellen und erneuten Aufstiegstrend der FPÖ handelt.

3.2 Die politische Ausrichtung der FPÖ

Die historischen Wurzeln der FPÖ und das Auftreten einzelner FunktionärInnen waren für Wissenschaft und Medien gleichermaßen immer wieder Anlass, die politische Ausrichtung der FPÖ kritisch zu hinterfragen. Schon durch ihre Geschichte kann der FPÖ ein Naheverhältnis zum Nationalsozialismus nachgesagt werden. (vgl. Bailer/Neugebauer 1993b; Bauer 2009; Schiedel 2007) Nach wie vor propagiert sie ihre deutschnationalen Wurzeln, wobei sie sich in ihrer populistischen Agitation mittlerweile dem Österreichpatriotismus verschrieben hat. (Schiedel 2007: 113) Ihre bevorzugte Rekrutierungsbasis stellen nach wie vor deutschnationale Burschenschaften dar, die ParteifunktionärInnen fallen immer wieder durch fremdenfeindliche und den Nationalsozialismus verharmlosende Aussagen auf. (vgl. Peham 2010) Die FPÖ ist ganz offensichtlich im rechten Teil des Parteienspektrums anzusiedeln. (vgl. Bauer 2009: 56) Doch ist sie lediglich als „harmloser“, rechtspopulistischer Akteur zu bewerten, oder stellt die FPÖ mit ihrer Agitationsweise eine Gefahr für das friedlich Zusammenleben der Menschen, vielleicht sogar für die Demokratie als solche dar? Ist sie nur „populistisch“, „rechtspopulistisch“ oder bereits als „rechtsextrem“ zu bezeichnen?

3.2.1 Begriffsarbeit

Bevor sich diese Arbeit mit der Einordnung der FPÖ in das österreichische Parteienspektrum beschäftigen kann, gilt es zunächst in der Diskussion häufig synonym verwendete Begriffe zu definieren. Eine vollständige Auflistung aller in diesem Kontext verwendeten Begrifflichkeiten und Definitionen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, weshalb sich diese auf den wissenschaftlich, aber auch im Alltag, am häufigsten verwendeten Begriff beschränkt. Eine Abgrenzung und Definition der Begriffe ist eine notwendige Grundlage für diese Arbeit.

Trotz des Fehlens einer allgemein anerkannten Terminologie sowie einer entsprechenden Typologie zur Beschreibung und Klassifikation der Gruppe von extrem rechten Parteien, besteht Einigkeit darüber, welche Parteien dieser Gruppe zuzurechnen sind: „[...] we know *who* they are, even though we do not know exactly *what* they are“ (Mudde 1996: 233, zit. nach Arzheimer 2008: 27)

Die Bezeichnung „Rechts“ bezieht sich vor allem auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der angesprochenen Parteien, wobei von einer links-rechts Achse bei

wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Ebene ausgegangen wird. Während ihre wirtschaftspolitischen Ziele mit der Zeit und vor allem als Folge nationaler Gegebenheiten zwischen liberaler und traditionell linker Ausrichtungen wechselten (vgl. Arzheimer 2008: 30f.), blieb die gesellschaftspolitische Ausrichtung stabil. „Rechts“ bezieht sich in diesem Fall auf die Betonung traditioneller Werte und Normen, die Unterordnung der individuellen Freiheit an die nationale Gemeinschaft, auf einen innen- als auch außenpolitisch „starken Staat“ und ein partikularistisches Konzept der Staatsbürgerschaft, das weitere Zuwanderung ablehnt und Etabliertenvorrechte ermöglicht. (vgl. Arzheimer 2008: 32) Parteien der extremen Rechten nehmen, laut Arzheimer, im jeweiligen politischen System eine Außenseiterrolle ein und haben häufig ein problematisches Verhältnis zur liberalen Demokratie. Es besteht Einigkeit darüber, dass die FPÖ der Parteienfamilie der extremen Rechten zuzuordnen ist. Daher richtet sich der Blick der Wissenschaft, wenn es um die Wahlentscheidung zugunsten der extremen Rechten in Österreich geht, auf die FPÖ.

Populismus wurde in den letzten Jahren zu einem häufig verwendeten, aber ebenso umstrittenen Begriff in der Wissenschaft. Die einen begreifen Populismus als politisches Stilmittel, die anderen sehen darin eine politische Ideologie oder ein bestimmtes Verständnis von Demokratie. (vgl. Frölich-Steffem/Rensmann 2005; Bauer 2009) Im europäischen Kontext bezieht sich diese Bezeichnung meist auf rechtsgerichtete Parteien, obwohl der Begriff selbst mit keiner spezifischen Orientierung im links/rechts-Kontinuum einhergeht. Als erste populistische Bewegungen gelten gemeinhin die US-amerikanischen Farmerbewegung sowie die russischen Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der Folge kommen auch im 20. Jahrhundert immer wieder populistische Tendenzen mit Forderungen nach mehr direkter, unvermittelter und basisorientierter Demokratie auf. (vgl. Sottopietra 1998: 5f.; Geden 2006: 11f.; Kraxner 1995: 15ff.; Pelinka 2002) Auch wenn sich der historische Populismus in vielen Punkten mit dem einer modernen, ökonomisch ausdifferenzierten Gesellschaft kaum vergleichen lässt, findet sich doch ein wesentliches Merkmal wieder, dass allen populistischen Bewegungen gemein ist: Die Berufung der Populisten auf das Volk. Das „Volk“, das als homogene Einheit wahrgenommen wird, wird den (politischen) Eliten gegenübergestellt. Daraus ergibt sich eine vertikale Dichotomie zwischen dem „Volk“ und seinen „Eliten“ innerhalb einer Gesellschaft. Diese wird demzufolge in der politischen Vermittlung in „wir da unten, ihr da oben“ gespalten. (vgl. Sottopietra 1998; Frölich-Steffem/Rensmann 2005; Bauer 2009; Kraxner 1995) Damit schafft es

der Populismus sich über die real existierenden horizontalen Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft wie Geschlecht, Klasse oder Religion, hinwegzusetzen. „Populistische Politik wendet sich in erster Linie an Gefühle, Stimmungen und Vorurteile ihrer Adressaten und greift unter weitgehender Vermeidung sachlich fundierter Analysen inhaltlich Themen auf, die scheinbar jeden unabhängig von seinem sozialen und ökonomischen Status betreffen.“ (Neurieder 2008: 112) Diese vertikale Dichotomie wird zumeist durch eine kritische Sichtweise der repräsentativen Demokratie ergänzt. Auch wenn die Wurzeln des Populismus tiefer liegen, sind die Massenmedien ein willkommenes Betätigungsfeld. „Für den modernen Populismus stellen die Massenmedien einen Resonanzboden dar, indem sie das populistische Angebot in Form eines Akteurs, einer Botschaft, eines Appells an ein disperses, heterogenes, latent unzufriedenes Publikum herantragen. Die Massenmedien fungieren dabei als Verstärker.“ (Plasser 1987: 103, zit. nach Bailer/Neugebauer 1993b: 345)

Der Rechtspopulismus ergänzt das antielitäre Element des Populismus um die horizontale Dimension „wir da drinnen, ihr da draußen“ (vgl. Bauer 2009; Frölich/Steffen/Rensmann 2005; Pelinka 2002). „Die Ideologie des Rechtspopulismus zielt anti-universalistisch auf eine Abgrenzung gegen ‚Außenstehende‘ und ‚Andere‘ (gegen ‚die außen‘) und richtet sich bei den empirischen Akteuren zumeist gegen Einwanderer, Minderheiten und die EU. [...] Sie ist getragen von der Konstruktion einer bedrohten kollektiven Identität [...]. Dabei geht es um die Verteidigung von nationaler, ethnischer oder regionaler ‚kultureller Identität‘ gegen gesellschaftliche Modernisierung, supranationale politische Institutionen (insbesondere die EU) und soziokulturelle wie -ökonomische Globalisierung [...].“ (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 7) Der Rechtspopulismus vereinigt damit tendenziell xenophobe, ausländersInnenfeindliche bis hin zu rassistischen Elementen in sich.

In Anlehnung daran existiert der Begriff des Nationalpopulismus. Dieser Begriff soll als Klassifikation für die neuen rechten Wahlbewegungen in Europa gelten. Zwischen Nationalismus und Populismus gibt es demnach eine fast logische Verknüpfung, nämlich die Berufung auf das Volk. Die Einordnung entlang einer Rechts-Links-Achse wird von neuen rechtspopulistischen Parteien immer öfter durchbrochen, indem sie sich auch als soziale Parteien, wenn auch mit nationaler Orientierung, verstehen. Zwischen nationalpopulistischen und rechtsextremen Parteien gibt es inhaltlich-ideologische sowie strukturelle Überschneidungen. Nationalpopulistische Parteien erscheinen in ihrer Ideologie jedoch weniger

geschlossen, sind damit flexibler und anpassungsfähiger sowie moderater in ihren Forderungen. An der Spitze dieser Parteien stehen in den meisten Fällen autoritär-charismatische Persönlichkeiten, ihre innerparteiliche Organisation ist von einem demokratischen Defizit geprägt. (vgl. Frölich Steffen 2005: 7ff.; Kraxner 1995: 46ff.) Auch wenn gerade neue populistische Bewegungen durch die Bezeichnung „nationalpopulistisch“ in ihrer Argumentationsweise oft treffend bezeichnet werden können, hat sich diese bislang nicht durchgesetzt. Alltagsgebrauch und mediale Diskussion sind nach wie vor geprägt von einer inflationären Verwendung des Begriffs Rechtspopulismus. Doch auch dieser ist in der deutschsprachigen Forschung nicht unumstritten, da ihm eine Tendenz der Verharmlosung unterstellt wird. (vgl. Geden 2006: 18) Oftmals wurden die entsprechenden Parteien stattdessen dem Rechtsextremismus zugeordnet, um „entsprechende ideologische Anknüpfungspunkte und personelle Kontinuitäten hervorzuheben.“ (Geden 2006: 18)

Bevor sich diese Arbeit jedoch dem Begriff des Rechtsextremismus widmet, muss die Bezeichnung rechtsradikal behandelt werden. Der Ursprung des Wortes „radikal“ liegt in der bürgerlichen Aufklärung des 18. und 19. Jahrhunderts. „Die radikalen Parteien des 19. Jahrhunderts [...] verfochten explizit demokratische Programme und fungierten deshalb zumeist auch auf dem linken Flügel des sich allmählich herausbildenden Parteienspektrums.“ (Holzer 1979: 30) Die Herkunft des Wortes macht deutlich, dass die Zusammenführung „rechts“ und „radikal“ eine sich widersprechende ist. (vgl. Herrmann 1995 :3) Unterscheidungen, die in der wissenschaftlichen Literatur zwischen rechtsradikal und rechtsextrem getroffen werden, sind oft diskrepant und tragen daher nicht zur Begriffsklärung bei. Seit die deutschen Verfassungsbehörden den Begriff rechtsradikal durch den Begriff rechtsextrem ersetzt haben, „um zu betonen, dass es sich dabei um verfassungsfeindliche, gegen den Grundbestand der freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung agierenden Gruppierungen handelt“ (Bauer 2009: 7), ist der Begriff rechtsradikal auch aus dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch zunehmend verschwunden.

Eine Definition des Rechtsextremismus fällt bedeutend schwerer als etwa eine Definition des Rechtspopulismus. Während dieser in der Fachliteratur relativ klar durch die Merkmale anti-elitär und anti-universalistisch zu beschreiben ist, findet sich beim Begriff des Rechtsextremismus eine Vielzahl von Definitionen (siehe dazu etwa Bauer 2009; Mitnik 2010; Frölich-Steffen/Rensmann 2005). Ohne eine

ausufernde Debatte über die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Definitionen zu beginnen, dienen als Grundlage dieser Arbeit die Rechtsextremismusdefinitionen von Willibald Holzer und Wilhelm Heitmeyer. Die Definition von Holzer liegt den Arbeiten des DÖW zugrunde, einer der wichtigsten Institutionen der österreichischen Rechtsextremismusforschung. Da in dieser Arbeit auch in weiterer Folge ein Bezug zu den Erkenntnissen des DÖW besteht, ist diese Definition eine wichtige Grundlage dieser Arbeit. Der theoretische Teil dieser Arbeit orientiert sich maßgeblich an den Arbeiten von Wilhelm Heitmeyer, wodurch seine Herangehensweise an den Begriff des Rechtsextremismus ebenfalls ein wichtiger Ausgangspunkt ist.

Nach Holzer ist der Rechtsextremismus ein Syndromphänomen, das sich aus der Verknüpfung unterschiedlicher Einzelaussagen ergibt. Die dem Rechtsextremismus zugrunde liegende Ideologie soll dem Subjekt eine logisch konsistente Sicht auf die Welt ermöglichen. Die zentrale integrative Idee des Rechtsextremismus ist die Berufung auf das Prinzip der Natürlichkeit. Beobachtungen der Fauna werden auf die gesellschaftliche Ordnung umgelegt und begründen eine unwiderlegbare, natürliche Hierarchie von Individuen, Völkern und Rassen. (vgl. Holzer 1993: 34) Zentrales Element der rechtsextremen Ideologie sind Volk und Volksgemeinschaft. Diese werden als homogene Gemeinschaft mit patriarchalisch-hierarchischer Gliederung angesehen. Da die Volksgemeinschaft auf dem Prinzip der Natürlichkeit beruht, ist sie eine vorgegebene Konstante, die „nicht in Frage gestellt werden“ (Bailer-Galanda) kann. Interessensgegensätze werden daher als „widernatürlich“ angesehen. Die Volksgemeinschaft wird zur zentralen Bezugsgröße der gesellschaftlichen Ordnung. Jedes Individuum nimmt darin einen bestimmten Platz ein und ist der Volksgemeinschaft gegenüber verpflichtet. Der bzw. das Fremde sind nicht Teil dieser Gesellschaft, sondern stehen außerhalb. Sie haben aufgrund des Prinzips der Natürlichkeit keine Möglichkeit Teil dieser Gesellschaft zu werden, es ist auch nicht erwünscht. Gefordert wird stattdessen ein, dem Rassismus der 1930er Jahre gleichender, Ethnozentrismus oder Ethnopluralismus. Durch die Berufung auf die Natur kann die Ungleichheit unterschiedlicher Gruppen legitimiert werden. Aus diesem natürlichen Volksbegriff können andere Gruppen leicht als Sündenböcke identifiziert werden, denen die Schuld an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen gegeben wird. (vgl. Bauer 2009) Diese Gruppen „[...] erfüllen Entlastungs- und Integrationsfunktion nach innen, indem gesellschaftliche und ökonomisch begründete Ängste und Ärger auf die Feindgruppe abgelenkt werden.“ (Bailer-Galanda) Diese Vorstellung der Gemeinschaft ist auch mit spezifischen

Vorstellungen an den Staat verbunden. Gewünscht wird ein starker Staat, eine völkisch legitimierte Demokratie sowie Autoritarismus. Ein weiteres Element des Rechtsextremismus ist eine nationalisierende Geschichtsbetrachtung, die auf der Betonung angeblich positiver Seiten des Nationalsozialismus und einer Verharmlosung oder Leugnung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen beruht. „Der politische Stil des Rechtsextremismus ist geprägt von Gewaltlatenz und Gewaltakzeptanz, die sich jedoch vorwiegend in verbalen Angriffen auf politische Gegner und Andersdenkende äußern. Der Übergang zur psychischen Gewalt wird in erster Linie vom militanten Rechtsextremismus und Neonazismus vollzogen.“ (Bailer-Galanda)

Zusammengefasst beruht der Rechtsextremismus also auf der „Vorstellung von einer - meist biologisch fundierten - Volksgemeinschaft als Gegenmodell zu einer pluralistischen, repräsentativen Demokratie, Ethnozentrismus [...] und damit verbundenen Fremdenfeindlichkeit bis hin zum Rassismus, Vorstellungen von einem von starker Hand geführten Staat und einem ‚nationalen‘ Geschichtsbild. Diese Zielvorstellungen werden vielfach mit aggressiven Methoden, mit Gewalt oder Gewaltdrohungen vertreten.“ (Neugebauer 1998)

Heitmeyer folgt, im Gegensatz zu Holzer und vielen anderen, einem weniger organisationsbezogenen Rechtsextremismusbegriff. Die Heitmeyersche Definition ist eine soziologische, die ihren Fokus auf das Verständnis von individuellen rechtsextremen Tendenzen legt. (vgl. Goldberger 2008: 26ff.) Rechtsextremismus wird, nach Heitmeyer, beschrieben als die Kombination einer „Ideologie der Ungleichheit“ ergänzt durch unterschiedliche Stufen der Gewaltakzeptanz oder auch -anwendung. Die „Ideologie der Ungleichheit“ äußert sich demnach beispielweise durch „nationalistische Überhöhungen, rassistische Abwertungen und totalitäre Normverständnisse“ (Heitmeyer 2002: 503) „Andererseits mündet diese Ideologie der Ungleichheit auch in Forderungen nach Konsequenzen aus dieser Hierarchisierung, also nach Ausgrenzung und Ungleichbehandlung der als ‚minderwertig‘ Konstruierten.“ (Goldberger 2008: 27)

Das zweite wesentliche Element dieser Definition, die Gewaltakzeptanz und -anwendung, zeigt sich in vier Stufen mit ansteigender Intensität. Die niedrigste Stufe der Gewaltakzeptanz ist die Überzeugung der unabänderlichen Existenz von Gewalt, gefolgt von einer Billigung fremdausgeübter Gewalt, sowohl privater als auch repressiv staatlicher Gewalt. Eine Steigerungsform davon ist die eigene Gewaltbereitschaft, die zur vierten Stufe führen kann, der tatsächlichen Gewalttätigkeit. (vgl. Goldberger 2008: 27; Herrmann 1995: 7) Die Ideologie der

Ungleichheit kann eine Legitimationsfunktion für die Gewaltanwendung oder auch -akzeptanz erfüllen und umgekehrt die Gewalt eine Durchsetzungsfunktion für die Ideologie der Ungleichheit haben. (vgl. Herrmann 1996: 7) Während andere Definitionen eine analytische Trennung zwischen rechtsextremen Verhalten und Einstellungen favorisieren (vgl. Stöss 2002), werden diese beiden Dimensionen hier verknüpft. Diese Vorgehensweise erscheint sinnvoll, denn es „ist anzunehmen, daß Orientierungsmuster auch das Handeln anleiten“ (Heitmeyer 1992: 28). Nicht zuletzt sind diese Einstellungen auch ausschlaggebend für das Wahlverhalten. Einer der Kritikpunkte an dieser Definition war die vermeintliche Fokussierung auf den Gewaltaspekt. Doch die Definition bezieht sich hier nicht nur auf individuelle Gewaltbereitschaft und -anwendung, sondern auch auf den Wunsch nach repressiver staatlicher Gewalt. Auch wenn die soziologische Herangehensweise an das Thema Rechtsextremismus aus unterschiedlichen Gründen kritisiert wurde (vgl. Goldberger 2008: 28f.), erscheint sie gerade im Rahmen dieser Arbeit als dienlich.

Für eine umfassende Darstellung des Rechtsextremismusbegriffs muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Rechtsextremismus in Österreich nicht das Ende der politischen Skala darstellt (vgl. Interview mit Andreas Peham, Mitarbeiter des DÖW). Im Gegensatz zu Deutschland ist die Bezeichnung einer Gruppierung als rechtsextrem in Österreich nicht gleichbedeutend mit einer verfassungsfeindlichen Gesinnung oder gar strafbaren Handlung. Rechtsextremismus ist Teil des politischen Spektrums, während neonationalsozialistische Betätigung unter das Verbotsgesetz fällt. „Wenn die Grenzen auch fließend und die Unterschiede oft nur mehr schwer auszumachen sind, so unterscheidet sich der Rechtsextremismus von seiner noch extremeren Variante durch die offene Ablehnung der (liberalen Parteien-)Demokratie, massive Gewaltbereitschaft und -tätigkeit sowie die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus.“ (HochschülerInnenschaft an der Universität Wien 2009: 13)

3.2.2 Einordnung der FPÖ

Viele der angeführten Merkmale des Rechtsextremismus werden von rechtspopulistischen Bewegungen erfüllt. „Die strukturellen und ideologischen Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind zahlreich, weshalb manchen Kommentatoren den Rechtspopulismus auch als ‚Rechtsextremismus light‘ qualifizieren.“ (Bauer 2009: 8)

Andere weisen jedoch darauf hin, dass Rechtspopulismus keine demokratisch geläuterte, moderatere Version des Rechtsextremismus ist, sondern vielmehr eine Spezialform desselben (vgl. Butterwegge 2008: 39).

Der Übergang zwischen der Bewertung einer Partei als rechtspopulistisch oder rechtsextrem ist fließend, die zahlreichen neuen rechten Bewegungen in ganz Europa sind in ihren Ausprägungen facettenreich. Die FPÖ stellt jedoch auch in diesem Kontext eine Besonderheit dar, ist sie doch nicht nur die erfolgreichste Vertreterin ihrer Parteienfamilie, sondern auch eine der wenigen mit historischen Wurzeln. (vgl. Pelinka 2002; Bauer 2009) Dennoch konnte sie aufgrund ihrer Außenseiterrolle in einer hyperstabilen Konkordanzdemokratie ab dem Jahr 1986 glaubhaft als populistische Alternative zu den „Altparteien“ auftreten. (vgl. Bauer 2009; Pelinka 2002) „Die Kritik der FPÖ an den Spielregeln der Zweiten Republik, die von den zwei Großparteien und von den Großverbänden entwickelt und getragen wurden, entspricht in jedem Fall den Merkmalen des Populismus. (...) Die FPÖ argumentierte gegen das als ‚Machtkartell‘ bezeichnete Gefüge der Konkordanzdemokratie im Namen derer, die sich als ‚unten‘ verstehen sollten.“ (Pelinka 2005: 90)

Vor allem nach der Übernahme der Parteiführung durch Jörg Haider gewann auch die xenophobe, horizontale Dimension der freiheitlichen Politik an Bedeutung. „Sie (die FPÖ, d. Verf.) ist ‚populistisch‘ - weil sie beansprucht, ‚das Volk‘ gegen die Eliten zu vertreten und zu mobilisieren. Sie ist ‚rechtspopulistisch‘ weil sie [...] sich zur Verteidigung von (nationaler oder ethnischer) Identität gegen die Aufhebung oder verstärkte Durchlässigkeit von Grenzen wendet.“ (Pelinka 2002: 281)

Eine Kategorisierung als rechtspopulistisch greift bei der FPÖ jedoch zu kurz. Schon die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 war international von nicht unbegründeten Zweifeln an der politischen Ausrichtung der FPÖ begleitet. Der daraufhin erstellte „Bericht der Weisen“ kommt zu folgendem Ergebnis: „Die FPÖ wurde als ‚rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise‘ qualifiziert. Diese Beschreibung ist nach unserer Einschätzung auch nach dem Eintritt der Partei in die Bundesregierung weiter zutreffend.“ (Ahtisaari et al.2000: 26)

Der Soziologe Max Preglau führt diese moderate Einschätzung der FPÖ im „Bericht der Weisen“ auf eine mangelnde Begriffsarbeit dieses Berichts zurück. Er kommt daher zu dem Schluss: „Die FPÖ ist eine in ihrer äußeren Erscheinungsform und in ihrem Stil noch scheinbar postmodern-beliebig-populistische Partei, gemessen an ihren ideologischen Grundlagen, ihrer gesellschaftspolitischen Stoßrichtung sowie

ihrem Verhaltensstil jedoch auch nach ihrer Regierungsbeteiligung eine tendenziell rechtsextreme Partei.“ (Preglau 2001: 211)

Die heutige Situation ist mit jener des Jahres 2000 jedoch nur noch bedingt vergleichbar. Die FPÖ hat in den letzten Jahren deutliche Veränderungen erlebt, nicht nur personell. Ein wesentlicher Einschnitt war dabei die Übernahme der Parteiführung durch Heinz-Christian Strache nach der Abspaltung des BZÖ. Die FPÖ hat sich ab diesem Zeitpunkt in ihrem Auftreten, aber auch in ihrer Personalpolitik noch einmal deutlich nach rechts geöffnet. Sie agiert deutlich aggressiver und rassistischer als sie sich in ihrer Zeit als Regierungspartei präsentiert hatte. „Selten zuvor haben Freiheitliche eine Nähe zu antisemitischem, rassistischem und Holocaust leugnenden Gedankengut derart offen eingeräumt.“ (Schiedel 2007:131) Auf die Frage, ob er die FPÖ unter Strache als rechtsextreme Partei bezeichnen würde, antwortete Andreas Peham, Mitarbeiter des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): „Ja, mehr als je zuvor. [...] Das Verhältnis zwischen dieser Szene, den Neonazis, und der FPÖ war immer: Anziehung-Abstoßung- Anziehung-Abstoßung. Und jetzt haben wir gerade wieder eine enorme Anziehung.“ (Interview am 14.01.2010) Dies zeigt sich nicht zuletzt in den personellen Überschneidungen und Kontakten zwischen der FPÖ und offen neonationalsozialistisch agierenden Personen und Gruppen, aber auch öffentlicher Äußerungen von FPÖ-FunktionärInnen, die immer wieder für Aufsehen sorgten. Es muss daher festgehalten werden, „[...] dass die FPÖ im Prozess der Abspaltung des BZÖ und danach noch weiter nach rechts gerückt ist, und dass sich aus diesem Rechtsruck geradezu zwangsläufig Berührungspunkte mit dem organisierten Neonazismus ergeben.“ (Schiedel 2007:16) Diese Radikalisierung wird auch von Brigitte Bailer-Galanda, der Leiterin des DÖW, bestätigt: „In der FPÖ würden zunehmend Grenzen überschritten, die Jörg Haider ‚bei aller Kritik noch eingehalten hat‘.“ (Kleine Zeitung 2010)

Auch andere aktuelle Einschätzungen der FPÖ kommen zu dem Ergebnis, „dass es sich bei der FPÖ eindeutig um eine rechtsextreme Partei handelt“ (Mittnik 2010: 131).

3.3 Exkurs: Veränderung der politischen Landschaft

Der Aufstieg der FPÖ seit Mitte der 80er Jahre ist jedoch nicht nur auf ihre politische Performance zurückzuführen. Möglich wurden die Erfolge der FPÖ erst durch einen tiefgreifenden Wandel der österreichischen Parteienlandschaft, der sein Ende wohl noch nicht gefunden hat. Während die Zweite Republik in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens als hyperstabil bezeichnet werden kann, ist die Dominanz der beiden Großparteien seit den 80er Jahren von einer Erosion ergriffen. (vgl. Bauer 2009; Pelinka 2002b) Die ehemaligen Lagerparteien SPÖ und ÖVP, die bei Wahlen gemeinsam über 80% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, existieren nicht mehr in dieser Form. Der Verlust der WählerInnenstimmen ist jedoch nur Ausdruck einer tiefer greifenden Veränderung.

„Die Zweite Republik war von Anfang an Parteienstaat in einem Ausmaß, der über die Parteienstaatlichkeit anderer liberaler Systeme weit hinausging.“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 59) Tatsächlich muss hier der Begriff eines überstarken Parteienstaates (Pelinka/Rosenberger 2003: 61; Pelinka 2002a) Gebrauch finden. Überstark, weil die politischen Parteien nicht nur die Rekrutierungsfunktion des politischen Führungspersonals inne hatten, sondern auch für die Rekrutierung des Führungspersonals jenseits des politischen Systems (wie Banken, Industrieunternehmen oder dem Bildungsbereich) verantwortlich waren. Ursache dafür war die starke Parteibindung der Bevölkerung. Man wurde quasi „in die Lager hinein geboren“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 61), mehrere Generationen wurden innerhalb dieser zwei konkurrierenden politisch-weltanschaulichen Lager sozialisiert. Die beiden Großparteien konnten nicht nur von einer hohen Organisationsdichte, sondern auch von einem, sich daraus ergebenden, stabilen Wahlverhalten profitieren. Demgegenüber förderte die Bindung an die Parteien auch gewisse Erwartungen an selbige, den Protektionismus. Die Machtbeteiligung von SPÖ und ÖVP wurde durch die Konkordanzdemokratie gesichert. Die beiden Lager agierten konsensorientiert, Entscheidungen wurden von den politischen Eliten der Großparteien im Rahmen der Sozialpartnerschaft getroffen. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, Pelinka 2002a)

Doch die Dominanz der Großparteien schwindet in den letzten Jahrzehnten zunehmend. „Der massive Rückgang der Organisationsdichte der Parteien, beginnend in den 80er-Jahren, und die deutliche Abnahme der Berechenbarkeit des Wahlverhaltens deuten auf eine Abnahme der Überfunktion des Parteienstaates hin - auf seine tendenzielle Rückführung auf das in liberalen Demokratien übliche Maß.“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 62)

Die beginnende Privatisierung vormals staatlicher Unternehmen und die damit verbundenen Machteinbußen der Großparteien gehen nicht spurlos an der

Bevölkerung vorbei. Die Parteien verlieren an Einfluss. Der Wandel ist allerdings nicht ausschließlich auf die fortschreitende Privatisierung zu reduzieren. „Seit den 80er-Jahren nimmt die individuelle Parteidentifikation bzw. -bindung und der Anteil der StammwählerInnen ab. [...] Besonders hohe Mobilität weisen die Angehörigen der jüngeren Generation auf.“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 177)

Die Gründung der FPÖ 1956 war zu spät, um noch eine ähnliche Rolle im politischen System wie die beiden Großparteien zu übernehmen. Durch ihre ehemalige Außenseiterrolle konnte die FPÖ nun von diesen Veränderungen profitieren. (vgl. Pelinka 2002a: 283f.) Die Reaktion der FPÖ auf die gering werdende Stabilität der österreichischen Parteiensystems war „eine Anpassung an die Situation eines offenen Wählermarktes und die Suche nach politischen ‚Marktnischen‘ [...] aber auch [...] eine Strategie der ‚aktiven Marktbeeinflussung‘ [...].“ (Plasser/Ullram 2000: 226) Diese erfolgte durch eine Neuformulierung des personellen, symbolischen und inhaltlichen Angebots sowie die Kreierung oder auch Verstärkung von politischen Themen. So konnte die FPÖ mit ihrer populistischen Kritik an der Proporzdemokratie in Zeiten sinkender Lagermentalität WählerInnen für sich gewinnen. „Der Verlust sog. österreichischer Spezifika des Parteiensystems geht einher mit sozio-ökonomischen Veränderungen in der sozialen Basis sowie mit modifiziertem Wettbewerbsverhalten von politischen Parteien.“ (Pelinka/Rosenberger 2003: 144)

Die FPÖ konnte von diesen Veränderungen profitieren, sie war aber „weder deren Ursache, noch deren Auslöser“ (Pelinka 2002a: 1). Erst als die Mobilisierungskraft der beiden Großparteien geschwächt war, konnte die FPÖ ihre Existenz als Kleinpartei überwinden.

Die Veränderung des österreichischen Parteiensystems zeigt sich anhand von drei Merkmalen (vgl. Plasser et al. 2000):

- Anzahl und Größe der Parteien: Die Anzahl der potentiell chancenreichen Parteien hat sich seit den 80er Jahren vergrößert. Seit 1986 sind durch die Grünen wieder 4 Parteien im Parlament vertreten, in den 90er Jahren und seit 2006 sind es durch das LIF beziehungsweise später das BZÖ sogar 5 parlamentarische Fraktionen. Die Etablierung dieser neuen Parteien war naturgemäß nur durch große Stimmverluste der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP möglich.
- Ideologische Polarisierung: Während sich SPÖ und ÖVP ideologisch der Mitte immer weiter angenähert haben, zeigen sich bei FPÖ und Grünen

gegenläufige Tendenzen. Diese haben versucht ihre Positionierung am Rand zu festigen. Dies zeigt sich auch in einem veränderten Abstimmungsverhalten der Opposition, die ihre Zustimmung zu Regierungsbeschlüssen häufig verweigert.

- Fluktuation der WählerInnen zwischen den Parteien: Das Wahlverhalten hat in den letzten Jahrzehnten merklich an Vorhersagbarkeit verloren. Der Anteil an WechselwählerInnen ist gestiegen, aber auch Nicht-Wählen wird immer häufiger. Beide Tendenzen haben oftmals eine wahlentscheidende Rolle.

Die Parteiorganisationen haben, auch bei der politischen Sozialisation, an Bedeutung verloren. Dies zeigt sich etwa in einer Abnahme der Mitgliederzahlen und einer sinkenden Organisationsdichte, der verringerten Teilnahme am innerparteilichen Leben, dem Rückgang der Kommunikationsfähigkeit nach außen und das Verschwinden der Parteizeitungen. (vgl. Plasser et al. 2000: 23) Man spricht deshalb nicht mehr von einer Parteiendemokratie, sondern vom Beginn einer „Zuschauerdemokratie“ (Plasser et al. 2000: 23f.). Massenmedien haben an Bedeutung gewonnen, mittlerweile stellen sie sogar die zentrale Vermittlungsinstanz und wichtigste Informationsquelle dar. Die daraus folgende Personalisierung der Politik auf den/die Spitzenkandidaten/in der jeweiligen Partei war eine Voraussetzung für die Veränderung des Parteiensystems.

3.4 Entwicklung der FPÖ bei Wahlen, ihre WählerInnen und deren Wahlmotive

In den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik war die FPÖ eine eher unbedeutende Kleinpartei. Die beiden großen Lagerparteien SPÖ und ÖVP dominierten das politische Geschehen. Die größten Erfolge des Dritten Lagers konnte der VdU, die Vorgängerorganisation der FPÖ, mit 11,7% und 10,9% bei den Nationalratswahlen 1949 und 1953 verbuchen. Danach konnte die FPÖ jahrelang die 10% Marke nicht annähernd erreichen.

Dies änderte sich schlagartig mit der Parteiübernahme durch Jörg Haider. Bereits bei der Nationalratswahl 1986 konnte die FPÖ 9,7% der Stimmen gewinnen. Möglich wurden diese Gewinne erst durch eine neue wahlstrategische Ausrichtung der FPÖ. Die Stimmgewinne der FPÖ und ihre Ursachen sollen daher in diesem Teil der Arbeit nachgezeichnet werden.

Wahljahr	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	LIF	KPÖ	Sonstige
1945	44,6	49,8					5,4	0,2
1949	38,7	44,0	11,7				5,1	0,5
1953	42,1	41,3	10,9				5,3	0,4
1956	43,0	46,0	6,5				4,4	0,1
1959	44,8	44,2	7,7				3,3	0,1
1962	44,0	45,4	7,0				3,0	0,5
1966	42,6	48,4	5,4				0,4	3,3
1970	48,4	44,7	5,5				1,0	0,4
1971	50,0	43,1	5,5				1,4	0,0
1975	50,4	42,9	5,4				1,2	0,0
1979	51,0	41,9	6,1				1,0	0,0
1983	47,6	43,2	5,0	3,4			0,7	0,1
1986	43,1	41,3	9,7	4,8			0,7	0,3
1990	42,8	32,1	16,6	4,8			0,6	3,3
1994	34,9	27,7	22,5	7,3		6,0	0,3	1,4
1995	38,1	28,3	22,0	4,8		5,5	0,3	1,1
1999	33,2	26,9	26,9	7,4		3,7	0,5	0,5
2002	36,5	42,3	10,0	9,5		1,0	0,6	0,2
2006	35,3	34,3	11,0	11,0	4,1		1,0	3,3
2008	29,3	26,0	17,5	10,4	10,7	2,1	0,8	3,2

Tabelle 1: Nationalratswahlergebnisse der Zweiten Republik in Prozent (Hofer/Tóth 2008: 188)²

Diese erste erfolgreiche Phase zwischen 1986 und 1999 kann als „rechtspopulistische Stimmenmaximierung“ (vgl. Luther 2007: 233) bezeichnet werden. Die FPÖ trat als neue, moderne politische Kraft auf. Sie mobilisierte gegen die großkoalitionäre Regierungsform, die Sozialpartnerschaft und den Proporz. Die FPÖ etablierte sich als Protestpartei. Rechtspopulisten sind besonders da erfolgreich, wo die traditionellen Parteien ihre WählerInnen nicht länger an sich binden konnten. Durch die anhaltenden sozialen Veränderungen, die ihren Beginn in den Achtziger- und Neunzigerjahren haben, ist bei großen Teilen der Bevölkerung ein Klima der Verunsicherung geschaffen worden. „Haiders Anti-Elitarismus, seine vermeintliche Volksnähe und die harsche Kritik an den tradierten politischen Verhältnissen trugen ihm seine ersten Erfolge ein.“ (Frölich-Steffen 2004: 282)

Ab Anfang der 1990er Jahre ergänzte die FPÖ ihre Systemkritik durch das „Ausländerthema“ in unterschiedlichen Facetten. (vgl. Luther 2007: 234f.) „Die FPÖ wurde seit 1990 in erheblichem Maße aus Motiven gewählt, die xenophobe Konnotationen zulassen.“ (Pelinka 2002a: 2) Dazu gehört auch die Entdeckung des Österreich-Patriotismus spätestens ab 1995, als Haider die Abkehr von der „Deuschtümelei“ erklärt. (vgl. Frölich-Steffen 2004: 287; Luther 2007: 345) Ziel dieser Neupositionierung war auch die Vergrößerung der WählerInnenschaft.

² Anmerkung: In den Wahljahren 1949 und 1953 hat noch die Vorgängerpartei der FPÖ, der VdU kandidiert

„Der Weg von der Klein- zur Mittelpartei unter Haider ist insbesondere von der ‚Entdeckung‘ des österreichischen Patriotismus und der Wandlung der FPÖ von einer deutschnationalen zu einer österreichischen ‚Heimatpartei‘ gekennzeichnet.“ (Bacher 2008: 37)

Dabei hatte sich das Identitätskonzept der FPÖ nur auf den ersten Blick verändert. Denn der neue Österreich-Patriotismus ist weniger eine Abkehr vom Deutschnationalismus, vielmehr trägt er überwiegend exklusive Merkmale in sich, die sich in Anti-Multikulturalismus, Anti-Europäismus und einer Anti-Ausländerpolitik manifestieren. (vgl. Frölich-Steffen 2004: 283) Gegen Ende dieser ersten Mobilisierungsphase versuchte die FPÖ auch immer stärker, „Frauenthemen“ anzusprechen, um in diesem Wählersegment punkten zu können. Die Thematisierung tatsächlich oder vermeintlich vorhandener Probleme findet schließlich auch in den Motiven der FPÖ-WählerInnen ihren Niederschlag, wie die Tabelle zeigt. (vgl. Luther 2007: 235)

Motive	1986	1990	1994	1995	1999
Protest, Skandale, Parteiverdrossenheit	16	38	32	20	13
Ablehnung der großen Koalition	10	7	7	12	27
Image und Führung Haider	54	23	17	19	13
Ausländerressentiments	3	7	12	12	15

Tabelle 2: Hauptmotive der FPÖ-WählerInnen 1986 bis 1999 (Luther 2007: 249)

Die Strategie blieb nicht ohne Erfolg. Die FPÖ konnte zwischen 1986 und 1999 einen Stimmenzuwachs von 17,2% verzeichnen. Die Unzufriedenheit mit der Konkordanzdemokratie und das damit einhergehende Protestpotenzial innerhalb der österreichischen Bevölkerung sowie die abnehmende Parteibindung und die steigende WählerInnenvolatilität gelten als Erklärung für den raschen Aufstieg der FPÖ bis zum Jahr 1999. (vgl. Luther 2007: 248f.) Ohne die erhebliche Ausweitung und Umstrukturierung der WählerInnenschaft hätten diese Zugewinne wohl kaum erreicht werden können. Die FPÖ wendet sich von ihrem bisherigen Wählerklientel, das sich hauptsächlich aus mittleren und älteren Jahrgängen sowie Selbständigen zusammensetzte, zusehends ab. (vgl. Pelinka 2002a: 285) „Er (Jörg Haider, d.Verf.) ist dabei auch die Hauptzielgruppe seiner Bemühungen und Propaganda auszuwechseln. Waren es früher eher elitäre Gruppen, [...] die von Haider besonders angesprochen wurden, so richtete Haider seine Bemühungen nun hauptsächlich auf soziale Protestwähler, auf von der Sozialdemokratie enttäuschte

Arbeiter, sogenannte ‚Modernisierungsverlierer‘, die für rechtsextreme und populistische Propaganda besonders anfällig sind.“ (Bailer/Neugebauer 1993b: 358)

Die Bemühungen Haiders waren erfolgreich. Die FPÖ konnte ab 1986 kontinuierliche Stimmengewinne verzeichnen, das soziodemographische Profil seiner WählerInnen veränderte sich. Die Erfolge waren jedoch zwischen den Geschlechtern, den Alters- und Berufsgruppen durchaus unterschiedlich. Vor allem Männer reagierten auf die populistische Wahlwerbung positiv, Frauen waren vom aggressiven Wahlkampfstil der FPÖ eher abgeschreckt. 1999 wählten 32% aller gültig wählenden Männer die FPÖ. Besonders gute Ergebnisse konnte die FPÖ in der jüngeren WählerInnengruppe erzielen. Bei den unter 30-Jährigen konnte die FPÖ bereits bei der Nationalratswahl 1999 ein Ergebnis von 35% erreichen. In diesem WählerInnensegment sind populistische Kampagnen besonders wirkungsvoll, da diese Personen kaum an Parteien gebunden sind und daher ein wenig konstantes Wahlverhalten aufweisen. Die größten Wahlerfolge konnte die FPÖ jedoch in der Gruppe der ArbeiterInnen erreichen, somit die SPÖ doch als erfolgreichste ArbeiterInnenpartei ablösen. Während 1986 noch 57% der ArbeiterInnen SPÖ und nur 10% FPÖ wählten, lag die FPÖ in diesem WählerInnensegment 1999 bei 48%, die SPÖ bei nur noch 35%. Auch bei Selbständigen war die FPÖ mit 33% überdurchschnittlich stark. (vgl. Luther 2007: 243; Plasser 2010)

	1986	1999	2002	2006
Gesamt	10	27	10	11
Männer	12	32	12	12
Berufstätig	13	33	14	11
Pensionisten	11	28	9	14
Frauen	7	21	8	9
Berufstätig	7	22	9	9
nicht berufstätig	8	22	8	7
Pensionistinnen	5	19	5	10
Alter				
bis 29-Jährige	12	35	14	10
30-44-Jährige	11	29	11	10
45-59-Jährige	6	21	10	10
60-69-Jährige	8	21	7	12
70-Jährige und älter	9	25	6	11
Berufe				
Selbständige/Freie Berufe	15	33	16	6
Landwirte	5	10	1	9
Beamte/öffentlicher Dienst	9	20	7	3
Angestellte	13	22	11	11
Facharbeiter/Vorarbeiter	11	48	15	20
Arbeiter	8	45	18	11
Hausfrauen	8	25	11	7
Pensionisten	7	24	7	12
Auszubildende	9	23	7	9

Tabelle 3: FPÖ-WählerInnen nach soziodemographischen Gruppen (Luther 2007: 243)

Diese Veränderungen der WählerInnenschaft gekoppelt mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der großen Koalition und dem damit einhergehenden Protestpotenzial führten zum Wahlerfolg der FPÖ 1999 mit 26,9% der Stimmen. Die FPÖ wurde damit zweitstärkste Partei Österreichs und erfolgreichste rechtspopulistische Partei Europas. (vgl. Luther 2007: 236; Bauer 2009: 53f.; Pelinka 2002a; Plasser et al. 2000) Als Ursachen für den Aufstieg der FPÖ in der Gunst der WählerInnen kristallisieren sich im Wesentlichen vier Merkmale heraus. Durch die Erosion der traditionellen Parteibindungen wurden WählerInnenstimmen ungebundener. Für die FPÖ ergab sich so eine politische Gelegenheitsstruktur, die sie zu nutzen wusste. (Plasser/Ullrich 2000: 238) „Dazu kommt die Regierungskonstellation einer - an zunehmender politischer Inkohärenz und Handlungsschwäche laborierenden - Großen Koalition, die oppositionellen Bewegungen allgemein einen breiten Spielraum einräumt.“ (Plasser/Ullrich 2000: 238)

Auch von der Veränderung der traditionellen Spannungslinien (cleavages) innerhalb der österreichischen Gesellschaft, konnte die FPÖ durch ihre Themensetzung profitieren. (vgl. Pelinka 2002b: 9) Insgesamt zeichnet sich die Politik der FPÖ seit

der Übernahme der Parteiführung durch Jörg Haider durch ausgesprochene Wandelbarkeit bei der Kreierung von und Reaktion auf neue Issues aus. (Plasser/Ullrich 2000: 238) Schlussendlich ist die Agitation der FPÖ von einer Medienzentriertheit geprägt, die sich vor allem, aber nicht ausschließlich, auf die jeweilige Führungspersönlichkeit der Partei bezieht. (Plasser/Ullrich 2000: 238)

Das erfolgreiche Abschneiden bei der Nationalratswahl 1999 führte schließlich zu einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. Damit musste die FPÖ ihre bisherige Strategie als klare Oppositions- und Protestpartei jedoch abändern. Der Versuch als seriöse Regierungspartei aufzutreten, scheiterte jedoch an internen Konflikten, die schließlich auch zu Neuwahlen führten. (vgl. Luther 2007: 237) Aufgrund der vorhergehenden Ereignisse und mangels einheitlicher Strategie wurde die Nationalratswahl 2002 zu einem blauen Wahldebakel. Gleichzeitig zeigte sich, dass eine Partei, deren WählerInnenenschaft zu einem großen Teil aus Wechsel- und ProtestwählerInnen zusammensetzt, ihre Wahlentscheidung stark von tagespolitischen Entwicklungen, der Parteiführung und internen Problemen der Partei abhängig macht. Mit nur 10,0% der Stimmen kam es jedoch erneut zu einer Regierungsbeteiligung der FPÖ an der Seite der ÖVP. (vgl. Luther 2007: 237f.)

Im Jahr 2005 erfolgte, wie bereits zuvor dargestellt, die Abspaltung des BZÖ auf Initiative Haider. Während das BZÖ die Regierungsarbeit weiterführte, konnte die FPÖ unter Heinz-Christian Strache zur populistischen Stimmenmaximierung zurückkehren. Bei der folgenden Nationalratswahl im Jahr 2006 konnte die FPÖ mit 11,0% der Stimmen wieder leichte Zugewinne verbuchen. (vgl. Luther 2007: 238; Schiedel 2007) Die Nationalratswahl 2008 wurde zu Straches bisher größtem Erfolg.

4. Die Nationalratswahl 2008

Mit den Worten „Es reicht!“ verkündete Vizekanzler Wilhelm Molterer am 7. Juli 2008 das Ende der großen Koalition. Die kurze Regierungszeit war geprägt von Streitigkeiten und gegenseitigen Blockaden der beiden Koalitionspartner SPÖ und ÖVP. Dennoch kam der Koalitionsbruch unerwartet, waren doch schon schwierigere Krisen durchgestanden worden (vgl. Hofer 2008: 10ff.).

Die Ausgangslage für die Wahlauseinandersetzung schien für die ÖVP vergleichsweise gut. Sie führte in den Umfragen einige Prozentpunkte vor der SPÖ. Diese hatte schon bei vorhergehenden Landtags- und Gemeinderatswahlen einige schwere Wahlniederlagen hinnehmen müssen. Gleichzeitig wurden Diskussionen um einen Führungswechsel an der Parteispitze der SPÖ immer lauter. Auslöser des

Koalitionsbruchs war letztendlich der Brief von Alfred Gusenbauer, dem damaligen Parteivorsitzenden der SPÖ, und Werner Faymann, damals Infrastrukturminister und „Regierungskordinator“ der SPÖ, an die Kronen Zeitung, in dem sie einen drastischen Schwenk des EU-Kurses ankündigten (vgl. Hofer 2008; Hofinger 2008; Ulram 2009). Die Führungskrise in der SPÖ und parteiinterne Auseinandersetzungen als Folge des Briefes ließen für die ÖVP einen geeigneten Zeitpunkt für eine Wahlauseinandersetzung vermuten, aus der sie als Sieger hervorgehen könnte. Doch es kam anders.

4.1 Allgemeine Ergebnisse und Analysen

Das Wahlergebnis der Nationalratswahl 2008 war für die beiden Regierungsparteien eine elektorale Niederlage ungeahnten Ausmaßes. SPÖ und ÖVP fuhren die schlechtesten Wahlergebnisse in der Zweiten Republik ein. Mit nur 29,3% der Stimmen für die SPÖ und 26,0% für die ÖVP waren die Ergebnisse noch schlechter als die bisherigen Tiefststände der Nationalratswahl 1999. (vgl. Bundesministerium für Inneres) Zwar konnte die SPÖ im Laufe der Wahlauseinandersetzung die prognostizierten Verluste von Anfang Juli noch verringern, doch im Vergleich zur Wahl 2006 verlor die SPÖ 6 Prozentpunkte, die ÖVP sogar 8,3. Nach dem Koalitionsbruch mittels Pressekonferenz folgte dem „Es reicht!“ von Molterer nur noch wenig. „Die Wahlkampfführung der ÖVP war von schweren strategischen, organisatorischen und technologischen Defiziten gekennzeichnet und es mangelte an inhaltlicher Schwerpunktsetzung.“ (Ulram 2009: 5) Wahlgewinner waren die FPÖ mit einem Zugewinn von 6,5 Prozentpunkten auf 17,5% und, einigermaßen unerwartet, das BZÖ unter der Führung Jörg Haiders mit Zugewinnen von 6,6 Prozentpunkten auf 10,7%. Das Dritte Lager konnte damit einen Stimmenanteil von insgesamt 28,2% auf sich vereinen und schnitt damit gemeinsam besser ab als bei der Nationalratswahl 1999 mit 26,9%. Zu den Verlierern dieser Wahl müssen auch die Grünen gezählt werden. Trotz der schlechten öffentlichen Performance der Regierungsparteien konnte sie als Oppositionspartei nicht von der Ausgangslage profitieren. Sie mussten im Vergleich zur Vorwahl zwar nur geringe Stimmenverluste hinnehmen, konnten den Platz als drittstärkste Partei jedoch nicht halten.

Eine Besonderheit der Nationalratswahl 2008 stellten die vielen neu (oder erneut) kandidierenden Parteien dar. Bundesweit standen zehn Parteien zur Wahl, einige weitere traten in einzelnen Bundesländern an. Die Nationalratswahl 2008 war jene Wahl mit der bislang größten Zahl an kandidierenden Parteien. Reale Chancen auf den Einzug ins Parlament wurden jedoch nur dem Liberalen Forum (LIF) und der

Liste Fritz eingeräumt. Beide blieben bei der Wahl jedoch hinter den Erwartungen zurück und versäumten den Einzug ins Parlament deutlich. (vgl. Hofinger et al. 2008; Plasser/Ullram 2008; Plasser 2010)

Partei	% der Stimmen
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	29,3
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	26,0
Die Grünen - Die Grüne Alternative (GRÜNE)	10,4
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	17,5
BZÖ-Liste Jörg Haider (BZÖ)	10,7
Liberales Forum (LIF)	2,1
Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkauser (Fritz)	1,8
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	0,8
Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich (RETTÖ)	0,7
Die Christen (DC)	0,6

Tabelle 4: Ergebnisse der Nationalratswahl 2008 (Quelle: Bundesministerium für Inneres)

Ein Grund für das schlechte Wahlergebnis der beiden Großparteien war unter anderem ihre geringe Mobilisierungskraft. Die Wahlbeteiligung war mit nur 78,8% der Wahlberechtigten die geringste nach der Nationalratswahl 2006 (78,5%). (vgl. Plasser/Seeber 2010:346) Die Wählerstromanalyse von SORA zeigt, dass die Regierungsparteien die Wahl aus Enttäuschung und Protest verloren haben. 106.000 (6%) der vormaligen SPÖ-WählerInnen sind bei der Nationalratswahl 2008 zu NichtwählerInnen geworden, ebenso wie 7% (116.000) der ÖVP-WählerInnen. Auch die Grünen hatten mit Mobilisierungsproblemen zu kämpfen, 8% oder 45.000 Personen, die ihnen 2006 die Stimme gaben, haben 2008 nicht gewählt. (vgl. Hofer/Tóth 2008: 186; SORA)

Der Anteil an WechselwählerInnen, jener Personen, die bei der aktuellen Nationalratswahl eine andere Partei wählten als bei der Nationalratswahl davor, hat in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen. Diese Entwicklung steht mit der sinkenden Parteienidentifikation in engem Zusammenhang. Bei der Nationalratswahl 2008 erreicht der Anteil an WechselwählerInnen mit 28% den bisherigen Höchststand. Am meisten von der gestiegenen Zahl an WechselwählerInnen profitieren konnten FPÖ und BZÖ, die jeweils rund ein Viertel der WechselwählerInnen für sich gewinnen konnten. Die anderen im Parlament vertretenen Parteien waren hier mit nur 8 bis 12% weniger erfolgreich. (vgl. Plasser/Ullram 2008: 15)

Die WählerInnen wechseln aber nicht nur immer häufiger die Partei, sie treffen ihre Wahlentscheidung auch immer später. Immerhin ein Drittel aller WählerInnen gab an, sich bei der Wahl 2008 erst kurz vor dem Wahltag für eine Partei entschieden zu

haben. Bei 21% hat sich die Entscheidung auf die letzten Tage vor der Wahl verlagert, sie gehören zur Gruppe der „last minute deciders“. Beim Zeitpunkt der Wahlentscheidung zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Stamm- und WechselwählerInnen. StammwählerInnen treffen ihre Wahl vergleichsweise früh, 83% von ihnen können als „early deciders“ bezeichnet werden und treffen ihre Entscheidung mehr als zwei Wochen vor dem Wahltermin. Dagegen entscheiden sich zwei Drittel der WechselwählerInnen erst im Intensivwahlkampf, also in den letzten zwei Wochen, für eine Partei. Davon konnte bei der Nationalratswahl 2008 vor allem das BZÖ profitieren, denn mehr als die Hälfte (53%) der WählerInnen entschieden sich erst in den letzten Tagen für diese Partei. (vgl. Plasser/Ullram 2008: 15; Ullram 2009)

4.1.1 Soziodemographische Wahlanalyse

Für Wahlanalysen relevant ist aber nicht nur der Zeitpunkt der Wahlentscheidung, auch soziodemographische Merkmale müssen berücksichtigt werden. Denn zwischen den einzelnen soziodemographischen Gruppen zeigen sich deutliche Unterschiede im Wahlverhalten. (vgl. Plasser/Ullram 2008; Filzmaier 2009; Plasser/Seeber 2010)

In Prozent haben gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	BZÖ	FPÖ 1999
Männer	30	25	20	9	11	32
Erwerbstätige Männer	26	25	21	11	12	33
Pensionisten	40	28	15	2	11	28
Frauen	31	28	14	12	9	21
Erwerbstätige Frauen	27	27	15	16	9	22
Pensionistinnen	39	30	13	6	8	19
Bis 29-Jährige	16	20	29	16	10	35
30-44-Jährige	23	24	19	17	11	29
45-58-Jährige	34	26	14	10	11	21
60 Jahre und älter	37	31	14	4	9	23
Selbständige, UnternehmerInnen	17	34	20	9	15	33
Freie Berufe	18	18	15	30	8	20
Beamte, öffentlicher Dienst	36	23	13	16	7	22
Angestellte	28	23	17	14	11	22
ArbeiterInnen	27	19	33	6	12	47
LandwirtInnen (Vollerwerb)	2	90	5	1	1	10
PensionistInnen	39	29	14	4	10	24
Pflichtschulbildung	40	26	15	2	11	25
Fachschulbildung	32	25	22	5	12	31
MaturantInnen/AkademikerInnen	25	28	11	20	8	22

Tabelle 5: Wahlverhalten 2008 nach WählerInnensegmenten und FPÖ-Anteil 1999 (Plasser/Seeber 2010: 288; Plasser 2010: 349ff.)

Der Einfluss der Variable „Geschlecht“ ist bei der Nationalratswahl 2008 weniger stark ausgeprägt als bei Wahlen zuvor. Bislang war zwischen den Geschlechtern immer ein deutlicher Unterschied bei den Parteipräferenzen zu erkennen, der auch als „gender gap“ bezeichnet wird. „Er (gender gap, d.Verf.) beschrieb die in Österreich und international bekannte Tendenz, dass Frauen eher Mitte-Links-Parteien (wie SPÖ und vor allem Grüne) und Männer eher Mitte-Rechts-Parteien wie ÖVP und vor allem FPÖ [...] wählen.“ (Fitzmaier 2009: 32) Bei der Wahl 2008 sind bei den beiden Großparteien allerdings kaum noch Differenzen zwischen den Geschlechtern zu erkennen, der Unterschied liegt bei lediglich ein bis drei Prozentpunkten. Auch bei den Grünen und dem BZÖ fällt der Abstand mit 2 bzw. 3 Prozentpunkten nur gering aus. Deutlich zeigt sich die geschlechtsspezifische Differenz noch immer bei der FPÖ, wo der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei 6 Prozentpunkten liegt. Bei der Nationalratswahl 1999 war der Unterschied mit 11% allerdings noch deutlich größer. Auch die Erwerbstätigkeit nach Geschlecht hatte einen Einfluss auf das Wahlverhalten, auch wenn hier Korrelationen mit dem Alter hineinspielen. Bei Erwerbstätigen werden sowohl von Männern als auch von Frauen SPÖ und ÖVP unterdurchschnittlich oft gewählt, für die Grünen haben sich unter den Erwerbstätigen mehr Frauen entschieden. Das BZÖ haben etwas mehr erwerbstätige Männer als Frauen gewählt, bei der FPÖ fällt der Unterschied in diesem Segment noch deutlicher aus.

Der „generation gap“, also die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Altersgruppen, fiel auch bei der Wahl 2008 eindeutig aus. Ältere Personen sind stärker in den traditionellen politischen Lagern verhaftet als jüngere. Der Stimmenanteil der Generation „45 plus“ und vor allem der Personen im Pensionsalter für die beiden Großparteien ist daher auch überdurchschnittlich hoch. Jüngere WählerInnen tendieren stark zu den Oppositionsparteien, davon haben vor allem FPÖ und Grüne profitiert. Auf die Ergebnisse der JungwählerInnen wird noch gesondert eingegangen, handelt es sich hierbei doch um das zentrale Thema dieser Arbeit.

Einfluss auf das Wahlverhalten hat auch die berufliche Position. Selbständige und Unternehmer haben 2008 überdurchschnittlich oft ÖVP, FPÖ und das BZÖ gewählt. Bei den Freien Berufen sind dagegen die Grünen mit knapp einem Drittel besonders stark vertreten. Personen im öffentlichen Dienst tendieren zur SPÖ, aber auch die Grünen werden von Angehörigen dieser Berufsgruppe überdurchschnittlich oft gewählt. Auch bei den Angestellten sind die Stimmanteile der Grünen leicht über dem Durchschnitt. Bei den ArbeiterInnen musste die SPÖ enorme Einbußen verzeichnen, vor allem zu Gunsten der FPÖ, die zur stärksten Partei der

ArbeiterInnen wurde. LandwirtInnen stellen das letzte Monopol der ÖVP dar, die hier 90% aller Stimmen für sich gewinnen konnte. Dies ist auch eine der wenigen Gruppen, in der die ÖVP überdurchschnittlich stark abschneiden konnte, in allen anderen Bereich lag sie im Mittelfeld.

Bildung ist ein bedeutender Faktor für die Wahlentscheidung. Bei PflichtschulabsolventInnen ist die Wahl häufig auf die SPÖ gefallen. Personen mit dem Abschluss einer Fachschule haben ebenfalls überdurchschnittlich oft die SPÖ gewählt, aber auch FPÖ und BZÖ sind hier häufiger vertreten als im Durchschnitt. In der obersten Bildungsschicht zeigt sich eine starke Tendenz ÖVP oder Grün zu wählen.

Die Ergebnisse der Wahl, insbesondere das schlechte Abschneiden der Großparteien und die Stimmengewinne des Dritten Lagers wecken Erinnerungen an die Nationalratswahl 1999, aber auch die gruppenspezifischen Tendenzen im Wahlverhalten ähneln einander verblüffend. Bei beiden Wahlen konnte die FPÖ massive Gewinne in der ArbeiterInnenschaft verzeichnen. Gerade bei jungen WählerInnen und Männern konnte die FPÖ 1999 wie 2008 überdurchschnittlich gut abschneiden. Auch wenn der von der FPÖ erreichte Stimmenanteil im Jahr 2008 hinter dem von 1999 zurück liegt, konnten FPÖ und BZÖ als Drittes Lager gemeinsam erneut zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes werden (vgl. Ulram 2009; Ulram/Seeber 2010).

4.1.2 Wahlkampfthemen

Dominantes Wahlkampfthema war die Bekämpfung der Inflation. Die SPÖ konnte mit dem von ihr vorgeschlagenen Fünf-Punkte-Programm den Wahlkampf thematisch strukturieren. (vgl. Hofinger et al 2008) Bei der eigentlichen Wahlentscheidung spielte es jedoch eine untergeordnete Rolle, wie Themenrelevanz und Motivstrukturen zeigen.

Themen	Gesamt	WählerInnen von...				
		SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne
Härtere Strafen für Kindesmissbrauch	69	74	64	82	79	36
Steuerliche Entlastung des Mittelstandes	55	62	63	60	57	37
Abschiebung straffälliger Asylanten	52	48	41	85	72	19
Klimaschutz durch sparsamen Energieverbrauch	49	51	47	38	47	67
Gleichbehandlung der Frauen, Frauenförderung	47	57	38	44	42	55
Förderung des Wirtschaftswachstums	41	44	50	33	47	28
Höheres Pflegegeld	40	52	37	40	37	23
Beschränkung der Zuwanderung	39	32	30	77	59	6
Erhöhung der Familienbeihilfe	39	46	37	38	44	26
Mehr Investitionen in den Umweltschutz	38	40	33	34	30	63
Ausmaß der Pensionserhöhung	38	54	30	42	36	17
Abbau der Staatsschulden durch Budgetdisziplin	36	21	62	39	29	22
Persönlichkeit des Spitzenkandidaten	35	41	20	37	53	32
Volksabstimmung über neue EU-Verträge	32	33	16	60	42	12
Bessere Integration von AusländerInnen	28	29	19	30	24	46
Folgen der Finanzkrise	27	27	27	27	28	18
Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel	21	29	14	26	19	9

Tabelle 6: Relevanz der Wahlkampfthemen mit Einschätzung „sehr wichtig“ in Prozent (Plasser/Seeber 2010: 294)

Wie stark WählerInnen von tagesaktuellen Themen in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst werden, zeigt das für 69% der Befragten wichtigste Thema des Wahlkampfes: die Forderung nach härteren Strafen für Kindesmissbrauch. „Sie ist auf ein Gerichtsurteil in einem spektakulären Prozess über eine Kindesmisshandlung mit tödlichem Ausgang zurückzuführen, der in den letzten Wahlkampftagen die redaktionelle und öffentliche Aufmerksamkeit emotional in Anspruch nahm.“ (Plasser/Seeber 2010: 194) Bis auf die WählerInnen der Grünen wurde diesem Thema von WählerInnen aller anderen Parteien eine besonders hohe Bedeutung zugemessen. Erst an zweiter Stelle folgt eines der Hauptwahlkampfthemen, die steuerliche Entlastung des Mittelstandes, die für durchschnittlich 55% ein sehr wichtiges Wahlkampfthema war. Dieses Thema wurde zum Streitthema zwischen den Koalitionspartnern, ihm wurde lediglich von Grün-WählerInnen eine untergeordnete Bedeutung zuerkannt. Die Abschiebung straffälliger AsylwerberInnen war für 52% der Befragten ein sehr wichtiges Wahlkampfthema, das hauptsächlich von WählerInnen von FPÖ (85%) und BZÖ (72%) als sehr wichtig eingestuft wurde. Auch die Beschränkung der Zuwanderung, die 39% als sehr wichtiges Thema bezeichneten, war für WählerInnen dieser beiden Parteien von überdurchschnittlicher Bedeutung. Klimaschutz und Frauenförderung waren stark von den Grünen besetzt, aber auch für die WählerInnen der SPÖ von Bedeutung. Klassische Themen der ÖVP wurden hingegen von deutlich weniger

Personen als sehr wichtig eingeordnet. Dazu zählen etwa die Förderung des Wirtschaftswachstums (41%) und der Abbau der Staatsschulden durch Budgetdisziplin (36%). (vgl. Plasser/Ulram 2008; Ulram 2009; Hofinger et al. 2008)

4.1.3 Wahlmotive

Die letztendlich ausschlaggebenden Wahlmotive haben mit den Themen des Wahlkampfes in vielen Fällen nur noch wenig gemeinsam. Die im Wahlkampf gesetzten Themen waren für die Motive der Wahlentscheidung letztendlich nur für sehr wenige WählerInnen von Bedeutung.

Gefragt nach dem vorrangigen Wahlmotiv zeigt sich bei den SPÖ-WählerInnen noch immer deutlich die ausgeprägte StammwählerInnenloyalität. Mehr als ein Drittel (36%) geben an, die SPÖ aus Tradition gewählt zu haben. Ebenfalls ein Drittel gaben als Wahlmotive (unterschiedliche) soziale Aspekte an, die der SPÖ zugeschrieben werden. Dazu zählen etwa die Anliegen der kleinen Leute zu vertreten (17%) und die Sorge um soziale Gerechtigkeit (16%). Die Persönlichkeit und Eigenschaften von Werner Faymann waren für immerhin 17% der SPÖ-WählerInnen ein entscheidendes Wahlmotiv. Eine vorgezogene Steuerreform, der große Streitpunkt in der Koalition, war letztlich für nur 1% der SPÖ-WählerInnen ein Wahlmotiv.

Motive	SPÖ-WählerInnen (%)
Aus Tradition, StammwählerIn	36
Werner Faymann (Persönlichkeit, Eigenschaften)	17
Für Anliegen kleiner Leute	17
Sorge für soziale Gerechtigkeit	16
Gegen Molterer, Schüssel, ÖVP	10
Parteiprogramm/bessere Partei	8
Pensionen erhöhen/sichern	6
Mehr für Familien	5
Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplatzbeschaffung	5
Ablehnung anderer Parteien, kleineres Übel	5
Abschaffung der Studiengebühren	3
Senkung der Mehrwertsteuer, Maßnahmen gegen Teuerung	2
Steuerreform vorziehen	1
Volksabstimmung über neue EU-Verträge, Haltung zur EU	1
Andere Beweggründe	11

Tabelle 7: Motive für die Wahl der SPÖ (Plasser/Ulram 2008: 18)

Auch bei jenen, die sich für die ÖVP entschieden haben, ist die Tradition eines der am häufigsten genannten Wahlmotive (34%). 21% der ÖVP-WählerInnen schätzten die verlässliche Politik der Partei, beinahe ebenso viele (18%) wählten die ÖVP

aufgrund der kompetenten Wirtschaftspolitik. Die Person von Wilhelm Molterer gaben nur 6% als Wahlmotiv an.

Motive	ÖVP-WählerInnen (%)
aus Tradition, StammwählerIn	34
Verlässliche Politik	21
kompetente Wirtschaftspolitik	18
Gegen neue Schulden	14
Parteiprogramm/bessere Partei	7
Wilhelm Molterer (Persönlichkeit, Eigenschaften)	6
Gegen Faymann, SPÖ	5
Mehr für Familien	4
Ablehnung anderer Parteien, kleineres Übel	4
Maßnahmen gegen die Teuerung	2
Steuerliche Entlastung des Mittelstands	2
Einsatz für Sicherheit, höhere Strafen	2
Strengere AusländerInnenpolitik	1
Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplatzbeschaffung	1
EU-Politik, Bekenntnis zur EU	1
Andere Beweggründe	17

Tabelle 8: Motive für die Wahl der ÖVP (Plasser/Ullram 2008: 19)

Die Motivstrukturen der FPÖ-WählerInnen unterscheiden sich grundlegend von den bisher genannten. Das stärkste Wahlmotiv war hier der Wunsch nach einer härteren AusländerInnenpolitik (35%). Gemeinsam mit den häufig genannten Motiven „gegen Asylmissbrauch“ (15%) und „Zuwanderungsstopp“ (10%) sind insgesamt 60% der Entscheidungsmotive im Bereich „AusländerInnenpolitik“ angesiedelt. Ein Drittel der Personen gaben zudem Motive an, die dem Wahlmotiv „Protest“ zugeordnet werden können. Dazu gehören das Motiv Ärger über und Ablehnung anderer Parteien (15%), das Motiv gegen die große Koalition zu stimmen (11%) und der Wunsch nach politischer Erneuerung (9%).

Motive	FPÖ-WählerInnen (%)
Härtere Ausländerpolitik	35
Ärger über/Ablehnung anderer Parteien	15
Gegen Asylmissbrauch	14
Heinz-Christian Strache (Persönlichkeit, Eigenschaften)	11
Gegen große Koalition	11
Zuwanderungsstopp	10
Politische Erneuerung, frischer Wind	9
Stammwähler, Tradition	8
Parteiprogramm, bessere Partei	6
Vertretung österreichischer Interessen	5
Kritik an EU	4
Für Anliegen kleiner Leute	2
Für Interesse der ArbeiterInnen	2
Maßnahmen gegen die Teuerung	1
Andere Beweggründe	16

Tabelle 9: Motive für die Wahl der FPÖ (Plasser/Ulram 2008: 19)

„Protestmotive“ waren auch für die WählerInnen des BZÖ von großer Bedeutung (18%). Das entscheidende Wahlmotiv war hier freilich bei rund der Hälfte der WählerInnen die Person Jörg Haiders. Für viele (13%) war auch die verlässliche Politik Jörg Haiders in Kärnten ausschlaggebend, für ebenso viele die Partei selbst. Auch das Thema „AusländerInnenpolitik“ stellte für 12% der BZÖ-WählerInnen ein entscheidendes Wahlmotiv dar.

Motive	BZÖ-WählerInnen (%)
Jörg Haider (Persönlichkeit, Eigenschaften)	49
Macht verlässliche Politik in Kärnten	13
Parteiprogramm, bessere Partei	13
Ärger über/Ablehnung anderer Parteien	13
härtere AusländerInnenpolitik	8
Gegen große Koalition	5
Für Anliegen kleiner Leute	5
Maßnahmen gegen die Teuerung	4
Aus Tradition, StammwählerIn	4
TV-Konfrontationen	3
Gegen Asylmissbrauch	2
Zuwanderungsstopp	2
Kritik an EU	2
Andere Beweggründe	12

Tabelle 10: Motive für die Wahl des BZÖ (Plasser/Ulram 2008: 21)

Die Motivlage der Grün-WählerInnen unterscheidet sich teilweise diametral von jener der WählerInnen von FPÖ oder BZÖ. So war für immerhin 10% der WählerInnen der Grünen die Forderung nach einer menschlicheren AusländerInnenpolitik das Hauptwahlmotiv, für weitere 6% der Einsatz für Minderheiten und Randgruppen. Das erwartungsgemäß stärkste Wahlmotiv war für

immerhin ein Drittel der WählerInnen der Umwelt- und Klimaschutz. Der Spitzenkandidat Alexander Van der Bellen war für 19% ein Grund Grün zu wählen. Nicht zu unterschätzen war jedoch auch bei den UnterstützerInnen der Grünen das „Protestmotiv“ (18%) als Wahlgrund.

Motive	Grün-WählerInnen (%)
Umweltschutz, Klimaschutz	33
Van der Bellen (Persönlichkeit, Eigenschaften)	19
Parteiprogramm, bessere Partei	12
Für menschliche AusländerInnenpolitik	10
Frauenförderung	10
Aus Tradition, StammwählerIn	9
Ärger über SPÖ, ÖVP, LIF	9
Gegen große Koalition	9
Ablehnung anderer Parteien, kleineres Übel	9
Bessere Bildungspolitik	8
Für soziale Gerechtigkeit/Mindessicherung	8
Gegen FPÖ/BZÖ	8
Für Minderheiten, Randgruppen/Tierschützer	6
Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit	5
Einstellungen zur EU	2
Abschaffung der Studiengebühren	1
Für Rechtsstaat, gegen Polizeiwilkkür	1
Andere Beweggründe	16

Tabelle 11: Motive für die Wahl der Grünen (Plasser/Ullram 2008: 21)

4.1.4 Zusammenfassung

Die angeführten Motive für die Wahlentscheidung sind Zeugnis eines „kontur- und themenarmen Wahlkampfes“ (Plasser/Seeber 2010: 293). Besonders die ÖVP hatte Probleme mit der thematischen Positionierung, es fehlte an einer konsequent durchgezogenen Wahlstrategie. Wurde anfangs versucht mit sozialen Themen bei SPÖ-WählerInnen zu punkten, wurde später mit den Themen Sicherheit und Europa ein Versuch gestartet auch die WählerInnen der übrigen Parlamentsparteien anzusprechen. Das Angebot an die eigene WählerInnenklientel wurde dabei vernachlässigt. (vgl. Hofinger 2008: 164) Die Einbußen waren vor allem bei den BeamtInnen und öffentlich Bediensteten groß, aber auch bei den JungwählerInnen mussten Verluste verzeichnet werden. Die SPÖ konnte mit ihrem Fünf-Punkte-Programm weite Teile des Wahlkampfes thematisch bestimmen. Viele, für die Bevölkerung relevante Themen wurden damit jedoch nicht abgedeckt. Großen Einfluss auf den Wahlausgang wird bei den Analysen auch der redaktionellen Berichterstattung der Kronen Zeitung eingeräumt. „Der prägende Einfluss der Kronen Zeitung auf Themengewichtung, Urteilskriterien und Wahlentscheidung der regelmäßigen Leser der Kronen Zeitung ist empirisch nachweisbar und [...]

hinreichend, um den Ausgang der Nationalratswahl substantiell zu beeinflussen.“ (Plasser/Seeber 2010: 307) Dennoch musste die SPÖ Verluste hinnehmen, vor allem bei den jungen WählerInnen unter 30 Jahren und bei den ArbeiterInnen sind Stimmen verloren gegangen.

Auch die Grünen zählten letztendlich, trotz nur geringer Verluste, zu den Wahlverlierern. Der vergleichsweise späte Wahlkampfeinstieg und vor allem die erneute Kandidatur des LIF haben dazu geführt, dass die Grünen unter ihren Möglichkeiten blieben. (vgl. Hofinger et al. 2008: 169) Nur in der oberen Bildungsschicht, bei Frauen sowie bei Selbständigen konnten sie viele WählerInnen überzeugen. Das Ergebnis bei den jungen WählerInnen ist zwar überdurchschnittlich, im Vergleich zur vorhergehenden Wahl hat sich ihr Stimmenanteil jedoch verringert. Es gab zwar insgesamt keine dramatischen Stimmenverluste, angesichts des Erfolgs der Rechtsparteien waren die Grünen dennoch Wahlverlierer.

FPÖ und BZÖ gingen dagegen als klare Sieger aus der Wahlauseinandersetzung hervor. Die FPÖ konnte vor allem bei jungen WählerInnen, ArbeiterInnen und öffentlich Bediensteten Stimmen gewinnen. Männer zeigen noch immer eine deutlich stärkere Tendenz zur FPÖ als Frauen.

Das Wahlergebnis des BZÖ gleicht in seinen Tendenzen dem der FPÖ, wenngleich auf niedrigerem Niveau. Lediglich bei den ArbeiterInnen liegt das Ergebnis des BZÖ hinter der FPÖ zurück, dafür konnten hier mehr Selbständige und Gewerbetreibende überzeugt werden. Auch diese beiden Parteien profitierten von der Berichterstattung der Kronen Zeitung, doch entscheidend für ihren Erfolg war wohl vor allem die Stimmung in der Bevölkerung. „Am wenigsten umstritten in allen Interpretationen der Nationalratswahl 2008 ist die Erkenntnis, dass das Ergebnis durch eine massive Ablehnung der Regierung bedingt war, die aus dem Verlust von Sachbezügen zugunsten medialer Inszenierung des Streits resultierte.“ (Fitzmaier 2009: 38)

4.2 JungwählerInnen bei der Nationalratswahl 2008

Mit der Nationalratswahl 2008 fand die Wahlrechtsreform des Jahres 2007 erstmals Anwendung. Diese Reform brachte einige Veränderungen mit sich, unter anderem die für diese Arbeit wohl wesentlichste Veränderung: die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Seit Jahren wird das nachlassende politische Interesse junger Menschen kritisiert. Unter anderem um dem entgegenzuwirken, wurde mit der Wahlrechtsreform 2007

das aktive Wahlrecht bundesweit auf 16 Jahre gesenkt. Dies sollte ein Signal dafür sein, dass Jugendliche von politischen Zukunftsentscheidungen nicht ausgeschlossen sind. Tatsächlich hat die Senkung des Wahlalters aber eher eine symbolische Wirkung, denn da nur etwa 3% der Wahlberechtigten unter 18 Jahre alt sind, hat diese Veränderung auf den Wahlausgang keinen entscheidenden Einfluss. (vgl. Perlot/Zandonella 2009: 423)

Wie bereits eingangs erwähnt wurde, hat die Analyse der Wahlergebnisse vor allem im Segment der JungwählerInnen für einiges Aufsehen gesorgt. Speziell in dieser Altersgruppe hat die FPÖ, die gemeinsam mit dem BZÖ als „rechtes Lager“ bezeichnet wird, herausragende Ergebnisse erzielt. Deshalb wird die Nationalratswahl 2008 in dieser Arbeit exemplarisch für den elektoralen Erfolg einer Rechtspartei, wie die FPÖ eine darstellt, herangezogen.

4.2.1 Definition „JungwählerInnen“

Bevor die Wahlergebnisse der jüngeren Altersgruppe genauer behandelt werden, ist es zunächst notwendig, die Gruppe der „JungwählerInnen“ genauer zu definieren. Bevor es jedoch zu einer Altersbegrenzung kommt, soll zunächst die besondere Bedeutung, die diese Lebensphase auch, aber nicht nur im politischen Kontext hat, hervorgehoben werden. In dieser Phase findet der Statusübergang vom Kind über jenen eines Jugendlichen zum Erwachsenen statt. „Die Jugendphase kann in dieser Perspektive als der Lebensabschnitt definiert werden, in dessen Verlauf schrittweise der Übergang von der unselbständigen Kindheit in die selbständige Erwachsenenrolle vollzogen wird.“ (Hurrelmann 2007: 31) Durch diese schrittweise vonstattengehenden Wandel und dem Fehlen eines äußeren Zeremoniells, der diesen Übergang symbolisiert, kann schwer eine klare Altersgrenze gezogen werden. Die vor sich gehenden Veränderungen betreffen mehrere Bereiche. So gewinnt die Gruppe der Gleichaltrigen in dieser Phase gegenüber den Eltern zunehmend an Bedeutung, gleichsam wurde die Schule durch den längeren Verbleib im Bildungssystem als Sozialisationsinstanz aufgewertet. Zentrale Aufgabe dieser Lebensphase ist es die gesellschaftliche Integration sicherzustellen. (vgl. Hurrelmann 2007: 34) Trotz eines stetigen, über das gesamte Leben stattfindenden Austausches der Individuen mit ihrem Umfeld, kommt der Lebensphase Jugend eine besondere Bedeutung zu: „Persönlichkeits- und Gesellschaftsentwicklungen befinden sich über die gesamte Lebensspanne hinweg in wechselseitiger Abhängigkeit, aber in der Jugendphase erreicht dieses Beziehungsverhältnis eine einzigartige Dichte.“ (Hurrelmann 2007: 7) In dieser Phase werden auch die

Grundlagen für die eine spätere Wahlentscheidung durch die politische Sozialisation gelegt. „Politische Sozialisation umfasst also all jene Lernprozesse, über die Persönlichkeitsmerkmale, Werte, Einstellungen, Wissen und Fähigkeiten angeeignet werden, die das politische Bewusstsein bilden und das politische Verhalten steuern.“ (Buhl 2003: 16, zit. nach Perlot/Zandonella 2009: 424) Niemand wird als politischer Mensch geboren, denn erst im Zuge der politischen Sozialisation, durch Auseinandersetzung mit politischen Themen, entwickelt sich die politische Identität. (vgl. Friesl et al. 2008, Klautschner 2008) Gleichzeitig sind das politische Interesse junger Menschen und die von ihnen getroffenen Entscheidungen keine zu vernachlässigenden Größen. Denn: „Den politischen Einstellungen und Handlungen Jugendlicher kommt [...] für die Sicherung und Weiterentwicklung der politischen Kultur eines Landes hohe Bedeutung zu.“ (Hurrelmann 2007: 150)

Die Lebensphase Jugend hat sich im Vergleich zu früher nicht nur verschoben, sondern auch verlängert. Sie beginnt heute bereits mit etwa 12 Jahren und endet je nach Definition zwischen 20 und 30 Jahren. Durch die verlängerte Ausbildungsphase verschiebt sich die Erwerbstätigkeit und damit die ökonomische Selbständigkeit nach hinten, sodass der vollständige Eintritt in die „Erwachsenenwelt“ sich ebenfalls nach hinten verlagert. Definitionen werden auch dadurch erschwert, dass diese Entwicklung zunehmend individualisiert verläuft und die Heranwachsenden ihre Rolle selbst beeinflussen können. „Kollektivbiographische, vorstrukturierte Muster, nach denen sich der Übergang vom Kindsein zum/zur Erwachsenen vollzieht, haben an Bedeutung verloren.“ (Großegger 2005: 4) Obgleich die Grenzen zwischen den Lebensphasen immer mehr verschwimmen, ist für eine wissenschaftliche Herangehensweise an dieses Thema die Definition von Altersgruppen notwendig.

In der österreichischen Jugendforschung ist die Unterteilung der Jugendphase in drei Altersgruppen üblich:

- „die Gruppe der 10- bis 14-Jährigen, die an der Schwelle vom Kind zum Jugendlichen stehen und häufig auch als „Kids“ bezeichnet wird;
- das klassische Jugendsegment der 14- bis 19-Jährigen;
- und die Gruppe der jungen Erwachsenen, in der die 20- bis 24-Jährigen oder [...] die 20- bis 30-Jährigen zusammengefasst sind.“ (Großegger 2005: 5)

Diese Definition lehnt sich an das österreichische Bildungssystem an. Der Übergang von der Pflichtschule zu einer höheren Schule oder Lehre und der Beginn des Studiums oder der Erwerbstätigkeit sind einschneidende Veränderungen für junge

Menschen. In jedem dieser Abschnitte verändern sich in der Regel nicht nur ihr soziales Umfeld, sondern auch die an sie gestellten Anforderungen. Gleichzeitig entsprechen diese Abgrenzungen auch weitgehend dem Selbstverständnis der Personen in dieser Altersgruppe. (vgl. Großegger 2005: 5)

Diese Arbeit beschäftigt sich mit einer Teilgruppe der Menschen in dieser Altersgruppe, der Gruppe der JungwählerInnen. Die Untergrenze dafür wird durch das Wahlrecht geregelt und liegt seit der Senkung des Wahlalters im Jahr 2007 bei 16 Jahren. Nach oben hin fällt die Abgrenzung etwas schwieriger. Viele Studien, wie etwa die österreichische Jugendwertestudie oder die deutsche Shell-Studie, setzen diese Grenze bei 24 bzw. 25 Jahren fest, was auch dem Selbstverständnis junger ÖsterreicherInnen entspricht, wie die obige Grafik zeigt. In Nachwahlstudien wurde die Gruppe der JungwählerInnen häufig auf bis 30-Jährige ausgeweitet. Diese Ausdehnung wird der stufenweisen Entwicklung der Personen in dieser Altersgruppe allerdings nicht gerecht. In dieser Arbeit wird der Begriff der JungwählerInnen daher in Anlehnung an die Jugendforschung auf Personen beschränkt, die zum Zeitpunkt der Nationalratswahl 2008 zwischen 16 und 24 Jahren alt waren.

4.2.2 Ergebnisse der JungwählerInnen

Die meisten Wahlanalysen weisen im Unterschied zu der hier vorgenommenen Definition die unter 30-Jährigen als JungwählerInnen aus, wohl aus Gründen der statistischen Repräsentanz. Aufgrund der Datenlage werden zunächst auch diese, der vorgenommenen Definition leicht abweichenden Ergebnisse dargestellt.

Die unter 30-Jährigen WählerInnen weisen bei der Nationalratswahl 2008 einen klaren Trend zu Oppositionsparteien auf, insbesondere zur FPÖ. Sie ist mit einem Stimmenanteil von, je nach Institut, 23% bis 29% aller unter 30-jährigen stärker als alle anderen Parteien und deutlich über dem Gesamtwahlergebnis. Die ÖVP liegt bei rund 20%, die SPÖ je nach Umfrage bei nur 16% bis 21%. Unerwartet schlecht schneiden die Grünen als vermeintliche Jugendpartei mit nur 16% bis 18% ab. Das BZÖ als zweite Rechtspartei bei dieser Wahl kommt mit 10% der unter 30-Jährigen WählerInnen nahe dem Gesamtwahlergebnis dieser Partei.

Institut	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne
SORA	21	21	23	10	18
Fessel GfK	16	20	29	10	16

Tabelle 12: Wahlverhalten der unter 30-Jährigen bei den Nationalratswahlen 2008 nach Instituten

Im Vergleich zur Nationalratswahl 2006 konnte vor allem die FPÖ in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen Zugewinne verzeichnen. Doch alle anderen Parteien haben gegenüber der letzten Wahl Stimmen verloren, lediglich das BZÖ konnte von einem niedrigen Ausgangsniveau ebenfalls Stimmen gewinnen. Vor allem SPÖ und Grüne, die in dieser Altersgruppe bei der Nationalratswahl 2006 gemeinsam 54% erlangten liegen mit gemeinsam nur 32% bei der Nationalratswahl 2008 deutlich unter den Erwartungen.

Ohne Zweifel zeigt sich bei der Nationalratswahl 2008 ein - im Vergleich zum Wahlergebnis- überdurchschnittlich starkes Votum der WählerInnen unter 30 Jahren für die FPÖ. Wenn man die Wahlergebnisse von FPÖ und BZÖ zusammenzählt, verstärkt sich dieser Eindruck. Demnach hat sich bei der Wahl 2008 zumindest ein Drittel, nach anderen Umfragen sogar 39%, der unter 30-Jährigen für eine rechte Partei entschieden.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob es sich bei der Zustimmung junger Menschen zur FPÖ um eine neue Entwicklung handelt? Dazu ist ein Zeitvergleich mit anderen Nationalratswahlen und den damaligen FPÖ-Wahlergebnissen notwendig.

Schon im Jahr 1986, unmittelbar nachdem Jörg Haider Parteiobermann der FPÖ wurde, lag das Ergebnis der unter 30-Jährigen leicht über dem Gesamtergebnis (+2,3 Prozentpunkte). Auch bei den beiden folgenden Nationalratswahlen der Jahre 1990 und 1994 blieb diese Differenz zwischen dem Wahlergebnis der unter 30-Jährigen und dem Gesamtwahlergebnis in etwa derselben Höhe bestehen. Allerdings hat sich das Gesamtwahlergebnis der FPÖ in der Zwischenzeit von 9,7% im Jahr 1986 auf 22,5% bei der Wahl 1994 verbessert. Mit der Wahl 1995 ändert sich das Verhalten junger WählerInnen im Vergleich zum Gesamtergebnis deutlich. In diesem Jahr liegt die FPÖ bei den WählerInnen unter 30 Jahren bei knapp 30 Prozent und damit um 7 Prozentpunkte über dem Gesamtergebnis. Dieser Trend verstärkt sich leicht bei der darauf folgenden Nationalratswahl des Jahres 1999, bei der mittlerweile 35% der WählerInnen unter 30 Jahren die FPÖ wählen, während das Gesamtergebnis 26,9% waren. In den Jahren 2002 und 2006 erlebt die FPÖ sowohl bei jungen WählerInnen als auch insgesamt aus den bereits in Kapitel 3.1 dargestellten Gründen eine massive Niederlage. Erst mit der Wahl 2008 kann die FPÖ an alte Erfolge anschließen. Sie erreicht ein Ergebnis von insgesamt 17,5%, ist darüber hinaus bei den WählerInnen bis 30 Jahre mit 29% laut Fessel GfK und zumindest 23% laut SORA deutlich stärker als insgesamt. Je nach Analyse liegt die

FPÖ in diesem WählerInnensegment damit um 5,5 bis 11,5 Prozentpunkte über dem Gesamtergebnis. Weitere 10% in dieser Altersgruppe haben sich bei dieser Wahl für die zweite Rechtspartei, das BZÖ entschieden und scheinen daher zumindest in Teilen auch für die FPÖ zu gewinnen. Daher rührt auch die große mediale Aufregung über das Wahlergebnis der jüngsten WählerInnengruppe. Der Trend der unter 30-jährigen WählerInnen zu Rechtsparteien scheint mit Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre kein neues Phänomen zu sein, sich jedoch bei dieser Wahl verstärkt zu haben.

Wahljahr	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne	FPÖ gesamt
1986	39	33	12		11	9,7
1990	35	24	18		9	16,6
1994	31	19	25		12	22,5
1995	30	18	29		10	21,9
1999	25	17	35		13	26,9
2002	29	33	14		20	10
2006	32	30	9	2	22	11
2008	16	20	29	10	16	17,5

Tabelle 13: Wahlverhalten der unter 30-Jährigen bei den Nationalratswahlen 1986 bis 2008 und Gesamtwahlergebnis der FPÖ (vgl. Plasser 2010: 352; Bundesministerium für Inneres)

Der zuvor bereits angeführte „gender-gap“, also das geschlechtsspezifische Wahlverhalten, schwächt sich bei der FPÖ im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen bei den JungwählerInnen ab. Bei der Wahltagbefragung des ORF beträgt der Unterschied der FPÖ-WählerInnen in der Altersgruppe unter 30 Jahren zwischen Männern und Frauen 7 Prozentpunkte. Auch Frauen dieser Altersgruppe haben mit 21% häufiger die FPÖ gewählt als die durchschnittliche Bevölkerung. (SORA 2008: 10) Während bei den Großparteien SPÖ und ÖVP auch in diesem Alterssegment deutliche Unterschiede zwischen dem Wahlverhalten nach Geschlecht zu finden sind, schwächt sich dieser Trend bei den Oppositionsparteien deutlich ab.

Deutliche Auswirkungen auf das Wahlverhalten hat hingegen die berufliche Stellung. Von jenen unter 30-Jährigen, die sich noch in einer Ausbildung befinden, haben 20% die FPÖ gewählt, 27% dagegen Grün. Bei den Berufstätigen im gleichen Alter haben sich jedoch nur 11% für die Grünen, dafür 25% für die FPÖ entschieden. (vgl. Zeglovits 2008: 9; eigene Berechnungen) Die Erwerbstätigkeit, beeinflusst durch den Bildungsstand, hat auf das Wahlverhalten großen Einfluss.

Lediglich eine Wahlanalyse behandelt genau die hier zuvor festgelegte Gruppe der JungwählerInnen, nämlich die WählerInnen zwischen 16 und 14 Jahren. Auch in dieser Altersgruppe ist die FPÖ die am häufigsten gewählte Partei. 24% aller 16 bis

24-Jährigen haben sich für die FPÖ entschieden, während das Wahlergebnis der FPÖ nur bei 17,5% lag. Auch für die Grünen haben sich viele der unter 24-Jährigen entschieden, während die bei den Regierungsparteien mit jeweils knapp unter 20% deutlich schwächer abschnitten. Das leicht überdurchschnittliche Ergebnis des BZÖ in diesem Segment im Vergleich zum Gesamtergebnis bestätigt den Trend der jungen WählerInnen hin zu Oppositionsparteien.

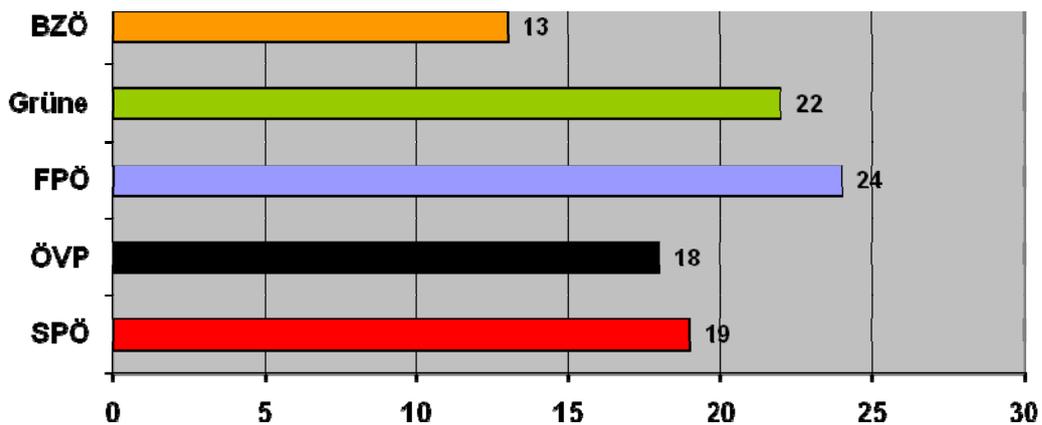


Abbildung 3: Wahlverhalten der 16 bis 24-Jährigen bei der Nationalratswahl 2008 (nur Deklarierte)³

Eine andere Umfrage, die sich mit dem Wahlverhalten der zum Wahlzeitpunkt 16 bis 18-Jährigen beschäftigt, kommt zu einem etwas anderen Ergebnis. (vgl. Schwarzer et al. 2008) Hier ist die ÖVP die stärkste Partei mit 31%⁴ unter den 16- bis 18-Jährigen, gefolgt von der FPÖ mit 25%. Dem folgen, etwas abgeschlagen, die Grünen mit 19% und die SPÖ mit 17%. Das BZÖ liegt mit 8% leicht unter dem tatsächlichen Wahlergebnis. Starke Unterschiede zeigen sich hier insbesondere zwischen den Erwerbstätigen und den SchülerInnen. Unter den Erwerbstätigen ist die FPÖ klar die stärkste Partei (35%), etwas dahinter die ÖVP mit 28%. Unter den SchülerInnen ist die Zustimmung zur ÖVP mit 32% am größten, an zweiter Stelle liegen die Grünen mit 26%. Die Dominanz der ÖVP ist auf die Stadt-Land-Verteilung zurückzuführen. (vgl. Schwarzer et al. 2009: 42f.) Im Vergleich zu der in dieser Arbeit zuvor definierten Gruppe der JungwählerInnen zeigt diese junge Altersgruppe eine deutlich stärkere Tendenz zur ÖVP, zuungunsten von SPÖ und Grünen.

³ Wahltagbefragung SORA, eigene Berechnungen

⁴ nur Deklarierte; eigene Berechnungen

Hinsichtlich der FPÖ zeigen sich zwischen den 16 bis 18-Jährigen und den 16- bis 24-Jährigen nach dieser Umfrage kaum Unterschiede.

Andere Studien sprechen jedoch von Wahlergebnissen bis zu 44% in der Gruppe der JungwählerInnen. (vgl. Horaczek/Reiterer 2008: 118)

Über die Wahlmotive der JungwählerInnen bei der Nationalratswahl 2008 gibt es bislang nur vereinzelte Daten. Diese beziehen sich jedoch nicht auf die hier genannte Definition der JungwählerInnen, sondern erneut auf die Gruppe der unter 30-Jährigen. Dennoch sollen die Ergebnisse hier kurz angeführt werden.

Für die Hälfte (51%) der unter 30-Jährigen FPÖ-WählerInnen war die Themensetzung der FPÖ, konkret das „Ausländerthema“, das wichtigste Wahlmotiv. Damit zeigen junge FPÖ-WählerInnen unter 30 Jahren bei der Nationalratswahl 2008 eine ähnlich starke Themenorientierung wie die GesamtwählerInnenschaft der FPÖ. (vgl. SORA 2008: 18) Wirft man einen Blick auf die anderen Parteien, so weisen die WählerInnen von Grünen (63%) und BZÖ (70%) eine stärkere Themenorientierung als die FPÖ-WählerInnen auf. Bei den unter 30-Jährigen WählerInnen von SPÖ und ÖVP ist die Themenorientierung für jeweils rund die Hälfte ein Wahlmotiv. (vgl. Zeglovits 2008: 11)

Protest gegen die Regierung spielte vor allem für die WählerInnen des Dritten Lagers eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung. Jeweils knapp die Hälfte der FPÖ- und BZÖ-WählerInnen dieser Altersgruppe (46 bzw. 47%) gaben als Hauptwahlmotiv Protest an. Auch für ein Drittel der Grün-WählerInnen ist Protest ein wichtiges Wahlmotiv. (vgl. Zeglovits 2008: 12) Betrachtet man alle FPÖ-WählerInnen unabhängig von der Altersgruppe, war Protest gegen die Regierung mit fast zwei Drittel ein noch etwas häufiger genanntes Wahlmotiv. (vgl. SORA 2008: 18)

Ein weiteres wichtiges Wahlmotiv sowohl für die FPÖ-WählerInnen insgesamt als auch für die Altersgruppe zwischen 16 und 30 Jahren war der Spitzenkandidat der FPÖ, Heinz-Christian Strache. Für knapp die Hälfte war er ein entscheidendes Wahlmotiv, die Werte für die Spitzenkandidaten der anderen Parteien bei den jungen WählerInnen liegen mit um die 40 Prozent für Werner Faymann (SPÖ), Alexander Van der Bellen (Grüne) und Jörg Haider (BZÖ) etwas dahinter. Weit abgeschlagen war der ÖVP- Spitzenkandidat Wilhelm Molterer für weniger als ein Drittel ein entscheidendes Wahlmotiv. (vgl. Zeglovits 2008: 13)

Die FPÖ konnte bei der Nationalratswahl 2008 viele der JungwählerInnen für sich gewinnen. Wie sich gezeigt hat, ist die Präferenz junger Menschen zu rechten

Oppositionsparteien keine ganz neue Entwicklung, hat sich bei der Nationalratswahl 2008 durch die Möglichkeit zwischen den zwei Rechtsparteien FPÖ und BZÖ zu wählen jedoch verstärkt. Die hinter dieser Wahl liegenden Motive konnten aufgrund der fehlenden Erhebungen zu diesem Thema bislang jedoch nur unzureichend aufgedeckt werden. Der empirische Teil dieser Arbeit ist ein erster Versuch, dieser zentralen Frage nachzugehen.

4.2.3 Der Jugendwahlkampf der FPÖ

Bevor sich diese Arbeit jedoch dem methodischen und empirischen Teil zuwendet, wird zunächst kurz auf den Wahlkampf der FPÖ eingegangen. Es ist nicht das Ziel, die Wahlkämpfe der einzelnen Parteien in Hinblick auf die Zielgruppe der JungwählerInnen zu vergleichen. Vielmehr wird darin die Rolle des FPÖ-Wahlkampfes in diesem WählerInnensegment hervorgehoben, versucht die FPÖ doch gezielt die JungwählerInnen anzusprechen.

Die Überlegung dahinter erscheint simpel, der Erfolg gibt dieser Strategie jedoch recht. „Besonders schwierig, Wähler zu mobilisieren, ist es dort, wo ein langes, schon fast traditionell ausgerichtetes Verhalten da ist. Die Pensionisten, klassisch [...]. Von dem her ergibt sich natürlich das dort, wo diese traditionellen Bindungen nicht da sind, die Erreichbarkeit und die Beweglichkeit des Wählers eine besonders große ist.“ (Interview mit Herbert Kickl, Generalsekretär der FPÖ)

Die fehlende parteipolitische Bindung macht junge Wähler für eine Partei mit einem zwar vorhandenen, aber zahlenmäßig geringen StammwählerInnenanteil zum Ziel der politischen Kommunikation. Teile der FPÖ waren zuvor gegen eine Senkung des Wahlalters eingetreten, schlussendlich konnte die FPÖ von der Wahlaltersenkung jedoch profitieren. (vgl. Interview Kickl) „Ich glaube, dass Jugend sich in weiten Bereichen auch durch Protestverhalten und einen, ich sage mal, revolutionären Ansatz auszeichnet.“ (Interview Kickl) Daraus ergibt sich, dass junge Menschen „für den systemverändernden politischen Anspruch der FPÖ besonders gewinnbar sein mussten“. (Kickl 2008: 61)

Die FPÖ versucht im Nationalratswahlkampf 2008 die jungen WählerInnen auf unterschiedliche Arten anzusprechen. Hierzu zählt etwa die Nutzung „Neuer Medien“, ein Bereich, in dem die FPÖ den anderen Parteien deutlich voraus ist. Eng daran geknüpft ist die Person des Spitzenkandidaten der FPÖ, Heinz-Christian Strache. „Mit HC Strache kann man in diese Zielgruppe (die JungwählerInnen, d.Verf.) sehr gut hinein kommunizieren, weil er gewillt ist, Dinge zu machen, die

andere Politiker nie machen würden. [...] Heinz-Christian Strache ist authentisch bei diesen Dingen und deswegen kommt er bei den Jugendlichen gut an.“ (Interview Kickl)

Der Wahlkampf der FPÖ beinhaltet daher nicht nur eine „Disco-Tour“ des Spitzenkandidaten, sondern auch eine eigene Homepage mit Bildern und aktuellen Meldungen sowie einen Auftritt bei „Social Networks“ wie Facebook. „Wir versuchen schon sehr stark, den persönlichen Zugang zum Wähler zu finden. Und dort, wo es nicht mit Händeschütteln und [...] Vorortbesuchen geht, ist der persönlich adressierte Brief eine dieser Möglichkeiten, wie man das tun kann. Aber natürlich auch die Facebook-Komponenten, Stichwort ‚Freund werden‘, dabei sein in dieser Community, das sind alles Instrumente. Natürlich sind das Elemente, die die Jungen vermehrt benutzen. [...] Wir versuchen in der Kampagnenführung Elemente aus den politikfremden Bereich (wie Popkultur, d. Verf.) für uns zu übernehmen.“ (Interview Kickl)

Teil dieser Kampagne war, wie bereits bei der Nationalratswahl 2006, ein Rap des Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache mit dem Titel „Adios Che - Viva HC“. Mit dem Rap gelang es, das jugendliche Image des Spitzenkandidaten zu unterstreichen und gleichzeitig „politische Botschaften in unpolitischer Form zu kommunizieren“ (Kickl 2006: 81). Bemerkenswert ist dabei der Rückgriff auf ursprünglich Idole der Linken wie in diesem Fall „Che Guevara“.

„Dieser HC Rap ist einfach der Versuch Aufmerksamkeit zu erregen [...] und etwas zum Ausdruck zu bringen, was sich wahrscheinlich viele Jugendliche denken. [...] Das, glaube ich, ist ein Teil des Erfolgsrezepts. [...] Wer schaut sich schon Folder an?! [...] Es ist mehr eine Einladung, eine Einstiegshilfe.“ (Interview Kickl) Der Rap wurde mehr als 35.000 Mal von der Homepage der FPÖ heruntergeladen und wird wohl auch in zukünftigen Wahlauseinandersetzungen Teil der Kampagne sein.

Ergänzt werden diese Werbestrategien durch Themen, die an die Erfahrungen junger Menschen anknüpfen sollen, wie in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt. Diese werden in einer Art kommuniziert, die für Jugendliche offenbar ansprechender sind als bei anderen Parteien. „Wir reden auch anders. Wir kommunizieren sehr direkt und sehr klar.“ (Interview Kickl) Auch Nachwahlbefragungen kamen zu dem Ergebnis, dass die FPÖ „vor allem durch klare und einfache Forderungen bzw. Lösungen“ (Schwarzer et al. 2009: 19) bei jungen Menschen punkten konnte.

Der Erfolg der FPÖ-Wahlkampfstrategie bei den JungwählerInnen basiert wohl auf einer gelungenen Mischung aus politischen Themen, verpackt in einer

ansprechenden Form, einem jugendlich wirkenden Spitzenkandidaten und Emotionen. Hier liegen vielleicht auch die Parallelen zum Nationalratswahlkampf 1999, bei dem die FPÖ das erste Mal versuchte, JungwählerInnen gezielt anzusprechen. „Wenn Sie den Wahlkampf ‘99 anschauen, dann war das einer, der sehr stark auf Emotionen aufgebaut war. Da haben wir Politik gemacht, ohne Politik zu machen. [...] Es hat zum Beispiel ein Jugendplakat gegeben, da war der einzige Text: ‚Einer, der unsere Sprache spricht‘. Wir haben auch da versucht, stark zu emotionalisieren. [...] Vielleicht ist die Emotion ein starker Zugang in dieses Wählersegment.“ (Interview Kickl)

Das gute Wahlergebnis der FPÖ bei jungen WählerInnen ist also keineswegs ein Produkt des Zufalls, sondern das Ergebnis einer zielgerichteten politischen Arbeit in Richtung der JungwählerInnen. Welche Motive für JungwählerInnen bei der Nationalratswahl 2008 zu einer Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ geführt haben, werden im nun folgenden empirischen Teil dieser Arbeit begreifbar gemacht.

5. Methodik

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Motivstrukturen hinter der Wahlentscheidung junger FPÖ-WählerInnen zu ergründen. Wahlentscheidungen sind sehr komplexe Vorgänge, die von bewussten, aber auch unbewussten Faktoren beeinflusst werden. (vgl. Flick 2007) Die Benennung von simplen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen ist daher nicht möglich. Gleichzeitig handelt es sich bei der Gruppe der JungwählerInnen, die sich für die FPÖ entschieden haben, um eine unbestimmte Grundgesamtheit, die eine qualitative Vorgehensweise nahelegt. Nicht zuletzt die Komplexität des Forschungsgegenstandes hat zu der Entscheidung geführt, sich dem Phänomen mittels qualitativer Forschung anzunähern. „Qualitative Forschung gewinnt besondere Aktualität für die Untersuchung sozialer Zusammenhänge, da die Pluralisierung der Lebenswelten in modernen Gesellschaften [...] eine neue Sensibilität für empirisch untersuchte Gegenstände erforderlich macht.“ (Flick 2007: 22)

Qualitative Sozialforschung bietet den entscheidenden Vorteil, dem Forschungsgegenstand mit größtmöglicher Offenheit bezüglich Forschungsprozess und Methoden zu begegnen und kann damit seiner Komplexität gerecht werden.

„Gegenstände werden dabei nicht in einzelne Variablen zerlegt, sondern in ihrer Komplexität und Ganzheit in ihrem alltäglichen Kontext untersucht.“ (Flick 2007: 27) Qualitative Sozialforschung bemüht sich um das Verstehen von komplexen Handlungen und Zusammenhängen. (vgl. Flick 2007) Auch wenn der Forschungsgegenstand qualitativer Sozialforschung komplexe Felder umfasst, ist der von der Forschungsfrage betroffene Mensch Ausgangspunkt der Untersuchung. Da die Subjekte selbst KonstrukteurInnen ihrer Wirklichkeit sind, ist qualitative Forschung an der möglichst umfassenden Darstellung dieser Wirklichkeit aus Sicht der Betroffenen interessiert. Deshalb nimmt Kommunikation im Forschungsprozess einen zentralen Stellenwert ein. (vgl. Reinders 2005)

Das Ziel qualitativer Sozialforschung ist die Deskription empirischer Sachverhalte und sozialer Prozesse. Im Gegensatz zur quantitativen Sozialforschung, die daran interessiert ist, vorab formulierte Theorien und Hypothesen zu überprüfen, entwickelt die qualitative Sozialforschung Hypothesen und Theorien im Forschungsprozess. (vgl. Diekmann 2004: 444) Die empirisch gewonnenen Daten stellen die Grundlage dafür dar. Wie im vorhergehenden Kapitel dargestellt wurde, sind die bisher vorhandenen Erkenntnisse zum Thema dieser Arbeit eher spärlich. Die erarbeiteten theoretischen Grundlagen lassen relevante Themenaspekte der Fragestellung dieser Arbeit erkennen. Schließlich soll der offene Zugang zum Thema durch die Methoden der qualitativen Sozialforschung die Erfassung der Motivstrukturen hinter einer Wahlentscheidung für die FPÖ ermöglichen.

5.1 Leitfadeninterview

Die qualitative Sozialforschung bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten sich einem Forschungsgegenstand zu nähern. Entscheidend für die Wahl der Methode ist jedoch die „Angemessenheit zur Beantwortung der Fragestellung“ (Reinders 2005:97). Im Bezug auf die der Arbeit zugrunde liegende Fragestellung bieten qualitative Interviews im Vergleich zu anderen Methoden den höchsten Erkenntnisgewinn. „Qualitative Interviews eignen sich in besonderem Maße, Meinungen, Werte, Einstellungen, Erlebnisse, subjektive Bedeutungszuschreibungen und Wissen zu erfragen.“ (Reinders 2005: 97)

Qualitative Interviews können am Grad ihrer Standardisierung unterschieden werden. (vgl. Reinders 2005: 97ff.) Die Wahl fiel hier auf Leitfadeninterviews, die im Bezug auf ihre Standardisierung als halboffen bezeichnet werden können. „Mit unstrukturierten oder halbstrukturierten Interviews wird am Alltagsgespräch angeknüpft und eine vertraute Gesprächsatmosphäre geschaffen, so daß auch

Hemmschwellen eher abgebaut werden. Man erhofft sich davon, tiefere Kenntnisse sozialer Sachverhalte und auch validere Informationen zu erlangen als mit standardisierten Interviews.“ (Diekmann 2004: 445)

Die Themen der Befragung werden im Leitfaden vorgegeben, die Fragen werden vorab formuliert. Damit ist diese Art des Interviews zwar weniger offen als unstrukturierte Befragungen, es besteht dessen ungeachtet eine generelle Offenheit der Methode für neue Themengebiete im Gegensatz zu standardisierten Befragungen. (vgl. Reinders 2005) Der Leitfaden ermöglicht durch die am Untersuchungsobjekt orientierte Reihenfolge der Fragen eine offene Gesprächsführung und freie Antworten, sorgt jedoch gleichzeitig dafür, dass alle forschungsrelevanten Themen angesprochen werden und die Interviewergebnisse dadurch vergleichbar sind. (vgl. Reinders 2005) Der Leitfaden gibt der/dem Befragten die Möglichkeit selbst zu erzählen. Gleichzeitig bietet er freilich Anhaltspunkte, wenn das Gespräch ins Stocken gerät oder um dem Interview eine Wendung zu geben. (vgl. Reinders 2005)

Für den Entwurf des Leitfadens ist ein gewisses Maß an Vorwissen erforderlich. Dadurch können die Themengebiete und die daraus gewonnenen Daten schon im Vorfeld begrenzt und wertvolle Zeit für die weitere Analyse verwendet werden. Das zugrunde liegende Vorwissen wird im theoretischen Teil dargestellt, um die getroffenen Annahmen für andere nachvollziehbar zu gestalten.

5.1.1 Das problemzentrierte Interview

Leitfadeninterviews stellen nur eine Überkategorie für eine Vielzahl konkreter Anwendungsmöglichkeiten dar, die Befragung orientiert sich am problemzentrierten Interview nach Witzel (2000). „Darin werden anhand eines Leitfadens, der aus Fragen und Erzählanreizen besteht, insbesondere biographische Daten im Hinblick auf ein bestimmtes Problem thematisiert.“ (Flick 2007: 210)

Diese Art des Interviews ist durch drei Kriterien gekennzeichnet (vgl. Flick 2007: 120ff.):

- **Problemzentrierung:** Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht eine gesellschaftlich relevante Problemstellung. Vorwissen ist jedoch notwendig, um Fragestellungen zu formulieren, die thematisch eingegrenzt sind.

- Gegenstandsorientierung: Wie für qualitative Interviews allgemein üblich sind auch hier die Fragen in Reihenfolge und Inhalt an den Aussagen und Kompetenzen der/des Befragten orientiert.
- Prozessorientierung: Dieses Kriterium bezieht sich darauf, dass der Forschungsprozess flexibel und offen gestaltet ist. Wenn es im Laufe der Erhebung notwendig erscheint, können Fragen bei Bedarf modifiziert werden.

Problemzentrierte Interviews zeichnen sich im Forschungsprozess durch eine Kombination aus deduktivem und induktivem Vorgehen aus. Der deduktive Bestandteil ergibt sich aus dem für die Erstellung des Leitfadens notwendigen Vorwissen, aus dem Annahmen zum Thema abgeleitet werden. Die durch die Interviews gewonnenen Informationen werden genutzt, um Fragestellungen bei Bedarf zu modifizieren, zu erweitern oder auch zu präzisieren. Dies ist der induktive Teil des problemzentrierten Interviews.

Die Durchführung der Befragung als problemzentriertes Interview ist mit einem spezifischen Ablauf der Befragung verbunden. An erster Stelle steht die Problemanalyse, somit die Identifikation eines spezifischen Problemfeldes und die Eingrenzung desselben. In diesem Fall handelt sich bei dem Problemfeld um das starke Wählervotum der JungwählerInnen für die FPÖ bei der Nationalratswahl 2008. Danach folgt die Konstruktion des Leitfadens, der die Teilaspekte des Themas behandelt. Die Teilaspekte sind in diesem Fall jene Bereiche, die zu einer Wahlentscheidung junger Menschen für die FPÖ beigetragen haben. Dabei muss etwa der Einfluss der Sozialisationsinstanzen, aber auch andere Komponenten der Wahlmotiv- und Rechtsextremismusforschung berücksichtigt werden. Bevor der Leitfaden im Feld angewendet wird, ist zunächst ein Pretest erforderlich, bei dem der Leitfaden erprobt und gegebenenfalls modifiziert wird. Erst danach kann mit der Durchführung der Interviews begonnen werden. Das Interview selbst besteht aus fünf Elementen, die an dieser Stelle kurz erläutert werden sollen. (vgl. Reinders 2005: 123ff.)

Der am Anfang des Interviews stehende Kurzfragebogen bietet die Möglichkeit für die Untersuchung notwendige, sozialstatistische Daten und ähnliche Informationen vor Beginn des eigentlichen Interviews zu erheben. Damit soll vermieden werden, dass sich das klassische Frage-Antwort-Schema in der weiteren Befragung fortsetzt. Oftmals sind die hierbei gewonnenen Informationen für den weiteren Verlauf des Gesprächs notwendiges Vorwissen. (vgl. Reinders 2005)

Für den gelungenen Einstieg in das qualitative Interview folgt danach eine Einstiegsfrage. Diese sollte möglichst einfach und offen sein, damit zum Erzählen anregen, gleichzeitig freilich eine Orientierung hin zum eigentlichen Thema des Gesprächs bieten. Anschließend daran folgt die Phase der „Sondierungsfragen“, in der die Fragen des Leitfadens gestellt werden. Wie bereits zuvor erwähnt, ist die Reihenfolge dieser Fragen nicht starr, sondern an den Gesprächsverlauf angepasst. Themengebiete, die im Verlauf des Interviews nicht oder nur unzureichend behandelt wurden, können danach als „Ad-Hoc-Fragen“ berücksichtigt werden. Damit soll die Vergleichbarkeit der Ergebnisse in möglichst hohem Maße gegeben sein. Anschließend an das Interview werden wichtige Informationen über die Rahmenbedingungen des Interviews, wie etwa Ort und Dauer, im Postskriptum festgehalten. (vgl. Reinders 2005)

Die Transkription und Auswertung der Interviews erfolgen zeitlich möglichst nahe an der Befragung, da der Leitfaden für die künftig folgenden Interviews so noch entsprechend modifiziert werden kann. Problemzentrierte Interviews zeichnen sich gerade durch die Kombination aus deduktivem und induktivem Vorgehen im Forschungsprozess aus. Der deduktive Bestandteil ergibt sich aus dem Vorwissen für den Leitfaden, aus dem Annahmen zum Thema abgeleitet werden. Die durch die Interviews gewonnenen Informationen werden genutzt, um Fragestellungen bei Bedarf zu modifizieren, zu erweitern oder auch zu präzisieren.

Durch den beschriebenen Aufbau des problemzentrierten Interviews und den damit einhergehenden Gesprächsverlauf eignen sich diese besonders gut für Gespräche mit Jugendlichen. (vgl. Reinders 2005: 124)

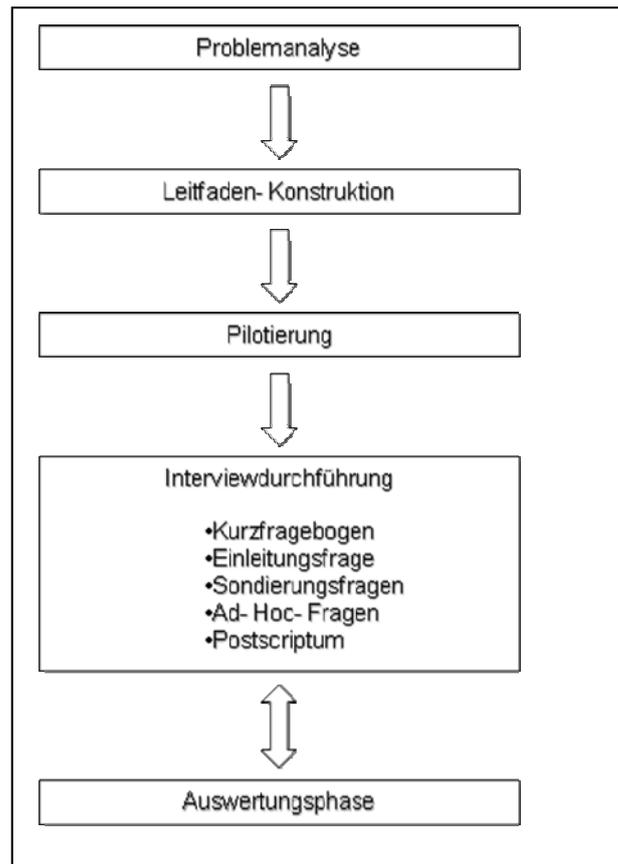


Abbildung 4: Phasen des problemzentrierten Interviews (vgl. Reinders 2005: 120)

5.1.2 ExpertInneninterview

Die zweite Art der Interviewführung, die in dieser Arbeit ihre Anwendung findet, ist die Form der ExpertInneninterviews. Diese stellen, ebenso wie die bereits beschriebenen problemzentrierten Interviews, eine Sonderform des Leitfadenterviews dar. Eine Orientierung erfolgt an der Konzeption von Meuser und Nagel. ExpertInneninterviews unterscheiden sich von anderen qualitativen Interviews dadurch, dass die Person in ihrer Tätigkeit als ExpertIn für einen bestimmten Themenbereich für die Untersuchung von Interesse ist und nicht die Person in ihrer Gesamtheit. Wer als ExpertIn angesehen wird, hängt vom jeweiligen Forschungsinteresse ab und wird durch die ForscherInnen festgelegt. (vgl. Flick 2007) „Wenn jedoch Experten-Interviews unter dieser Bezeichnung durchgeführt werden, sind sie in der Regel Mitarbeiter einer Organisation in einer spezifischen Funktion und mit einem bestimmten (professionellen) Erfahrungswissen die Zielgruppe.“ (Flick 2007: 215)

ExpertInnen können durch ihr Wissen und den Erfahrungen im Forschungsgebiet eine bedeutende komplementäre Informationsquelle darstellen, die die Ergebnisse der problemzentrierten Interviews mit Jugendlichen ergänzen sollen.

Die Verwendung eines Leitfadens bietet bei Interviews mit ExpertInnen den Vorteil, noch stärker als bei anderen Interviewformen, als Steuerungsinstrument zu dienen. Damit können unergiebige Themen im Interviewverlauf ausgespart werden, was beim häufig beschränkten zeitlichen Rahmen der InterviewpartnerInnen notwendig ist. Gleichzeitig erweist sich die Interviewsituation jedoch als offen genug, um auch zuvor Unerwartetes von den ExpertInnen aufzunehmen.

Die Auswertung der Interviews erfolgt bei ExpertInneninterviews thematisch, da vor allem die inhaltlichen Äußerungen zu bestimmten Themen interessieren. Daher ist in der Regel auch keine vollständige Transkription der Interviews notwendig, sondern lediglich der interessierenden Textpassagen.

In diese Arbeit fließen die Ergebnisse aus zwei ExpertInneninterviews ein. Als Experte für die Entwicklung der FPÖ und ihre politische Ausrichtung sowie zur Klärung der Fragestellung dieser Arbeit im Bereich der JungwählerInnen konnte ein Gespräch mit Andreas Peham, Rechtsextremismusexperte des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, geführt werden.

Um neben der wissenschaftlichen Sicht auch die politische Herangehensweise an dieses Thema nicht zu vernachlässigen, konnte überdies Herbert Kickl für ein Interview gewonnen werden. Herbert Kickl ist seit 2005 Generalsekretär der FPÖ und an der Wahlkampfführung der FPÖ maßgeblich beteiligt. In diesem Gespräch wurde daher versucht, den Wahlkampf der FPÖ im Jugendbereich sowie das Wahlverhalten von JungwählerInnen zu thematisieren.

5.2 Auswertungsverfahren

Die Auswertung der qualitativen Interviews erfolgt in zwei Schritten. Das Ergebnis der qualitativen Interviews sind Tonbandaufnahmen und in weiterer Folge Textmaterial, das es zu analysieren gilt. Eine systematisch durchgeführte Analyse ist regel- und theoriegeleitet. Regelgeleitet bedeutet, dass das Textmaterial schrittweise entlang eines Ablaufmodells zerlegt wird und die Analyse demgemäß für andere nachvollziehbar und überprüfbar ist. Unter theoriegeleitet versteht man die Analyse des Materials anhand theoretischer Überlegungen. (vgl. Mayring 2007: 12) Die systematische Auswertung gewährt die Einhaltung dieser Kriterien ohne übermäßige Quantifizierungen zu begründen. (vgl. Mayring 2005: 10)

Es gibt unterschiedliche Herangehensweisen für die Auswertung qualitativer Interviews. Während psychologische Ansätze oftmals eine genauere Interpretation des Gesagten verlangen und damit einen Zugewinn des Datenmaterials bedeuten, sind andere Forschungslinien an der Reduktion des Materials interessiert. Auch in diesem Fall ist das Ziel der Analyse vor allem die Reduktion des vorhandenen Materials.

In der ersten Phase der Analyse findet nach der Transkription der Interviews eine thematische Auswertung statt. Anhand der theoretischen Vorüberlegungen werden die für die Fragestellung relevanten Themenbereiche behandelt. Diese Herangehensweise orientiert sich an der „Qualitativen Inhaltsanalyse“ nach Mayring. Im Zentrum der qualitativen Inhaltsanalyse steht die Entwicklung eines Kategoriensystems basierend auf dem Textmaterial, wobei die Fragestellung der Untersuchung und der theoretische Hintergrund hier entscheidende Rollen spielen. (vgl. Mayring 2007: 53; Mayring 2005: 11) „Diese Kategorien werden in einem Wechselverhältnis zwischen der Theorie (der Fragestellung) und dem konkreten Material entwickelt, durch Konstruktions- und Zuordnungsregeln definiert und während der Analyse überarbeitet und *rücküberprüft*.“ (vgl. Mayring 2007: 53)

Abschließend werden die Ergebnisse in Hinblick auf die Fragestellung der Untersuchung interpretiert. „Die Zuordnung der Kategorien zu den Textstellen geschieht nicht automatisch, sondern stellt einen Interpretationsakt dar. Jedoch soll diese Interpretation so regelgeleitet und so explizit wie möglich sein.“ (Mayring 2005: 11)

Auch in diesem Fall erfolgt die Analyse des empirischen Materials theoriegeleitet und unter Berücksichtigung der konkreten Fragestellungen. Dafür wurde das Textmaterial in einem ersten Schritt den jeweiligen Kategorien anhand von Forschungsfragen zugeordnet. Es gilt dabei insbesondere die folgenden Fragestellungen zu beantworten:

- Was sind die Wahlmotive junger FPÖ-WählerInnen? Wie lassen sich diese Motive im theoretischen Kontext verorten?
- Welche Themen waren JungwählerInnen der FPÖ wichtig?
- Haben Desintegrationserfahrungen Einfluss auf die Wahlentscheidung?
- Wie haben sie sich vor der Wahl informiert?
- Welche Bedeutung haben die Instanzen der politischen Sozialisation?
- Welchen Einfluss hat die Wahlwerbung der FPÖ?

- Wie wichtig ist der Spitzenkandidat für JungwählerInnen der FPÖ?
- Wie betrachten junge FPÖ-WählerInnen die FPÖ im politischen Spektrum? Sehen sie die FPÖ als rechtsextreme Partei?
- Welche Typologien lassen sich aus den Ergebnissen der qualitativen Interviews bilden?

Die Reduktion des Materials und die folgende Analyse ermöglichen es, diese Fragestellungen zu beantworten. In diesem Schritt wird festgelegt, welche Aspekte Teil der Analyse sein sollen und welche ausgespart werden. Die Fragestellung der Untersuchung legt fest, nach welchen Selektionskriterien das Material untersucht wird. Somit wird für die Analyse Unwesentliches ausgeschlossen. Die Kategorien werden im Verlauf der Analyse gebildet, wobei die Formulierung selbiger sich möglichst nahe am Text orientiert. (vgl. Mayring 2007: 76)

Die thematische Analyse der Interviews erlaubt es nicht nur, die Fragestellungen zu beantworten, sondern auch gewissermaßen als Vorarbeit dienen, um im Anschluss eine Typologie der jungen FPÖ-WählerInnen zu begründen, denn „[...] für die Erkenntnis komplexer sozialer Realitäten, [...] spielen Typologien eine wichtige Rolle“ (Kluge 1999: 13). „Das typische“ einzelner Typen kann hierbei ebenso wie die Differenzen zwischen den Typen herausgearbeitet werden, um die Komplexität der Realität zu reduzieren. (vgl. Kluge 1999: 23) Typologien haben eine Ordnungs- und Strukturierungsfunktion inne, die durch Informationsreduktion eine bessere Übersichtlichkeit ermöglicht. (vgl. Kluge 1999: 44) „Jede *Typologie* ist das Ergebnis eines Gruppierungsprozesses, bei dem ein Objektbereich anhand eines oder mehrere Merkmale in Gruppen bzw. Typen eingeteilt werden, so daß sich die Elemente innerhalb eines Typus möglichst ähnlich sind (*interne Homogenität*) und sie die Typen voneinander möglichst stark unterscheiden (*externe Heterogenität*).“ (Kluge 1999: 26f.) Die Typen sollen sich untereinander möglichst deutlich unterscheiden, innerhalb eines Typus sollen sich die einzelnen Elemente hingegen gleichen. Die Ebene der Typologie gestattet einen Blick auf die Differenzen zwischen den Typen, durch die Abgrenzung zueinander werden aber auch Gemeinsamkeiten innerhalb der Typen deutlicher. Dennoch sind Gemeinsamkeiten ebenso zwischen den Typen erkennbar, die eine Typologie der einzelnen Elemente erst ermöglicht, denn alle Typen beziehen sich auf die gleiche Untersuchungsgruppe. (Kluge 1999: 27ff.) Die Typen einer Typologie sollten untereinander zwar möglichst eindeutig unterscheidbar sein, im Vergleich zu Klassen sind sie aber keine streng abgrenzbaren Tatbestände. Während Klassen

Objekten einzelne Merkmale entweder zuschreiben oder absprechen, handelt es sich bei Typen vielmehr um einen „abstufbaren Ordnungsbegriff“ (Kluge 1999: 31), der den Objekten bestimmte Eigenschaften in unterschiedlicher Intensität zuschreibt. (vgl. Kluge 1999: 31f) Nicht alle Eigenschaften sind zwangsweise bei jedem Typus vorhanden: „Ein Untersuchungselement wird einem Typus also nicht klar ‚zugeordnet‘ oder ‚nicht zugeordnet‘, sondern es steht dem Typus in mehr oder weniger starkem Maße nahe.“ (Kluge 1999: 33)

Auch bei einer Typenbildung ist es wesentlich, dass das Vorgehen systematisch und nachvollziehbar ist. (vgl. Kluge 1999: 14) Diese Arbeit orientiert sich daher am Stufenmodell der „empirisch begründeten Typenbildung“. Der Bildung „empirisch begründeter Typen“ liegt die Annahme zugrunde, dass Analysen immer mit theoretischem (Vor-)Wissen verbunden sind und es sich dementsprechend immer um Konstrukte handelt, die unter anderem von den ausgewählten Merkmalen abhängig sind. „Empirisch begründete Typen“ verweisen schon in ihrem Namen auf den empirischen Anteil der Typenbildung und grenzen sich damit von Weber's Idealtypus und Becker's „constructed types“ ab. (vgl. Kluge 2000) „Denn nur für einen eindeutig definierten Typusbegriff, lassen sich auch allgemeine Regeln formulieren, um zu einer systematischen und nachvollziehbaren Typenbildung zu gelangen.“ (Kluge 1999: 17, zit. nach Lamnek 2005: 230) Kluge definiert den Begriff Typus als „Teil- und Untergruppen [...], die gemeinsame Eigenschaften aufweisen und anhand der spezifischen Konstellationen dieser Eigenschaften beschrieben und charakterisiert werden können“ (Kluge 2000: 27). Jeder Typus kann daher als eine Kombination von Merkmalen verstanden werden, der eine empirische Regelmäßigkeit aufweist und zwischen dessen Merkmalsausprägungen inhaltliche Sinnzusammenhänge bestehen. (vgl. Kluge 2000)

Durch die thematische Analyse des Materials sowie unter Berücksichtigung der Fragestellung und der zuvor getroffenen theoretischen Grundannahmen wurden bereits relevante Vergleichsdimensionen für die spätere Typenbildung deutlich. Da ein Typus als Kombination von Merkmalen definiert wurde, müssen diese zunächst benannt werden.

Um die Analyse nachvollziehbar zu gestalten und eine Übersicht zu ermöglichen, wurde in einem weiteren Schritt versucht, eine Auswertungstafel darzustellen. Diese Vorgehensweise orientiert sich am „Konzept des Merkmalsraumes“ von Lazarsfeld. Demnach erzeugen die als relevant erachteten Vergleichsdimensionen gemeinsam einen Merkmalsraum, der graphisch in Form eines Koordinatensystems dargestellt

werden könnte. Da diese Darstellungsform jedoch nicht mehr als drei Vergleichsdimensionen zulässt, mögliche Gründe für eine Wahlentscheidung jedoch weitaus vielfältiger sind soll die Darstellung in tabellarischer Form erfolgen. So kann ein Überblick über die relevanten Dimensionen und die Ausprägungen der einzelnen Fälle möglich gemacht werden.

Aus diesem Überblick sollen in der Folge unterschiedliche Gruppen von jungen FPÖ-WählerInnen deutlich werden. Um am Ende eine überschaubare Anzahl von Typen zu erlangen, ist eine Reduktion des Merkmalsraumes notwendig. Analysedimensionen können aus forschungspragmatischen Gründen und unter Berücksichtigung der Forschungsziele zusammengefasst oder ausgeschlossen werden. (vgl. Kluge 2000) „Diese Reduktion des Merkmalsraums bildet den eigentlichen Kern der Typenbildung [...]“ (Kluge 1999: 101)

Schlussendlich sollen die einzelnen Typen charakterisiert und die Personen den gebildeten Typen zugeordnet werden.

6. Empirischer Teil - Ergebnisse der qualitativen Interviews

6.1 Allgemeines zur Erhebung

Bevor näher auf die Interviews eingegangen werden kann, müssen zunächst die Rahmenbedingungen für die Interviews sowie für die Erhebung relevante Umstände erläutert werden. Dazu zählt die Eingrenzung der Zielgruppe für Interviews ebenso wie der Weg der Kontaktaufnahme mit den Personen und auch die Durchführung der Befragung.

6.1.1 Eingrenzung der Zielpersonen

Um die zugrundeliegende Fragestellung beantworten zu können, ist die Gruppe der möglichen InterviewpartnerInnen auf mehrfache Weise eingeschränkt. Von Interesse sind nur Personen, die bei der Nationalratswahl 2008 wahlberechtigt waren und der Altersgruppe der zuvor definierten „JungwählerInnen“ zugerechnet werden können. Die Personen mussten zum Zeitpunkt der Wahl also zwischen 16 und 24 Jahre alt sein, zum Zeitpunkt der Befragung also nicht älter als 26. Zudem können nur jene Personen für Interviews herangezogen werden, die angaben, bei der Nationalratswahl 2008 die FPÖ gewählt zu haben. Ziel dieser Arbeit ist es, sich mit den Wahlmotiven junger FPÖ WählerInnen intensiv auseinander zu setzen. Ein Vergleich mit WählerInnen anderer Parteien wird nicht angestrebt.

Gleichzeitig ergeben sich durch die Art der Kontaktaufnahme und die Methode der Interviewführung Einschränkungen. Viele der kontaktierten Personen waren nicht für ein persönliches Treffen, das für die Führung eines qualitativen Interviews jedoch Voraussetzung ist, zu gewinnen. Durch die Anwendung des noch näher zu beschreibenden Schneeballprinzips zur Kontaktaufnahme mit potenziellen InterviewpartnerInnen wurden die Interviews in Wien und Niederösterreich durchgeführt. Es sollte dies jedoch keine Einschränkung der Ergebnisse mit sich bringen.

6.1.2 Kontaktaufnahme mit den InterviewpartnerInnen

Die Fallauswahl der InterviewpartnerInnen wird durch die konkrete Fragestellung dieser Arbeit eingeschränkt. Eine Zufallsauswahl der Personen ist nicht möglich, sie ist hier aber auch nicht notwendig. Der Anspruch der statistisch abgesicherten Repräsentativität wird in der qualitativen Sozialforschung durch den Begriff des „Typischen“ ersetzt. Die Deutungs- und Handlungsmuster sollen typisch sein für die soziale Gruppe, die den Untersuchungsgegenstand darstellt. Daher ist die Stichprobe bei qualitativen Erhebungen auch wesentlich kleiner als bei quantitativen Erhebungen. Gerade durch die geringere Fallzahl ist die Auswahl jedoch entscheidend für Gültigkeit und Reichweite der später getroffenen Aussagen. Die Auswahl der Fälle erfolgt daher entlang der konkreten Forschungsfrage dieser Arbeit. Durch die getroffene Auswahl soll Sorge dafür getragen werden, dass relevante Fälle erfasst, Verzerrungen dagegen minimiert werden.

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte aufgrund der gewählten Interviewform und des damit einhergehenden prozessorientierten Ablaufes schrittweise. Es gibt also vorab keinen Stichprobenplan, wenngleich dennoch angestrebt wird, relevant erscheinende Merkmale möglichst umfassend zu erfassen. „Die Frage der Varianzmaximierung ist deshalb so bedeutsam bei qualitativen Studien, weil erstens ihre Stärke gerade in der Entdeckung vorab nicht bedachter Aspekte liegt und zweitens weil es um die Identifikation von typischen Fällen geht.“ (Reinders 2005: 135) Als relevante Merkmale erschienen in diesem Fall insbesondere der Bildungsstand und in weiterer Folge die Erwerbstätigkeit, da aus den theoretischen Annahmen ein starker Einfluss dieser Merkmale auf eine mögliche Wahlentscheidung für die FPÖ vermutet werden kann.

Der Zugang zu den Einzelpersonen erfolgte durch das Schneeballprinzip. „Als Einstieg in diese Strategie werden häufig Bekannte von Bekannten gewählt und

damit Personen aus dem weiteren eigenen Umfeld.“ (Flick 2007: 149) Das „Snowball Sampling“ bringt den (statistischen) Nachteil mit sich, dass die InterviewpartnerInnen motivierter und aktiver sind als andere Personen dieser speziellen Gruppe. Gerade bei einer sensiblen Fragestellung wie zur Wahlentscheidung bietet sich eine solche Vorgehensweise jedoch an, erhöht sich dadurch doch die Teilnahmebereitschaft. Die durch den persönlichen Zugang gegebene Vertrauensbasis stellte sich vor allem in der untersuchten Altersgruppe als Vorteil heraus, wie auch die Literatur zeigt: „Schon beim Zugang zu den Interviewpartnern ist die Vertrauensbasis wichtig. Es empfiehlt sich daher, den Zugang über Dritte zu suchen, die als Vermittler zwischen Forscher und Befragtem beider Vertrauen genießen.“ (Lamnek 2005: 335) Das theoretisch erwähnte Problem, eine möglicherweise sehr homogene Stichprobe durch das Schneeballprinzip zu erlangen, sollte schon von vornherein durch den Zugang über mehrere Bekannte in der Altersgruppe, die quasi eine „Gatekeeper“-Funktion übernehmen, entgegengewirkt werden. In der Praxis konnte das Schneeballprinzip in weitaus geringerem Maße angewendet werden als zunächst vermutet. Trotz Kontaktaufnahme mit zahlreichen Personen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, konnte pro Kontakt nie mehr als zwei InterviewpartnerInnen ermittelt werden, die sich schlussendlich auch zu einem Interview bereit erklärten, somit ist eine größtmögliche Varianz in der Untersuchungsgruppe gewährleistet. Die politische Einstellung und das Wahlverhalten scheinen noch immer Themen zu sein, über die viele sich auch in ihrem Freundeskreis nur selten unterhalten, sei es aus politischem Desinteresse oder unterschiedlicher politischer Einstellungen. Viele der Kontaktpersonen wussten über die Wahlentscheidung der später Befragten nicht Bescheid und mussten diese erst erfragen, einzelne Kontaktpersonen verweigerten dies jedoch. Die Rekrutierung von InterviewpartnerInnen stellte sich als deutlich schwieriger heraus als zu Anfang erhofft.

Die Kontaktaufnahme mit potenziellen InterviewpartnerInnen erfolgte sowohl telefonisch, als auch über soziale Netzwerke wie *Facebook*. Viele Kontaktpersonen wollten ihre Freunde oder Bekannten nicht selbst nach ihrer Wahlentscheidung fragen oder hatten Hemmungen, die Telefonnummer weiter zu geben. Soziale Plattformen ermöglichen eine schnelle und unkomplizierte Kontaktaufnahme, bei der das Gegenüber selbst entscheidet, ob und in welcher Weise es auf die Bitte nach einem Treffen reagiert. Die Kommunikation ist gerade für die interessierende Altersgruppe nicht ungewöhnlich und wurde auch durchwegs positiv angenommen.

6.1.3 Interviewsituation und Erhebungszeitraum

Um die Interviewsituation für die Befragten möglichst entspannt zu gestalten, wurden die Interviews an von den befragten Personen selbst ausgewählten Orten durchgeführt. Dies waren zumeist Kaffeehäuser oder Restaurants, ein Interview wurde im Garten und zwei im Elternhaus der befragten Person durchgeführt. Die Entscheidung über Ort und Zeitpunkt des Interviews wurde den Personen überlassen, um den zeitlichen Aufwand für sie gering zu halten und damit die Bereitschaft zu einem Interview zu erhöhen. Während die meisten Interviewpersonen häufig frequentierte Plätze für Interviews wählten, wünschte eine der Befragten ein Lokal ausdrücklich aufgrund der dortigen Möglichkeit, das Interview getrennt vom restlichen Lokalbetrieb zu führen. Sich offen zu ihrer Wahlentscheidung für die FPÖ zu äußern, war ihr offenbar unangenehm.

Bei den Interviews selbst wurde, entsprechend den Regeln der qualitativen Sozialforschung, versucht, den Blickwinkel der Befragten einzunehmen, um die Wahlentscheidung nachvollziehen zu können.

Der Erhebungszeitraum der Interviews umfasste Oktober und November 2010, lediglich drei Interviews wurden in einer ersten Testphase bereits im August erhoben. Nachdem sich der Fragebogen als praktikabel erwiesen hatte, konnten diese Interviews jedoch ohne Einbußen in der Auswertung berücksichtigt werden. Die Befragungen fanden damit zwei Jahre nach der tatsächlichen Wahlentscheidung statt, was Vor- und Nachteile mit sich bringt. Die Wahlsituation selbst liegt damit schon relativ weit zurück, die konkreten Themen des Wahlkampfes sind deshalb schon etwas in Vergessenheit geraten. Gerade in diesem Umstand liegt zugleich ein Vorteil dieses späten Erhebungszeitpunktes, abseits des „Wahlkampfgetöses“ konnte damit auf einer allgemeineren Ebene die Wahlentscheidung der JungwählerInnen für die FPÖ behandelt werden. Die Ergebnisse der Interviews sollten damit in hohem Maße verallgemeinerbar sein und auch für die Erklärung nachfolgender Wahlen herangezogen werden können.

6.1.4 Die InterviewpartnerInnen

Insgesamt konnten für die Befragung 16 qualitative Interviews durchgeführt werden. Die Dauer der Interviews betrug zwischen 18 und 42 Minuten. Die Befragten waren überwiegend männlich, von den insgesamt 16 InterviewpartnerInnen waren nur 5 Frauen. Betrachtet man die Bildungsabschlüsse der Befragten, so war die gesamte

Bandbreite von Pflichtschulabschluss bis UniversitätsabsolventIn vertreten. Fünf Personen hatten einen Pflichtschulabschluss, wobei sich, bis auf eine Befragte, alle Personen mit diesem Abschluss entweder noch oder wieder in Ausbildung befanden. Drei Personen gaben als höchste abgeschlossene Ausbildung einen Lehrabschluss an, insgesamt sechs Matura und eine Befragte hatte ihr Studium bereits abgeschlossen. Sieben Personen waren erwerbstätig, weitere sieben waren SchülerInnen oder StudentInnen, je eine Person war in Karenz bzw. leistete ihren Präsenzdienst ab.

Auch innerhalb der Altersgruppe, die mit 18 bis 26 Jahren zum Befragungszeitpunkt angegeben wurde, ist nahezu jede Abstufung vertreten. Vier InterviewpartnerInnen waren zum Befragungszeitpunkt 18 Jahre alt, vier Personen 26 Jahre, drei waren 22 Jahre alt, zwei 23 Jahre und je eine Person 19, 21 und 25 Jahre alt.

Die als für die Befragung relevant erachteten Merkmale Bildung und Erwerbsstatus konnten auf diese Weise in allen Ausprägungen dargestellt werden. Die Gruppe der befragten Personen ist damit sehr heterogen und ermöglicht darum die Beantwortung der Fragestellung und eine anschließende Typenbildung.

6.2 Thematische Auswertung

Wie bereits zuvor dargestellt, erfolgt zunächst eine Analyse der Interviews anhand der für die Fragestellung relevanten Themen. Die Reihenfolge der Themen ist durch den Verlauf der Interviews beeinflusst und leitet schrittweise zur Fragestellung dieser Arbeit hin.

6.2.1 Politische Sozialisation

Großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat die politische Sozialisation, die im sozialpsychologischen Modell der Wahlentscheidung dem Bereich der „langfristigen Faktoren“ zuzurechnen ist. Für die politische Sozialisation sind vor allem die Eltern, aber auch die Gruppe der Gleichaltrigen, die Schule sowie das Berufliche Umfeld von Bedeutung.

Bei den hier Befragten sind diese Einflussbereiche von unterschiedlicher Bedeutung. Bei einigen Personen scheinen einzelne Instanzen der politischen Sozialisation einen überdeutlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung und die allgemein politische Orientierung zu haben. Vor allem der Einfluss der Eltern scheint in dieser eher jungen WählerInnengruppe von Bedeutung zu sein. So erzählte Christian, dass er früher viel von der (politischen) Meinung seines Vaters

angenommen habe: *„Ich habe viel angenommen von meinen Eltern, eher von meinem Vater. Ich bin nicht das komplette Ebenbild, eher sein Sprachrohr. Das wird wahrscheinlich so lange so bleiben, wie ich zu Hause wohne.“* Auch bei Max wird der große Einfluss der Familie deutlich, hat ihn doch schon seine Großmutter als Kind zu politischen Veranstaltungen der FPÖ mitgenommen. *„Ich kann mich kaum erinnern, habe ich irgendwo eine Haider-Rede gesehen. Ich weiß nur mehr, dass ich anwesend war zu der Zeit, da war ich 12 Jahre oder so.“* Einige gaben an, dass sie sich mit ihren Eltern selten oder gar nicht über Politik unterhalten haben und können auch nur vermuten, welche Parteien sie wählen. Sabine weiß nicht, ob ihre Mutter überhaupt wählen geht. Bei diesen Befragten handelt es sich durchwegs um jene, die selbst kein großes politisches Interesse zeigen. Hier offenbart sich, welchen großen Einfluss die frühe politische Sozialisation auf das spätere politische Interesse hat.

Es gibt aber auch solche, bei denen sich die politische Einstellung der JungwählerInnen vollkommen konträr zur politischen Einstellung ihrer Eltern verhält. So sagte Jakob etwa, dass er mit seinen Eltern nur selten über Politik spricht, weil diese eine grundsätzlich andere Meinung haben als er. *„Es hat mich überhaupt nichts dazu bringen müssen, ich hatte eigentlich von Kindheit an diese Einstellung. Auf jeden Fall nicht durch meine Eltern oder durch die Schule sowieso nicht. Weil in der Schule wird man ja auch eher, von den Lehrern aus, auf links erzogen. Meine Eltern waren auch so. Ich hab einfach geglaubt, erkennen zu können, was richtig oder falsch ist.“*, schilderte er weiter. Auch Florian und Willi teilen die politische Einstellung ihrer Eltern nicht, es kommt deshalb häufig zu Streit. Das Thema Politik ist daher oftmals zum Tabuthema geworden. Auch Thomas versucht diese Frage bei seinen Eltern zu vermeiden: *„Alle zwei sind SPÖler und das ist nicht ganz so gesund. Dann ist der Papa immer ein bisschen spinnert, wenn man sagt, FPÖ und so. Das ist nicht ganz so das Thema zu Hause. [...] Nur manchmal, da kann ich mich nicht zurückhalten.“*

Bei diesen Befragten haben Freunde häufig ähnliche politische Einstellungen. Zumeist hat die politische Ausrichtung der Freunde aber nur geringen Einfluss auf die Meinung der Befragten. Es handelt sich zumeist eher um eine Fortsetzung der familiären Einflüsse. Dies zeigt sich vor allem bei politisch weniger Interessierten. In ihrem Freundeskreis ist Politik ebenfalls selten ein Thema, wie zuvor auch in der Familie.

6.2.2 Politisches Interesse

Bei politischem Interesse und der Bedeutung, dem man diesem Bereich in seinem Leben zumisst, handelt es sich um eine für diese Arbeit wichtige Frage. Hier wird deutlich, ob die Befragten Desintegrationserfahrungen auf institutioneller Ebene gemacht haben, eine der drei Ebenen zur Systemintegration nach Heitmeyer.

Oft ist von der politisch scheinbar uninteressierten Jugend die Rede. Dieser Eindruck kann hier zumeist nicht bestätigt werden. Bei den Befragten handelt es sich bis auf einige wenige Personen um politisch Interessierte, wenngleich dieses Ergebnis wohl mit der generellen Bereitschaft für ein Interview über die Wahlentscheidung zusammen hängt.

Dennoch finden sich auch unter den Befragten einige Personen, die kein oder nur beiläufiges politisches Interesse haben. Sie beschäftigen sich vor einer Wahl mit Politik oder bei sie betreffenden Themen, ansonsten berührt Politik ihre Lebenswelt kaum. Den meisten ist Politik einfach „egal“, weil sie keine Bedeutung in ihrem Leben hat.

Die meisten Befragten gaben an, politisches Interesse zu haben und sich auch regelmäßig mit dem politischen Tagesgeschehen auseinander zu setzen. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Matthias hat erst begonnen, sich mit Politik zu beschäftigen, als seine Tochter geboren wurde. Seit diesem Zeitpunkt empfindet er Politik als wichtig für die Zukunft seiner Tochter, aber auch für seine eigene finanzielle Situation. Ähnlich äußert sich auch Michael: *„Politik beeinflusst mein Leben, und welche Möglichkeiten du im Leben hast.“* Werner dagegen beschäftigt sich mit Politik *„Weil ich gerne weiß, was die ‚Gscheidln‘ da oben mit mir machen wollen.“* Er zeigt damit deutliche Tendenzen institutioneller Desintegration und eines Vertrauensverlusts in das politische System. Auch Stephanie hat eine negative Meinung von Politik, sie meinte, diese schadet den Menschen eher. *„Wenn sich Menschen zu sehr mit Politik beschäftigen, schadet es dem Charakter. Es zerstört Freundschaften, weil jeder hat einfach eine andere Einstellung.“* Für Christian erlangt Politik nur dann Bedeutung *„Wenn es mein Leben beeinträchtigt, das will ich nicht. Da muss man dann gegensteuern. Indem man eine Partei wählt, wo das halt nicht der Fall ist.“*

Zwei der Befragten sind in einer der FPÖ nahestehenden Jugendorganisation aktiv und daher politisch interessiert, ohne jedoch politisch enttäuscht zu sein. Das ist auch der Grund, warum sie sich politisch engagieren. *„Nur beschweren ist halt die falsche Variante.“*, meinte Max. Von den anderen GesprächspartnerInnen gab nur einer an, sich Gedanken über ein eigenes politisches Engagement gemacht zu

haben. *„Ich überleg auch, vielleicht will ich mal einsteigen in die Politik. Aber es ist noch nicht fix.“*

Bis auf die zwei Befragten, die sich tatsächlich politisch engagieren, zeigen alle anderen GesprächspartnerInnen deutliche Desintegrationstendenzen auf institutioneller Ebene. Auch wenn sie angeben, sich für Politik zu interessieren, sind sie nicht der Meinung, tatsächlich Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können und zeigen daher kein Interesse an eigenem politischem Engagement. Nur Michael denkt über Parteipolitik hinaus und hat für die Äußerung seiner Anliegen andere Wege gefunden: *„Ich glaube, wenn, dann kann nur im Kollektiv etwas passieren. Ich glaub auch, dass man mit den ganzen Protesten, [...] dass man da seinen Standpunkt irgendwie klar macht und sagt, Leute, so geht's nicht, ihr müsst's euch was überlegen.“* Wie auch bei den Wahlmotiven noch deutlich gemacht wird, ist die politische Entfremdung für viele eine der Hauptursachen für die Hinwendung zum Rechtspopulismus.

Ergänzt wurde die Frage nach dem allgemeinen politischen Interesse mit der Frage danach, ob sie sich als junge Menschen von den PolitikerInnen ernst genommen fühlen, auch hier fielen die Antworten durchwegs unterschiedlich aus. Einige der Befragten denken, dass sich keine Partei wirklich um die Anliegen der jungen Menschen kümmert. Andere wieder meinten, dass einzelne Parteien sich mehr um die Jungen kümmern als andere. Besonders der FPÖ wird von vielen ein besonders hohes Interesse an den jungen WählerInnen eingeräumt. Birgit meinte: *„Beim Strache glaub ich's mehr. Manche Parteien nehmen mehr Rücksicht auf die Jungen.“* Stephanie betrachtet die Aufmerksamkeit, die die FPÖ jungen Menschen zukommen lässt, kritisch: *„Die FPÖ spielt lediglich mit den Nöten der Jungen, aber da wird sich auch nichts ändern.“* Ein kleiner Teil ist der Meinung, dass sich alle Parteien gleichermaßen um die JungwählerInnen kümmern, andere rechnen das Engagement bei JungwählerInnen viel mehr einzelnen Personen in den Parteien als den Parteien als Ganzes zu.

Von einem generell fehlenden Interesse der Politik gegenüber kann bei JungwählerInnen, die sich bei der Nationalratswahl 2008 für die FPÖ entschieden haben, nicht gesprochen werden. Bei fast allen wird jedoch deutlich, dass sie Desintegrationserfahrung auf institutioneller Ebene erleben. Diese Ergebnisse stimmen auch mit anderen Befragungen von ErstwählerInnen nach der Nationalratswahl 2008 überein. (vgl. Schwarzer et al. 2008) Junge Menschen fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen und zeigen daher auch keine

Teilnahmebereitschaft. Wie bereits im theoretischen Teil erläutert wurde, wirken sich Desintegrationserfahrungen im Bereich der institutionellen Systemintegration entscheidend auf die Hinwendung zu rechten Parteien aus. Der von vielen geäußerte Standpunkt, dass sich die Politik nicht um die Interessen der jungen Menschen kümmert, trägt zu diesen Erfahrungen bei und nützt gleichzeitig der FPÖ, versucht sie doch offensiv auf die Jugend zuzugehen.

6.2.3 Parteiidentifikation

Als weiteren Einflussfaktor für eine Wahlentscheidung benennt das soziologische Modell der Wahlentscheidung die Parteiidentifikation. Nicht nur bei den zwei politisch aktiven Personen zeigt sich eine mehr oder weniger starke Parteiidentifikation mit der FPÖ. Auch bei den anderen GesprächspartnerInnen zeigt sich eine grundlegende Präferenz in diese Richtung.

Fast alle Personen geben zwar an, schon häufiger die FPÖ gewählt zu haben und dies aus heutiger Sicht auch in Zukunft beizubehalten, *„aber nur, wenn es so bleibt“*. Birgit meinte diesbezüglich: *„Mein Favorit ist eigentlich schon seit Jahren die FPÖ. Aber ich schau mir halt die Angebote von den anderen Parteien auch an.“* Für viele war von Anfang an klar, dass sie die FPÖ wählen werden. Die anderen Parteien sprechen sie nicht an, weil wichtige Themen nicht angesprochen werden oder eine auf ihrer Sicht falsche Position eingenommen wird.

Ein Hinweis für die Parteiidentifikation ist auch der Zeitpunkt der Wahlentscheidung. Alle gaben an, sich lange vor der tatsächlichen Stimmabgabe ihre Meinung gebildet und diese Entscheidung nicht spontan getroffen zu haben. Entgegen der allgemeinen Tendenz, Wahlentscheidungen zu einem immer späteren Zeitpunkt, oft erst wenige Tage vor der Wahl zu treffen, sagten viele der Befragten, dass sie sich schon zu Beginn des Wahlkampfes für eine Partei entschieden haben. Sie würden sich selbst dennoch nicht als Stammwähler bezeichnen. *„Ich bin jetzt nicht so wie mein Großvater war, ein Roter bis zum Tod. Ich sage, ich muss da schon eine Meinung auch bilden.“*, erzählte Markus. Sie wollen ihre Entscheidung für eine Partei als überlegt und themenorientiert betrachtet wissen und nicht aus Gewohnheit heraus. Das wurde auch bei Matthias' Aussage deutlich: *„Es ist nicht so, dass ich ein Fixwähler einer Partei bin. Ich konzentrier mich eigentlich auf die Themen, die eine Partei anspricht.“*

Nur ein einziger Gesprächspartner würde heute nicht mehr die FPÖ wählen. Michael meint heute: *„Grundsätzlich wäre ich eher so der Rotwähler, wahrscheinlich. Also dieser soziale Typ. Und man kann ja auch nicht sagen, dass*

rot immer alles schlecht gemacht hat.“ Dennoch hatte er bei der Wahl 2008 den Eindruck, nur so seine Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen Situation ausdrücken zu können. Es handelt sich hierbei gleichwohl um einen Einzelfall, die meisten sehen ihre Wahlentscheidung wohl eher so wie Max: *„Ich bereue sie nicht!“*

6.2.4 Allgemeines zur Nationalratswahl 2008

Nach diesen allgemein gehaltenen Einstiegsfragen, sollte im weiteren Gespräch die Nationalratswahl 2008 angesprochen werden. Zunächst wurde nach dem Interesse am Wahlkampf zur Nationalratswahl 2008 gefragt. Einigermaßen überraschend gab es einige Personen, die sich nicht für den Wahlkampf interessiert haben, aber dennoch an der Wahl teilnahmen. *„Diese ganzen Diskussionen und Streiteren, irgendwann wird es jedem zu viel. Und das war zum damaligen Zeitpunkt der Fall.“*, meinte etwa Matthias. Die meisten Befragten hatten jedoch Interesse am Wahlkampf. Besonders interessiert zeigten sich jene, die das erste Mal wählen gehen durften. Sie haben diese Wahl als etwas „Besonderes“ empfunden, denn *„da hab ich mich so gefreut, dass ich wählen gehen darf! Ich habe mir sogar extra frei genommen“*, sagte etwa Birgit.

Den Informationsbedarf über die Positionen der Parteien haben die meisten über Massenmedien wie Fernsehen und Zeitungen gedeckt. Immer häufiger wird jedoch auch das Internet zur Informationsbeschaffung benutzt. Hier berichteten die Befragten, dass sie sowohl Onlinemedien benutzt, aber teilweise auch die Homepages der Parteien besucht haben. Einige lehnten dies zwar als zu propagandistisch ab, viele andere haben Strache jedoch als „Freund“ bei *Facebook* hinzugefügt. Auch der Rap war für einige der Grund, die Homepage von Heinz-Christian Strache zu besuchen. Die im Interview mit Herrn Kickl angesprochene Nutzung neuer Medien, um die JungwählerInnen zu erreichen, ist damit offenbar gelungen. Viele hatten aber auch Politikforen genutzt, um sich über die anstehende Wahlentscheidung zu informieren. Dass der Informationsbedarf bei jungen WählerInnen groß ist, zeigt sich an der teilweise ungewöhnlichen Art, sich Informationen zu beschaffen. Zwei der Befragten hatten von allen im Parlament vertretenen Parteien Wahlinformationen und Wahlgeschenke angefordert. Sie wollten Informationen über die Standpunkte der Parteien, aber auch prüfen, ob sich diese für solche Anfragen überhaupt interessieren. Theresa durfte 2008 das erste Mal wählen und hat deshalb begonnen, sich mit Politik zu befassen. Sie hatte sich daher Informationen vom Gemeindeamt über die einzelnen Parteien geholt. Werner gab

an, die Wahlprogramme aller Parteien gelesen zu haben, um so Informationen darüber zu erlangen, was diese in Zukunft machen wollen. Michael hatte, gemeinsam mit Freunden, alle parlamentarischen Parteien persönlich aufgesucht, um dort mit jemandem persönlich zu sprechen. Interessanterweise war die FPÖ die einzige Partei, bei der dies erst nach einer Terminvereinbarung möglich gewesen wäre. Obwohl er also mit niemandem seitens der FPÖ ein Gespräch führen konnte, hatte er sich in späterer Folge dennoch dafür entschieden, dieser Partei seine Stimme zu geben.

Das Bild einer politisch uninteressierten Jugend kann hier nicht bestätigt werden. Obwohl einige den Wahlkampf nur beiläufig wahrgenommen haben, haben die meisten die Massenmedien genutzt, um sich gezielt über die Wahl zu informieren. Manche haben sogar den persönlichen Kontakt zu Parteien gesucht, um ihre Wahlentscheidung zu treffen. Dennoch zeigt sich eine Distanz der JungwählerInnen gegenüber der Politik wie sich später noch zeigen wird.

6.2.5 Themen bei der Nationalratswahl 2008

Das wichtigste Thema ist für die Befragten das „Ausländerthema“. Es handelt sich bei diesem Begriff um eine Ansammlung unterschiedlichster Aspekte, das jedoch von fast allen GesprächspartnerInnen unter dieser Bezeichnung angesprochen wurde. Von der Verwirrung rund um diesen Begriff sind nicht nur JungwählerInnen betroffen, sie umfasst gewissermaßen die gesamte öffentliche politische Diskussion. Deutlich wurde das etwa im Gespräch mit Willi: *„Und ja... einfach allgemein Ausländerpolitik. Nichts Spezifisches.“*

Gerade hier sprechen viele der Befragten ihre eigenen Erfahrungen an. Willi erzählt: *„Das Ausländerthema... Das ist halt immer so eine zwiespältige Geschichte. Ich habe selbst sehr gute Erfahrungen mit Ausländern gemacht, aber auch sehr schlechte. Leider haben bei mir die schlechten überwogen.“* Fast alle wussten an dieser Stelle von „negativen Erfahrungen“ mit MigrantInnen zu erzählen. Nur ein kleiner Teil der Personen hatte jedoch selbst diese Erfahrungen gemacht, der überwiegende Teil bezog sich diesbezüglich auf Erzählungen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis. Deutlich wurden hier auch die Unterschiede zwischen Großstadt und ländlicheren Bereichen. So verwiesen die Befragten aus ländlicheren Gebieten in Niederösterreich auf die Situation in Wien, wie etwa Theresa: *„Ich denk mir jetzt nur Wien, das ist ja schon mehr Ausländer als sonst irgendwas.“* Beklagt werden in diesem Zusammenhang vor allem die mangelnde Integration vieler

Zuwanderer und ihre schlechten Sprachkenntnisse. Max sagte diesbezüglich im Gespräch: *„Die Verständigungsprobleme, mit dem Türkischen zum Beispiel. Das ist für mich keine Integration. Wenn die nicht Deutsch können... In Österreich muss man Deutsch sprechen können, das ist einfach die Amtssprache und fertig.“* Markus sah das ähnlich: *„Wenn sie bei uns leben wollen, müssen sie auch Deutsch können, meiner Meinung nach. Sonst kann ich mich nicht durchsetzen in unserem Land.“* Oft wurde in diesem Zusammenhang der Vorwurf geäußert, dass MigrantInnen Parallelgesellschaften und Ghettoisierungen bewusst erzeugen würden. Eine dieser Personen war Willi, der sagte: *„Es gibt [...] welche, die eine Ghettobildung versuchen durchzubringen. Die versuchen, dass sie nur unter ihren eigenen Leuten sind und die das Außenleben nicht interessiert.“* Vielen der JungwählerInnen ist es wichtig, dass sich die FPÖ dafür einsetzt, *„Das ich nicht fremd in meiner eigenen Heimat bin.“*, wie Daniel es ausdrückte oder *„dass Österreich Österreich bleibt!“* wie Marlene meinte. An dieser Stelle folgte in den Gesprächen oft der Hinweis wie jener von Daniel: *„Ach ja und noch etwas. Ich bin nicht ausländerfeindlich, also ein bisschen schon. Also schon, wie halt jeder.“* Viele der Befragten versuchten im Gespräch klarzustellen, dass sie nicht ausländerfeindlich oder rassistisch sind. Es ist ihnen offensichtlich wichtig, nicht so wahrgenommen oder dargestellt zu werden. Dennoch schließen Meinungen wie jene von Jakob an, der sagte: *„Aber vielleicht will man das einfach nicht, dass da so viele sind. Diese ganze Überfremdung, dass so viele kommen.“* Gerade der Begriff „Überfremdung“, der in den letzten Jahren in den Sprachgebrauch der FPÖ wieder Eingang gefunden hat, war aufgrund seiner historischen Belastung in der NS-Zeit im politischen Diskurs lange undenkbar. (vgl. Schiedel 2007) Mittlerweile hat diese Terminologie in den alltäglichen Sprachgebrauch der JungwählerInnen Eingang gefunden, was eine „Normalisierung“ rechtsextremistischer Terminologien offenbart. Gleichzeitig muss jedoch festgehalten werden, dass einige der JungwählerInnen teilweise Verständnis für die Situation von MigrantInnen in Österreich aufbringen. Willi ist der Ansicht, dass MigrantInnen durch ihre Herkunft oft benachteiligt werden: *„Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Ausländer, auch die höher qualifizierten, noch immer benachteiligt werden. [...] Die Ausländer haben es sicher schwerer.“* Julian räumte sogar ein: *„Man muss sagen, nicht alle Probleme liegen an den Ausländern. Sondern manches auch an der Politik in Österreich.“*

Festzuhalten bleibt, dass das „Ausländerthema“ für die Jugendlichen eines der wichtigsten ist, in vielen Fällen sogar das wichtigste Thema für ihre Wahlentscheidung, wie im Gespräch mit Thomas erkennbar wurde: *„Auch wenn sie*

andere Sachen ansprechen, aber hauptsächlich sind die gegen die Ausländer.“. Mit diesem Thema kann die FPÖ offenbar unmittelbar an den von ihnen oder in ihrem Freundeskreis gemachten Erfahrungen anzuknüpfen. Wahlentscheidungen sind stark von den Lebenserfahrungen der Personen abhängig. Die Befragten waren zum Zeitpunkt der Wahl in einem Alter, in dem der Großteil sich noch in Ausbildung befindet und von den Eltern ökonomisch nicht vollkommen unabhängig sind. Sie können ihre Entscheidung nur unter Berücksichtigung jener (Problem-)Bereiche treffen, von denen sie schon selbst betroffen waren. Damit ist das „Ausländerthema“ natürlich eines, das direkt die Lebenswelt der JungwählerInnen berührt. Dies wurde auch in einem Statement von Willi deutlich: „Was ich so mitbekommen habe, ist bei den Jugendlichen zurzeit das Ausländerthema ganz groß. Weil sehr viele schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht haben und das irgendwie als Revanche mehr oder weniger sehen. So empfinde ich das.“

In Anknüpfung an diesen Themenbereich folgte bei vielen GesprächspartnerInnen das Thema Sozialstaat. *„Wenn man kommt und gleich voll auf den Sozialtopf zugreifen kann, ist das halt das Geld, das die Österreicher, die Staatsangehörigen, jahrelang geleistet haben. Dann kommt man gleich, mit meistens einer sehr großen Familie und Anhang kommt man dann her und kann sofort voll zugreifen. Und dann wird's wieder gekürzt. Das ist halt irgendwie unfair den Staatsbürgern gegenüber, die jahrelang eingezahlt haben und auch das Anrecht haben, wieder was heraus zu bekommen.“*, meinte Max. Die FPÖ verfolgt hier einen anderen Weg, erklärte Michael: *„Ich find dieses mehr Geld für uns Österreicher oder Sicherung der Inländer, das finde ich alles nicht schlecht. Da gebe ich ihnen schon recht.“* Hier wird erneut deutlich, wie stark die JungwählerInnen zwischen „uns Österreichern“ und „den Ausländern“ unterscheiden. Die Ungleichheit wollen sie auch im Sozialbereich umgesetzt sehen, handelt es sich hier ihrer Ansicht nach doch offenbar um knappe Ressourcen. Zwei der GesprächspartnerInnen fühlen sich gegenüber „Ausländern“ benachteiligt. So meinte Birgit: *„Ich denk einmal, dass die es viel einfacher haben als wie wir. [...] Es sollte endlich so sein, dass einmal eine Gleichberechtigung zwischen Ausländern und Österreichern ist.“*

Aus Angst, im eigenen Bedarfsfall nicht ausreichend versorgt zu werden, fordern alle Interviewten unterschiedliche Rechte für „Österreicher“⁵ und „Ausländer“. Theresa antwortete bei der Frage nach für sie relevanten Themen: *„Ja schon, dass*

⁵ Ich möchte hier bewusst nicht den Begriff „Staatsbürger“ verwenden, weil die Interviewten diese Rechte weniger an der Staatsangehörigkeit als an der Herkunft festmachen. Der Begriff „Österreicher“ soll daher in Anführungszeichen geführt werden.

die Inländer und die Ausländer ein bisschen getrennt werden. Ohne, dass das jetzt rassistisch rüber kommt, aber... das es halt so ein bisschen differenziert betrachtet wird.“ Auf die Nachfrage, ob sie damit unterschiedliche Rechte meine, antwortete sie: *„Ja, genau. Manche Sachen sieht man halt auch manchmal nicht ein. Also zum Beispiel Ausländer, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht haben und einfach am Sozialsystem von Österreich hängen und von den arbeitenden Menschen erhalten werden.“* Auch Daniel war im Interview der Meinung: *„Das alle die gleichen Rechte haben. Das geht ja nicht!“* Dass seine Forderung eine massive Verletzung der Gleichheitsgrundsätze darstellt, ist ihm offenbar nicht klar. Die Einforderung von Etabliertenvorrechten, ein Element des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, ist mittlerweile zu einer scheinbar legitimen politischen Forderung geworden. Ausnahmslos alle Befragten haben in den Gesprächen Etabliertenvorrechte eingefordert. Dahinter verbirgt sich jedoch eine Ideologie der Ungleichheit, die eines von zwei Teilelementen der Heitmeyer'schen Rechtsextremismusdefinition darstellt. Das zweite Element der Rechtsextremismusdefinition sind, wie im theoretischen Teil dieser Arbeit ausführlich dargestellt, unterschiedliche Stufen der Gewaltakzeptanz. Einzelne Personen zeigen in ihren Äußerungen die Akzeptanz repressiver staatlicher Gewalt oder fordern diese auch ein. Damit ist die zweite Stufe der Gewaltakzeptanz der Rechtsextremismusdefinition von Heitmeyer erfüllt. Zudem gab Andreas Peham im Gespräch zu bedenken: *„Dann frage ich mich, wie soll jemand ohne Gewalt auf seine Rechte verzichten? Die muss ich ihm ja mit Gewalt wegnehmen.“* Die Einforderung von Etabliertenvorrechten legitimiert, konsequent zu Ende gedacht, damit Gewaltakzeptanz und -anwendung.

Ein weiteres Themenfeld, das oft in Zusammenhang mit dem „Ausländerthema“ genannt wird und in dem der FPÖ ebenfalls Lösungskompetenz zuerkannt wird, ist der Bereich Sicherheit und Kriminalität. Viele der Befragten erzählten zunächst nur von „Problemen“, die es mit „den Ausländern“ häufig gibt. Auf Nachfrage, um welche Probleme es sich handelt, antworteten viele, wie Daniel: *„Jeder Dritte Mord, etc. ... jeder Dritte ist gut, 80% der Kriminalität findet von Ausländern statt.“* Viele JungwählerInnen sprechen hier die eigenen Erfahrungen an, die sie mit gewalttätigen MigrantInnen etwa beim Fortgehen gemacht haben. Max erzählte: *„Ich sag jetzt nicht, dass Österreicher keine Straftaten begehen. Aber wenn irgendwo Raufereien sind, irgendwelche schlimmeren Sachen, dann sind da zu 90% Leute mit Migrationshintergrund.“* Einfluss auf diesen Bereich haben aber nicht nur eigene Erfahrungen, sondern auch Medienberichte. Dies wurde etwa im Gespräch mit

Christian deutlich: *„Das Sicherheitsthema betrifft natürlich nicht nur Ausländer. Aber es hat sich in letzter Zeit gehäuft, man liest das ja auch in der Zeitung. Das war früher nicht so. Das ist auch ein Grund für mich, warum ich FPÖ wähle.“*

In einigen Interviewauszügen wurde bereits deutlich, dass die GesprächspartnerInnen als negative Beispiele immer wieder auf „die Türken“ zurückgreifen. *„Es ist jetzt nicht so, dass ich alle hasse oder so. Ich kenne auch genug, Serben und so, mit denen habe ich alle keine Probleme. Nur mit den ganzen Türken und so.“* Die hier zur Schau gestellte Abneigung sagt jedoch wahrscheinlich weniger über die Abneigung gegenüber Menschen mit türkischem Migrationshintergrund aus, als über Islamophobie im Allgemeinen. Unter Islamophobie versteht man Bedrohungsgefühle und eine daraus resultierende ablehnende Haltung gegenüber MigrantInnen mit muslimischen Glauben. „Die Türken“ werden als Synonym für solche Menschen verwendet. Dies wird auch bei Birgit deutlich, als sie sagte: *„Ich glaube die Österreicher haben größtenteils ein Problem mit Türken. Es ist ja wirklich so, du steigst in die U Bahn ein und siehst, ich weiß nicht, fünf Leute mit Kopftuch.“* Auch Werner sieht das größte Konfliktpotential bei MigrantInnen mit muslimischen Glauben: *„Wenn ich mir die Migration in Österreich anschau, sehe ich weniger ein Problem mit Migration aus den ehemaligen slawischen Ländern [...] oder auch Ex-Jugoslawien. Ich glaube, dass wir hier ein großes Problem mit der muslimischen Zuwanderung haben, die einfach, was auch Statistiken beweisen, integrationsunwillig sind. [...] Ich glaube, dass wir hier in Mitteleuropa kulturell und traditionstechnisch auf dem Glauben aufbauen und eben diese europäischen Grundwerte doch im Gegensatz zu denen sind, die viele von den muslimischen Migranten haben.“* Anhand dieser Aussagen wird nicht nur deutlich, bei welchem Teil der Bevölkerung sie die Probleme sehen, sondern auch, dass diese Unterschiede offenbar als unüberwindbar angesehen werden. Selbst wenn die geforderten Sprachkenntnisse erlangt werden, bleibt dennoch eine Kluft zwischen muslimischen MigrantInnen und der traditionell „österreichischen“ Bevölkerung bestehen, wenn man sich auf unterschiedliche „Grundwerte“ beruft. Auch hier muss auf die Ideologie der Ungleichwertigkeit hingewiesen werden. Islamophobie lässt zudem ein weiteres Element des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ erkennen. In Verbindung mit der Einforderung von Etabliertenvorrechten kommt es so zur Abwertung einzelner, in diesem Fall religiöser Gruppen.

Einige GesprächspartnerInnen führten außerdem den Bereich „Familie“ als relevantes Thema für ihre Wahlentscheidung an. Während Werner diesen Bereich jedoch von einem gesellschaftspolitisch konservativen Standpunkt ausgehend betrachtet und damit in erster Linie das von der FPÖ vertretene Familienbild meint, beziehen die anderen dies auf ihre eigene Situation als Eltern. Marlene, die selbst zwei Kinder hat, sagte: *„Es sollte viel mehr Leistungen für Familien geben. Und nicht dauernd nur den Eltern und Kindern was wegnehmen.“*

Auch der Bildungsbereich wird von vielen Personen angesprochen. Spätestens hier schließt sich jedoch der Kreislauf zum „Ausländerthema“, denn sie verbinden mit diesem Thema keine Forderungen an eine Bildungsreform oder ähnliches. Hier wird erneut auf „Probleme“ mit MigrantInnen reflektiert, die sich schon im Kindergarten und später in der Schule ergeben. Matthias fand diesbezüglich wohl die klarsten Worte: *„Weil ich einfach der Meinung bin, dass mein Kind in einer Klasse lernen soll, wo der Migrationsanteil nicht über 50% liegt.“*

Personen mit höherer Bildung und größerem politischen Interesse haben über diese Themen hinausgehend noch andere Themenbereiche angeführt, die für ihre Wahlentscheidung wichtig waren. Es wird deutlich, dass diese Personen über ein umfangreicheres politisches Wissen verfügen und sich ausführlicher mit den politischen Themen befassen. Sie führen etwa den Bereich Wirtschaft und Arbeit, hier insbesondere die Thematisierung der Jugendarbeitslosigkeit durch die FPÖ, als bedeutende Materien an. Vereinzelt werden auch noch die Themenkomplexe Europäische Union, Grenzöffnung in den Osten sowie Pflege und Pensionen angesprochen.

Bei Wahlentscheidungen für die FPÖ spielt noch immer ein Protestelement eine gewisse Rolle. Die FPÖ hat seit Mitte der 80er Jahre ihr Image als Protestpartei gegen die Großparteien aufgebaut und dieses teilweise auch nach der Regierungsbeteiligung zwischen den Jahren 2000 und 2005 beibehalten. In den Gesprächen gaben zwei der Interviewten an, dass ihr Hauptmotiv für die Wahlentscheidung im Protest zu suchen ist. Michael erzählte über seine Wahlentscheidung: *„Es war dann so der Zwiespalt: wählt man BZÖ, wählt man FPÖ, wählt man Grün. Ich hab mir damals eingebildet, jetzt bilde ich es mir nicht mehr ein, dass man mit einer Stimme für Blau am meisten seine Unzufriedenheit zeigen kann. Es war damals eine reine Protestwahl.“* Auch Stephanie hatte sich aus einer ähnlichen Überlegung bei der Nationalratswahl 2008 für die FPÖ entschieden: *„Ich habe die FPÖ aus Protest gegen die derzeitige politische Situation gewählt. Ich*

finde die Politiker machen sowieso nur was sie wollen.“ Die Grünen stellen insbesondere für Stephanie keine Alternative dar, denn: „Die nimmt keiner ernst!“ Hier wirkt jedoch auch stark die familiäre Prägung auf die Wahlentscheidung ein. Sowohl Stephanie als auch Michael erzählten, dass sie politisch von ihren Vätern beeinflusst sind, die beide Stammwähler der FPÖ sind. Die Richtung des politischen Protests ist in diesen Fällen klar durch die Familie geleitet.

Aber auch bei anderen InterviewpartnerInnen spielte die Ablehnung der beiden Großparteien eine wichtige Rolle. *„Der Grund, warum ich FPÖ gewählt habe ist nicht, dass ich mich mit allen Themen, in allen Punkten mit ihnen einig bin, sondern einfach weil ich wollte, dass gewisse Themen jetzt mal auf den Tisch kommen. Und es hat auch funktioniert.“*, meinte etwa Werner. Die JungwählerInnen verbinden mit der FPÖ die Hoffnung, dass sich etwas verändert. Auch Herbert Kickl sah hier einen Vorteil für die FPÖ: *„[...] ich glaube, dass Jugend sich in weiten Bereichen auch durch Protestverhalten und einen, ich sage mal, revolutionären Ansatz auszeichnet.“* Er ergänzte: *„Wenn ich von Protest rede, dann ist das eine Seite der Medaille. Wenn ich die Medaille umdrehe, steckt dahinter immer eine gehörige Portion Hoffnung auf Änderung der Zustände. [...] In der Ablehnung des einen, steckt die Erwartung für das andere.“*

Neben den eigenen Wahlmotiven, wurde im Gespräch auch nach den Wahlmotiven der vielen anderen JungwählerInnen gefragt, die bei der Nationalratswahl 2008 die FPÖ gewählt hatten. Zwar wird auch hier auf die Themenführerschaft der FPÖ im Bereich „Ausländerthema“ sowie den Jugendwahlkampf und den Spitzenkandidaten zurückgegriffen. Auffallend ist aber, dass insbesondere Personen mit hoher formaler Bildung ihre eigene Wahlentscheidung inhaltlich begründen, die Wahlmotive anderer JungwählerInnen dagegen oft für banal halten. Thomas erzählt: *„Der Strache... ich mein, er ist nicht schlecht. Meine Freundin, die steht fast richtig auf ihn. Blaue Augen und so hübsch. Ich glaub fast, sie wählt die FPÖ, nur weil er so fesch ist.“* Auch Werner äußerte keine besonders gute Meinung über die Wahlmotive anderer junger FPÖ-WählerInnen: *„Ich glaube, das sind eben die falschen Sachen. [...] Und ich glaube, wenn so viele junge Leute damals FPÖ oder BZÖ gewählt haben, dann eben wahrscheinlich aus Protest, aber aus den falschen Gründen, möglicherweise sogar mit rassistischen Motiven.“*

6.2.6 Die Rolle des Spitzenkandidaten

Bereits im Gespräch mit Herbert Kickl wurde deutlich, welche zentrale Position die Person des Parteiobmanns Heinz-Christian Strache bei der Zielgruppe der JungwählerInnen aus Sicht der wahlwerbenden Partei einnimmt. Auch die Ergebnisse der Meinungsforschung machen deutlich, „daß sich die jüngeren Wählergenerationen (18-29 Jahre, d. Verf.) tatsächlich in hohem Ausmaß von den beiden traditionellen Großparteien abwenden und neuen bzw. radikal transformierten Parteien zugewendet haben“. (Plasser et al. 2000:28) Die FPÖ hat es durch starke Personalisierung auf Jörg Haider bzw. Heinz Christian Strache geschafft, einen neuen Typus von PolitikerIn zu etablieren. Daher ist die FPÖ in ihrer Kommunikation nach außen stärker als andere Parteien auf den Spitzenkandidaten zugeschnitten. Auch Markus hatte das so wahrgenommen: *„Der Spitzenkandidat ist der Chef der Partei, was mir bei den anderen Parteien nicht so aufgefallen ist. Da steht eher die Partei im Vordergrund.“* Die meisten Befragten bezeichnen Strache als „eher sympathisch“, auch wenn viele seine Person nicht im Vordergrund ihrer Wahlentscheidung sehen wollen. Andere betrachten den Spitzenkandidaten hingegen als sehr wichtig. So meinte Julian etwa: *„Das beeinflusst schon ordentlich, das stimmt.“* Matthias sagte auf den Spitzenkandidaten angesprochen: *„Das ist ein großer Faktor, der bei mir mitspielt. Ich kann mich mit dem Herrn Strache eigentlich identifizieren. Er spricht eigentlich hauptsächlich junge Leute an.“* Und auch für Theresa war der Spitzenkandidat von großer Bedeutung: *„Der war natürlich auch wichtig. Das hört sich jetzt vielleicht blöd an, aber die anderen sind alle ein bisschen älter und deswegen habe ich mir gedacht, ich wähle die FPÖ, weil er eben ein bisschen jünger ist und deswegen vielleicht mehr Zuspruch bei den jüngeren hat. Das ist eigentlich der Hauptgrund. Dass die Jugendlichen das Gefühl haben, doch wahrgenommen zu werden.“* Fast alle erwähnten in den Gesprächen, dass Strache auf die Jugendlichen zugeht und sich um ihre Probleme kümmert. Drei der Befragten hatten Heinz-Christian Strache auch persönlich im Wahlkampf getroffen und konnten teilweise auf kurze Gespräche mit ihm führen. Birgit erzählte: *„Ich war da in der Nähe auf einem Fest, da hab ich den Strache gesehen und ganz kurz mit ihm geredet. Und ich sag mal, der war die ganze Zeit irrsinnig freundlich zu mir und alles. Durch das war das dann eigentlich mein Spitzenkandidat. Weil er wirklich freundlich war, mir jede Frage beantwortet hat.“* Befragte, die politisch interessierter sind, können mit diesen Veranstaltungen jedoch nicht überzeugt werden. Sie sind häufiger an einem politischen Austausch interessiert und mit solch kurzen Begegnungen nicht zu gewinnen. Max meinte

dazu: *„Er ist mir schon sympathisch und ein guter Parteiobmann. Bei Veranstaltungen ist er zwar schon oft dabei, aber man hat nicht so die Gelegenheit wie mit anderen Kandidaten, mit ihm zu reden.“*

Nur einige wenige stehen Strache kritisch gegenüber. Grund dafür ist zumeist sein hetzerisches Auftreten in den Medien. So antwortete Willi auf die Frage, wie er Strache sieht: *„Teils-teils. Teilweise gute Ansätze, teilweise denk ich mir: das wäre jetzt nicht notwendig gewesen. Das ist eher ein Zwiespalt. Diese Hetzerei, die ist unnötig.“* Auch Theresa empfindet manche Aussagen von Strache als problematisch: *„Strache ist generell ein sympathischer Typ, obwohl er oft Aussagen tätigt, die nicht notwendig sind in dieser Form. Also wenn er die Gegner zum Beispiel in den Dreck zieht, das muss nicht sein.“* Und Daniel meinte sogar: *„Aber irgendwie gefährlich kommt er schon rüber, weil wer weiß, was der für einen Blödsinn so vor hat.“* Auch Werner hat kein positives Bild des Spitzenkandidaten: *„Strache ist ein Paradebeispiel für eine Person, die nicht an diese Position gehört.“* Trotz dieser Bedenken gaben in den Gesprächen nur vier Personen an, dass sie Strache nicht sympathisch finden. Und trotz dieser Bedenken, haben sich alle bei der Nationalratswahl 2008 dafür entschieden, die FPÖ zu wählen.

Die Besuche in den Diskotheken empfinden die meisten Befragten als positiv. Sie werteten das als Zeichen dafür, dass er sich in die Situation der jungen WählerInnen hineinversetzt und auf diese Zielgruppe zugeht. Nur Marlene glaubt nicht, dass die FPÖ Nutzen daraus zieht, denn die meisten Jugendlichen in den Diskotheken sind am Ende zu faul, um aufzustehen und wählen zu gehen. Die Wirkung dieser Auftritte sollte jedoch nicht überbewertet werden. Auch wenn Heinz-Christian Strache, im Gegensatz zu anderen Parteivorsitzenden, kein Problem hat, bei Besuchen in Discos authentisch zu wirken, ist die dahinter liegende Werbestrategie für die JungwählerInnen offensichtlich. Daniel bringt es wohl auf den Punkt, da er meinte: *„Natürlich ist er sympathischer, wenn er in die Disco geht. Aber Politik ist ein Geschäft.“*

Eng verbunden mit dem Spitzenkandidaten selbst ist die Kommunikationsstrategie der FPÖ, wie schon im Gespräch mit Herbert Kickl deutlich wurde. Oft waren in den Interviews Statements zu hören wie jenes von Markus: *„Die FPÖ spricht meiner Meinung nach auch die Probleme der Leute an.“* Die FPÖ hat gerade im Bereich der „Ausländerpolitik“ eine für die JungwählerInnen klare Position. Das sagte auch Thomas: *„Um das geht's mir auch bei der FPÖ. Weil er sagt auch, was jetzt da Sache ist. Auch wenn ihm dafür voll viele auf die Finger klopfen wollen.“* Durch die klaren und einfachen Forderungen hat die FPÖ über Jahre hinweg ein klares Profil

entwickelt, dass die JungwählerInnen durchaus goutieren. *„Ihre Meinung ändert sich nicht, man weiß, wofür sie sich einsetzen.“*, meinte etwa Julian. Partei und Spitzenkandidat werden gleichermaßen zugutegehalten, dass sie Probleme „beim Namen nennen“, die sonst keiner anspricht.

Die Wahlkampfführung wird von einigen der Befragten als zu hetzerisch abgelehnt. Teilweise wirkt der radikale Wahlkampfstil für die Jugendlichen befremdlich. So äußerte Theresa sich im Gespräch folgendermaßen: *„Die ÖVP hat mich im Wahlkampf eigentlich mehr angesprochen, weil der Strache ein bisschen... teilweise tief war, sehr angriffslustig. Von dem her eigentlich die ÖVP, weil die fair war.“* Sie denken jedoch, dass der Wahlkampf der FPÖ stark auf junge WählerInnen zugeschnitten ist und fühlen sich dadurch von dieser Partei ernstgenommen. Nicht zuletzt sind es die Themen der FPÖ, die sich auch mit ihren eigenen Erfahrungen decken.

6.2.7 Die Einschätzung der FPÖ

Die FPÖ war zwischen 2000 und 2005 eine Regierungspartei, eine entscheidende Phase für die politische Sozialisation der GesprächspartnerInnen. Es stellt sich also die Frage, wie die jugendlichen FPÖ-WählerInnen die FPÖ betrachten. Ist die FPÖ für sie eine Partei wie jede andere oder können sie den oft geäußerten Rechtsextremismusvorwurf nachvollziehen.

Andreas Peham, der oft mit Jugendlichen arbeitet, konterte auf die Frage nach dem warum: *„Ich würde einmal fragen, warum nicht? Zunächst einmal ist die FPÖ spätestens seit 2000 eine normale Partei geworden. Die Jugendlichen haben auch vollkommen recht sie zu wählen. Die ÖVP sagt sie sind regierungstauglich, es ist eine Partei wie jede andere. Der Schritt FPÖ zu wählen ist ein geringerer geworden.“*

Die befragten JungwählerInnen können in der großen Mehrheit nicht verstehen, warum die FPÖ als rechtsextrem bezeichnet wird. *„Ich kann das nicht nachvollziehen. Weil Rechtsextremismus ja bedeutet, eine Partei würde gegen die Verfassung verstoßen und die Verfassung aushebeln wollen. Und das macht meiner Meinung nach die Freiheitliche Partei nicht im Geringsten. Ich würde die Freiheitlichen als national-konservative Partei bezeichnen.“*, sagte Julian. Während manche sich an der „Hetze“ der FPÖ stören, reflektierten andere auf die Vergangenheit des Spitzenkandidaten, so zum Beispiel Theresa. *„Die Partei würde ich nicht als rechtsextrem bezeichnen, sondern eher den Spitzenkandidaten. Also den Strache. Eben wegen seiner Vergangenheit und was da für Geschichten*

aufgerollt wurden. Aber die Partei als Gesamtes würde ich nicht als rechtsextrem bezeichnen.“ Sie sieht in Straches Vergangenheit jedoch kein Problem, sondern scheint diese eher als Jugendsünde zu betrachten. Diese Wahrnehmung ist vermutlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der ehemalige SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer Fotos von Strache bei Wehrsportübungen als „Jugendtorheiten“ bezeichnete. Auch Thomas sprach dieses Thema an: „Ich weiß jetzt nicht, ob das wirklich stimmt mit dem Strache. Dass er früher bei den Rechten war. Aber wenn er jetzt anfängt, mit ‚Wiener Blut‘ und so. Er macht manchmal Sachen, die mir schon zu extrem sind.“

Manche fühlen sich selbst angegriffen, wenn die FPÖ als rechtsextrem bezeichnet wird. Dies scheint bei Markus und Christian der Fall zu sein: *„Ich sehe sie sicher rechter als andere Parteien, aber ich sehe sie nicht rechtsextrem. [...] Das ist noch immer eine demokratisch gewählte Partei, da braucht sich auch keiner international darüber aufregen, dass das eine rechtsradikale Partei wäre. Weil das österreichische Volk hat gewählt. Wenn ich die Partei als rechtsradikale Partei hinstelle, stelle ich 20 Prozent der Österreicher als rechtsradikal hin. Und das ist meiner Meinung nach das, was die anderen Parteien betreiben.“* Ergänzend zu Markus' Standpunkt hier noch ein Zitat von Christian: *„Man kann nicht sagen, dass ich jetzt ein Rechtsextremer bin.“*

Nur drei der interviewten Personen, alle von ihnen mit hoher formaler Bildung, können eine Einordnung der FPÖ als rechtsextrem nachvollziehen. So meinte Marlene etwa: *„Irgendwie kann ich es schon nachvollziehen, weil die Leute nur halb zuhören.“* Sie führte diese Einschätzung vor allem darauf zurück, dass sich auch Rechtsextreme von der FPÖ angezogen fühlen und bei Veranstaltungen durch ihr äußeres auffallen. Werner hingegen bezog diesen Vorwurf auch auf die politische Arbeit dieser Partei: *„Weil die Lösungsvorschläge, die die FPÖ auf diverse Themen bringt einfach extrem sind.“* Die FPÖ ist für ihn eine Partei, *„die ein sehr radikales Migrations- und Ausländerprogramm führt, wovon ich allerdings nicht alles für absolut schlecht, sondern zumindest mal für überlegenswert halte.“* Er denkt aber nicht, dass die FPÖ diese Positionen in einer Regierungsfunktion in dieser Weise umsetzen könnte, sodass er kein Problem darin sieht. Michael ist der einzige der Befragten, der sich seit der Nationalratswahl 2008 von der FPÖ abgewendet hat und diese nicht mehr wählen würde. Schon damals fand er die FPÖ teilweise zu radikal, heute sieht er die FPÖ weitaus kritischer: *„Man muss sich nur die Wahlplakate anschauen, gewisse Veranstaltungen vom Herrn Strache, wie so das Publikum ist und was man da so mitbekommt. Auch seine Redensart und seine Auftritte, das ist das, was ich mit rechtsextrem verbinde.“*

Obwohl die meisten der Befragten die FPÖ nicht als rechtsextrem bezeichnen würden, können einige diese Einschätzung durchaus nachvollziehen. Wie jedoch auch im ExpertInneninterview deutlich wurde, hält diese Einschätzung nicht von einer Wahlentscheidung für die FPÖ ab. Es scheint sogar so, als nütze dieser Vorwurf der FPÖ, sofern dieser gerade von anderen kandidierenden Parteien vorgebracht wird. Denn die jungen FPÖ-SympathisantInnen fühlen sich teilweise selbst davon angegriffen und durch die anderen Parteien ausgegrenzt. Jene, die die Kategorisierung der FPÖ als rechtsextrem nachvollziehen können, verharmlosen ihre eigene Feststellung in weiterer Folge jedoch als „Populismus“. Es mangelt den meisten freilich an Wissen über historische Hintergründe der Parteigründung und -entwicklung sowie der Definition des Begriffs „Rechtsextremismus“. Sie setzen rechts mit „ausländerfeindlich“ gleich, rechtsextrem mit „Neonazis“. Aus dieser Perspektive ist die Ablehnung des Begriffs „Rechtsextrem“ nachvollziehbar. Ein Ausbau der politischen Bildung in Schulen scheint nicht nur aus dieser Perspektive dringend notwendig.

6.2.8 Verortung im politischen Spektrum

Im Zuge des Interviews sollten die Befragten sich selbst und die im österreichischen Parlament vertretenen Parteien im politischen Spektrum von links nach rechts einordnen. Dieses Schema wird genutzt um politische Orientierungen zu strukturieren, wobei die Richtungsbegriffe mit wirtschafts- und gesellschaftspolitische Unterdimensionen verknüpft sind. (vgl. Arzheimer et al. 2001: 222) Diese Darstellung ist stark vereinfacht, auf diese Weise ermöglicht sie trotzdem oder genau aus diesem Grunde eine einfache Selbst- und Fremdeinschätzung. Für die meisten Befragten war dies kein Problem, lediglich zwei hatten aufgrund der Eindimensionalität Schwierigkeiten sich oder einzelne Parteien im politischen Spektrum einzustufen.

Die überwiegende Mehrheit sieht sich selbst rechts der Mitte, nur zwei sehen sich genau dort. Ein Teil der Befragten ordnet sich selbst zwischen Mitte und Mitte-Rechts ein. Die meisten sehen sich selbst jedoch zwischen Mitte-Rechts und Rechts. Dennoch ist daraus nicht unbedingt eine ideologische Verhaftung abzuleiten. *„Die Jugendlichen, die Blau wählen, sind überhaupt nicht ideologisch gefestigt. Zum Teil, wenn man mit denen redet, die haben eine ganz widersprüchliche, eine Patchwork-Ideologie. In manchen Bereichen würde ich sie als links bezeichnen. Links-rechts sagt den Jugendlichen relativ wenig. (...) Außer, dass rechts gegen Ausländer ist, das ist der springende Punkt.“* meinte Peham.

Ähnliche Einigkeit wie bei der Selbsteinschätzung besteht bei den GesprächspartnerInnen auch bei der Einschätzung der FPÖ. Sie wurde von allen deutlich rechts der Mitte eingezeichnet, die überwiegende Mehrheit sieht die FPÖ im Bereich zwischen Mitte-Rechts und Rechts. Auch bei den Assoziationen zur FPÖ entsteht ein sehr einheitliches Bild. Die FPÖ steht für das „Ausländerthema“ (Christian) und eine „gesunde Ausländerfeindlichkeit“ (Daniel), „Sicherheit“ (Julian), sowie ihr Engagement für die „Jugend“ (Willi) und die „Probleme der Menschen“ (Markus).

Als Gegenpol zu ihren eigenen Einstellungen sehen viele der Befragten die Grünen. Während die beiden Großparteien für einige der befragten JungwählerInnen eine Alternative zu ihrer 2008 getroffenen Wahlentscheidung darstellen könnten, lehnen einige der Interviewten die Grünen zur Gänze ab. Immerhin zehn Personen setzen diese Partei am linken Endpunkt der politischen Skala fest, ein Teil davon sogar links von diesem eigentlichen Endpunkt. Dennoch gab es zwei InterviewpartnerInnen, die bei einzelnen Themen auch den Grünen etwas abgewinnen können. Für die Mehrzahl vertreten diese jedoch die zur FPÖ diametrale Position in der Frage der „Ausländerpolitik“ und kommen daher für sie nicht in Frage. Max meinte: *„Die Integrationspolitik der Grünen ist für mich auch ein Thema wo ich sag, die kann ich nicht wählen. Dieses Grenzen einfach aufmachen, jeden aufnehmen.“* In den Gesprächen bezeichneten jungen FPÖ-WählerInnen die Grünen als „unnötig“ (Markus), „übertolerant“ (Jakob), „unwählbar“ (Michael und Daniel), „weltfremd“ (Max) oder als „Kasperlpartei“ (Christian). Vor allem die weiblichen Befragten erwähnten aber auch das Thema Umwelt.

Bei den beiden Großparteien fällt den JungwählerInnen die Einordnung in das politische Spektrum deutlich schwerer.

Die SPÖ wird von der großen Mehrheit links der Mitte eingestuft, einige würden sie sogar im Bereich zwischen Mitte-Links und Links einordnen. Eine einzelne Person hat die SPÖ sogar rechts der Mitte gesehen. Häufig genannte Schlagwörter im Bezug auf die SPÖ waren „Arbeiterpartei“ (Thomas), „Pensionisten“ (Jakob), „Ausländerfreundlich“ (Marlene), „Soziale Gerechtigkeit“ (Michael) und „Freunderlwirtschaft“ (Willi). Einige merkten an, dass die SPÖ in den vergangenen Jahrzehnten große Bedeutung für Österreich hatte. Während manche die SPÖ ablehnen, können sich vereinzelte Befragte vorstellen, ihre Stimme der SPÖ zu geben *„wenn sie ihre Position bei Ausländern verschärfen würden“* (Stephanie).

Die ÖVP sehen die meisten der Befragten dagegen Mitte bis Mitte-Rechts im politischen Spektrum verortet. Einzelne Personen würden sie noch weiter rechts oder auch links davon sehen. Mit der ÖVP verbinden die JungwählerInnen Schlagworte wie „Bauernpartei“ (Markus), „Wirtschaft und Finanzen“ (Jakob), „abgehoben“ (Stephanie), „für Kapitalisten und Großunternehmer“ (Daniel) und „konservativ“ (Matthias). Während einige die ÖVP für durchaus wählbar halten oder sie als „christliche Variante“ der FPÖ bezeichnen, lehnen andere diese Partei gänzlich ab. So meinte Werner etwa: „Ich glaube, die machen Politik von sich, für sich.“

Am wenigsten Einigkeit herrscht bei der Einschätzung des BZÖ im politischen Spektrum. Die Bewertung fiel sehr unterschiedlich aus und reichte von etwas links der Mitte bis zum Endpunkt des politischen Spektrums auf der rechten Seite. Das politische Profil des BZÖ ist für die JungwählerInnen eher unscharf, einige konnten diese Partei als einzige nicht auf einer Links-Rechts-Achse verorten. Eine der politisch weniger interessierten Personen gab sogar an, das BZÖ nicht zu kennen. Viele haben keine Assoziationen zum BZÖ, manche eher abwertende wie „Bienenzüchter“ (Markus) oder „Möchtegern wirtschaftsliberale Abspaltung der Freiheitlichen“ (Julian). Viel verbinden mit dem BZÖ die Person „Jörg Haider“ (Stephanie) und „Kärnten“ (Theresa). Manche halten das BZÖ jedoch schlichtweg für „uninteressant“ (Matthias).

6.3 Versuch einer Typologie junger FPÖ-WählerInnen

Nach der nun erfolgten thematischen Auswertung der qualitativen Interviews, wird nun der Versuch einer Typologie junger FPÖ WählerInnen vollzogen. Relevante Vergleichsdimensionen wurden schon durch diesen ersten Analyseschritt deutlich. Das soziologische Modell der Wahlentscheidung begründet die Berücksichtigung der Faktoren Parteiidentifikation, Themenorientierung und KandidatInnenorientierung. Auch Instanzen der politischen Sozialisation werden als längerfristige Einflussfaktoren berücksichtigt. Es handelt sich hier um die Bereiche Eltern und Familie, Freunde sowie Arbeitsplatz und Schule. Das Desintegrationstheorem von Heitmeyer fließt hier entscheidend ein. Es werden allerdings nur zwei Ebenen der Systemintegration beurteilt, nämlich funktionale und institutionelle Desintegrationserfahrungen. Die sozio-emotionale Ebene kann hier nicht berücksichtigt werden, ist diese in den Gesprächen doch nicht ausführlich behandelt worden. Da Forschungsergebnisse jedoch zeigen, dass diese Ebene den

geringsten Einfluss auf die Wahlentscheidung hat, ist diese Auslassung hinnehmbar. (vgl. Heitmeyer 2010) Auch Elemente des Syndroms „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ werden bei der Analyse berücksichtigt. Es sollen freilich nur solche mit einbezogen werden, die von zumindest einer Person im Interview angesprochen wurden. Es handelt sich dabei um die Elemente Etabliertenvorrechte, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit. Zuletzt fließen noch Vergleichsdimensionen in die Analyse ein, die aus anderen theoretischen Ansätzen oder der thematischen Analyse selbst stammen und berücksichtigt werden sollten. Es handelt sich dabei um die Verankerung des Leistungsgedankens, autoritäre Tendenzen, politisches Interesse, das Interesse am Wahlkampf 2008, Protest und den formalen Bildungsstand der Befragten sowie ihrer Eltern. Eine Übersicht über die Vergleichsdimensionen und die Interviewten zeigt die Auswertungstafel.

Abbildung 5: Auswertungstafel

	<i>funktionale Desintegration</i>	<i>insitutionelle Desintegration</i>	<i>Eltern und Familie</i>	<i>Freunde</i>	<i>Arbeitsplatz, Schule</i>	<i>Etabliertenvorrechte</i>	<i>Islamophobie</i>	<i>Fremdenfeindlichkeit</i>	<i>Parteiidentifikation</i>	<i>Themenorientierung</i>	<i>KandidatInnenorientierung</i>	<i>Leistungsgedanke</i>	<i>autoritär</i>	<i>politisches Interesse</i>	<i>Interesse am Wahlkampf</i>	<i>formale Bildung</i>	<i>Bildungsabschluss Erforn</i>	
Markus	-	~	~	~	-	+	~	~	~	+	+	-	~	+	+	-	+	+
Jakob	+	~	-	+	-	+	~	+	+	-	+	-	-	-	-	-	-	+
Stephanie	-	+	+	~	-	~	~	~	~	-	-	-	-	+	~	+	+	~
Daniel	-	~	~	~	-	+	~	+	~	-	+	-	~	~	~	-	-	-
Matthias	-	~	~	-	~	+	~	+	~	+	+	~	-	+	-	-	-	-
Werner	-	+	+	~	-	+	+	+	+	+	-	+	~	+	+	~	+	+
Michael	-	+	+		~	+	~	+	-	-	-	~	-	+	+	+	+	-
Marlene	~	~	~	+	-	+	+	+	+	~	+	~	-	-	~	-	+	~
Theresa	-	~	+	+	-	+	~	+	+	~	+	-	~	~	~	~	-	~
Sabine	~	~	-	~	-	+	-	~	+	~	+	-	-	~	~	~	-	-
Julian	-	-	~	+	-	+	-	~	+	+	+	+	-	+	+	-	+	+
Max	-	-	+	+	~	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+
Willi	+	+	-	+	-	+	-	~	~	~	~	~	-	+	-	~	-	~
Birgit	~	~	-	+	+	+	~	+	+	~	+	-	-	~	~	-	-	-
Thomas	~	~	-	+	~	+	~	+	+	+	+	~	-	+	+	~	-	-
Christian	+	~	+	+	-	+	~	+	~	~	~	~	+	~	~	-	~	+

Legende: + stark vorhanden bzw. hoch
 ~ mittelmäßig
 - nicht vorhanden bzw. niedrig

Daraus lassen sich folgende Typen ableiten:

- **Der/die systemverdrossene Rechte**

Dieser WählerInnentyp zeichnet sich vor allem durch drei Merkmale aus. Die Wahlentscheidung wird als Ausdruck des Protests aufgefasst, da die Personen Desintegrationserfahrungen auf institutioneller Ebene erleben. Sie stehen Parteienstrukturen und PolitikerInnen mit Misstrauen gegenüber, haben aber (noch) politisches Interesse. Dennoch nehmen sie die politische Situation als Demokratieentleerung wahr. Ihr Protest drückt sich aufgrund der familiären Prägung in der Wahl einer rechten Partei aus, ist doch zumindest ein Elternteil seit Jahren überzeugteR FPÖ-WählerIn. Auch bei diesen Personen werden in den Interviews fremdenfeindliche Tendenzen und die Einforderung von Etabliertenvorrechten wahrgenommen, jedoch schwächer als bei anderen. Die Themen der FPÖ werden von ihnen eher als zu hetzerisch abgelehnt.

Die Befragten, die diesem Typ zugeordnet werden können, verfügen über eine eher hohe formale Bildung, also Matura oder Universitätsabschluss. Aufgrund ihrer negativen Einstellung zu Politik wechselten sie häufiger als andere bei folgenden Wahlen ins Lager der Nicht-WählerInnen. *„Ich hab in letzter Zeit mit vielen Leuten geredet, ob wählen gehen, was wählen gehen. Weil man eigentlich nichts wählen kann im Moment. Weil es überall Punkte gibt, die sind Schwachsinn.“*, meinte etwa Michael im Gespräch.

Diesem Typus von FPÖ-WählerInnen können insbesondere Michael und Stephanie zugeordnet werden. Wenn sich das politische Angebot der anderen Parteien ändert, besteht bei ihnen durchaus die Möglichkeit, dass sie sich künftig für eine andere Partei als die FPÖ entscheiden. Es liegt am politischen System selbst, auf WählerInnen dieses Typus zuzugehen und einen positiven Eindruck der Politik zu vermitteln, um diese politisch enttäuschten WählerInnen wieder zurück zu gewinnen.

- **Der/die Milieugebundene**

Vor allem Eltern und Familie oder auch Freunde haben bei diesen Personen großen Einfluss auf eine Wahlentscheidung für die FPÖ. Im Zuge der politischen Sozialisation wurden diesen Personen Einstellungen und Werte vermittelt, die ihre politischen Entscheidungen nachhaltig prägten. Es sind also primär die Eltern, die diese WählerInnen beeinflusst haben. Zwar haben auch die Freunde ähnliche politische Einstellungen, dies muss jedoch eher als verstärkender Effekt betrachtet werden.

Ein Teil dieser Personen ist selbst politisch interessiert, dennoch durch die familiäre Prägung stark in ihrer Beurteilung politischer Sachverhalte geprägt. Andere Parteien sind für sie keine Alternative, „weil sie einfach nicht meiner Ideologie entsprechen“, meinte Christian. Ihre eigenen Meinungen stimmen mit der von der FPÖ vertretenen Position weitgehend überein. Insbesondere die Einforderung von Etabliertenvorrechten und Fremdenfeindlichkeit sind diesen Personen nicht fremd. Die Tendenz, vorgelebte politische Positionen von Personen aus dem nahen Umfeld zu übernehmen, lässt auf autoritäre und obrigkeitshörige Persönlichkeitsmerkmale rückschließen. Eine reflektierte Auseinandersetzung mit politischen Themen findet nicht statt.

Personen dieses Typus können sich mit der FPÖ zumeist identifizieren, haben sie doch schon häufiger die FPÖ gewählt. Der Bildungsstand dieser Personen ist im mittleren bis hohen Bereich angesiedelt.

Aus den Interviews können insbesondere Christian, Theresa und Max dieser Gruppe zugeordnet werden.

- **Der/die Rechtskonservative**

Dieser Typus zeigt eine ausgeprägte Themenorientierung, die letztendlich auch ausschlaggebend für die getroffene Wahlentscheidung ist. KandidatIn und Wahlwerbung werden dagegen weniger Bedeutung zugemessen. In vielen Fällen können sich diese Personen mit der FPÖ identifizieren, da sie ihre bevorzugte Partei ist.

Ein grundlegender Baustein der Entscheidung stellt auch hier die politische Sozialisation dar, in deren Verlauf politische Werthaltungen vermittelt werden. Sie können als politisch interessiert und in ihrer Meinung gefestigt bezeichnet werden. Ausgehend von dieser Basis setzen sich Personen dieses Typus in Diskussionen mit FreundInnen oder ArbeitskollegInnen mit politischen Themen auseinander. Zugute kommt ihnen dabei ihre gute Artikulationsfähigkeit, die es ihnen ermöglicht, ihren Standpunkt zu vertreten. Sie versuchen dabei auch, andere in ihrer Meinung zu beeinflussen. Ihren meist hohen Bildungsabschluss erleichtert ihnen diese Diskussionen. Gleichzeitig fühlen sie sich vielen anderen durch ihr angeeignetes Wissen im politischen Bereich überlegen.

Stark verankert ist bei diesen Personen zumeist der Leistungsgedanke, der sich aus dem, von den Eltern übernommenem, konservativen Weltbild speist. Für „Schwäche“ anderer oder soziale Bedürftigkeit zeigen sie nur wenig Verständnis, sie selbst sind mitunter stark an materiellen Werten orientiert.

Diesem Typus können am ehesten Werner, Julian und Matthias zugeordnet werden. Auch Max könnte unter Umständen diesem Typus zugeordnet werden, doch der milieugebundene Einfluss scheint bei ihm stärker.

- **Der/die Umworbene**

Als „Umworbene“ können Personen bezeichnet werden, die eine starke KandidatInnenorientierung aufweisen und die von der Wahlwerbung der FPÖ angesprochen werden. Es handelt sich dabei um Personen mit niedrigem Bildungsgrad, die sich mit den Themen einer Partei kaum auseinandersetzen. Wichtig sind für sie vielmehr der Spitzenkandidat der FPÖ und sein Auftreten. Dieser Typ von WählerIn ist in seiner Wahlentscheidung stark durch den persönlichen Kontakt mit dem Spitzenkandidaten beeinflusst worden. Da sie politisch nicht besonders interessiert sind, reichen solche kurzen, oberflächlichen Kontakte für eine Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ aus.

Zwar zeigen auch diese Personen fremdenfeindliche Tendenzen auf, doch sie sind in ihrer politischen Meinung keineswegs gefestigt. Obwohl sie bei Wahlentscheidungen klare Präferenzen zur FPÖ aufweisen, kann ihre politische Position vielmehr als „Patchworkideologie“ bezeichnet werden. So äußern sie in einigen Bereichen Meinungen, die klar linken Positionen im politischen Spektrum einzuordnen sind. Andere Parteien schaffen es jedoch offenbar nicht, sie mit diesen Themen anzusprechen, diese Diskussion wird vom „Ausländerthema“ überlagert. Die familiäre Prägung spielt bei diesen Personen eine eher untergeordnete Rolle.

Die beiden Befragten, die am stärksten diesem Typus entsprechen, sind Daniel und Birgit. Beide waren bei der Nationalratswahl 2008 ErstwählerIn und sind zum Zeitpunkt der Befragung erst 18 Jahre alt. Möglich wären hier auch Einflüsse des Alters.

- **Der/die Bedrohte**

Dieser WählerInnentypus ist vor allem durch Desintegrationserfahrungen auf funktionaler Ebene geprägt. Diese entstehen durch den Umstand, dass sie im Vergleich zu ihren Eltern von Bildungsabstieg betroffen sind. Sie haben einen eher problematischen Bildungsweg, denn oftmals wurde die Schule abgebrochen und bislang kein Schulabschluss erreicht. Diese JungwählerInnen haben durch ihre schulischen Misserfolge bereits erfahren, was mangelnde positionale Anerkennung bedeutet. Gleichzeitig wird ihnen durch ihre Eltern täglich vor Augen geführt, was sie selbst nicht oder nur schwer erreichen können. Gleichzeitig ist der Gedanke, dass jede/r seines Glückes Schmied ist, in den Köpfen der jungen Menschen verankert.

Demnach ist jemand, der/die sich mit Schule oder Arbeitsplatz schwer tut, an seinem Versagen selbst schuld. *„Aber die Jugendlichen können mit dieser Schuld nicht umgehen und müssen jemanden suchen, der schuld ist. Und da sind wir beim Schuldenbock!“*, erläuterte Andreas Peham im Gespräch. In ihrer Kommunikation vermittelt die FPÖ den Schuldigen an diesen Umständen gleich mit. Den Jugendlichen wird die Schuld gewissermaßen abgenommen und stattdessen auf andere übertragen. Aus dieser Perspektive folgt, wenig überraschend, auch eine starke Einforderung von Etabliertenvorrechten. Dieser Typus macht deutlich, dass funktionale Desintegrationserfahrungen eine Wahlentscheidung für eine rechtsextreme Partei wie die FPÖ begünstigen können.

Allgemein zeigen Personen dieses WählerInnentypus eher geringes Interesse am politischen Geschehen. Es zeigt sich bei den vorhandenen Befragten jedoch, dass Personen, die diesem Typus zugeordnet werden können, eine zu ihrer Eltern diametral entgegengesetzte Meinung vertreten. Gleichgesinnte finden sich dagegen eher im Freundeskreis, die überwiegend eine ähnliche politische Meinung vertreten. Insbesondere zwei der interviewten Personen können diesem Typus zugerechnet werden, nämlich Jakob und Willi. Auch bei Christian zeigen sich ähnliche Tendenzen, hat er im Vergleich zu seinem Vater doch einen Bildungsabstieg erlebt. Aufgrund des starken Einflusses seines Vaters auf seine politische Meinung ist er jedoch eher dem Typus des milieugebundenen Wählers zuzuordnen.

- **Der/die Traditionelle**

Ein weiterer Typus, der sich aus der Auswertungstabelle ablesen lässt, ist der des/der traditionelle WählerIn. Es handelt sich dabei um Personen, die schon seit jeher eine Tendenz zur FPÖ haben, diese aber nicht thematisch begründen können. Die FPÖ ist zwar jene Partei, die ihren Meinungen am nächsten kommt, sie haben allerdings kein großes politisches Interesse. Ihre Wahlentscheidung ist stärker von der Parteiidentifikation mit der FPÖ geprägt als vom politischen Diskurs. Die politische Sozialisation ist kein bedeutender Einflussfaktor, vor allem die Eltern haben keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Die Freunde haben dagegen ähnliche politische Einstellungen wie die befragten Personen.

Es handelt sich bei den Personen dieses Typus eher um Personen mit niedrigem formalen Bildungsstatus oder solche, die bereits Desintegrationserfahrungen auf funktionaler Ebene erlebten. Dazu gehören etwa Arbeitslosigkeit oder die fehlende Identifikation mit der eigenen beruflichen Stellung.

Die Bezeichnung „traditionell“ bezieht sich jedoch nicht nur darauf, dass es sich bei diesen Personen quasi um StammwählerInnen der FPÖ handelt. Es soll auch

andeuten, dass diese Personen sich gegen gesellschaftliche Veränderungen wehren. Um dies sicherzustellen sind jedoch politische Veränderungen notwendig, die sie sich von der FPÖ erwarten.

Diesem Typus sind am ehesten Marlene, Sabine und Thomas zuzuordnen.

Im Zuge der Analyse wurden damit sechs unterschiedliche Typen von FPÖ-WählerInnen festgelegt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es noch weitere Typen geben könnte, da mit den Interviews wohl nicht das gesamte Spektrum an FPÖ-WählerInnen abgedeckt werden konnte. Der Großteil der jungen FPÖ-WählerInnen wird sich in dieser Typologie jedoch wiederfinden. Das Ziel einer Typenbildung, durch Informationsreduktion eine Darstellung der komplexen Realität zu ermöglichen, kann damit als gelungen angesehen werden. Gemeinsam ist allen Typen, dass sie bei der Nationalratswahl 2008 die FPÖ gewählt haben. Die Unterscheidung der sechs Typen findet vor allem anhand der theoretischen Vorarbeit statt.

Eine Typologie kann dem Einzelfall immer nur näherungsweise gerecht werden, für ein grundlegendes Verständnis der Wahlmotive ist sie jedoch hilfreich. Gleichzeitig wird in der vorliegenden Typologie deutlich, dass die im theoretischen Teil angeführten Erklärungsansätze für die Wahlentscheidung von JungwählerInnen im Bezug auf die FPÖ einen wichtigen Beitrag leisten.

6.4 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse

Der Zugang zu JungwählerInnen erwies sich als schwerer als anfangs gedacht. Doch letzten Endes war es möglich 16 JungwählerInnen für ein Interview zu gewinnen. Schon die Darstellung der sozialdemographischen Merkmale zeigt die große Bandbreite an FPÖ-WählerInnen. „Es handelt sich um inhomogene Wählergruppen; vielfach sind es bislang wenig an Politik interessierte, keineswegs rechtsextrem oder deutschnational ausgerichtete Menschen, die vor allem von der Person Haider, seiner Rhetorik und seinen Parolen, seinem Auftreten und seinem Äußeren angezogen sind und in ihm einen neuen Politikertypus, einen Erneuerer und Kämpfer gegen das ‚System‘ zu erblicken glauben.“ (Bailer-Galanda et al. 2000: 120) Dieses Zitat, noch aus der Zeit Jörg Haiders als Parteiobmann stammend, kann auf die aktuelle politische Situation nahezu wortwörtlich übertragen werden.

In der Analyse der qualitativen Interviews wurde deutlich, dass die beiden ausgewählten Erklärungsansätze zur Klärung der Fragestellungen beitragen können.

Das Desintegrationstheorem bildet eine der Wahlentscheidung vorausgehende Einflussvariable. Bis auf zwei Ausnahmen zeigen sich bei allen GesprächspartnerInnen mehr oder weniger deutliche Desintegrationserfahrungen im bisherigen Lebensverlauf. In einigen Fällen handelt es sich um funktionale Deprivationserfahrungen wie Arbeitslosigkeit oder Schulabbruch. Vor allem institutionelle Deprivationserfahrungen und der Mangel an moralischer Anerkennung als politische/r AkteurIn sind weit verbreitet. Mit Ausnahme der beiden politisch aktiven Personen zeigt sich bei allen eine Entfremdung vom politischen System und insbesondere gegenüber den politischen AkteurInnen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass insbesondere die erlebte Desintegration auf institutioneller Ebene Einfluss auf eine Wahlentscheidung für die FPÖ hat. Ihr Image als „Protestpartei“ und ihr systemverändernder Anspruch kommen der FPÖ hier zugute. Die anderen Parteien werden dagegen von vielen pauschal abgelehnt. In einigen Fällen ist die Ursache jedoch weniger in Desintegrationserfahrungen als in einer übermäßigen Orientierung am Leistungsgedanken zu suchen. Beide Entwicklungen begünstigen eine Wahlentscheidung für die FPÖ. Denn die im einen Fall mangelhafte und im anderen Fall übermäßige Verankerung gesellschaftlicher Normen fördert die Ausprägung des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Beeinflusst von der politischen Debatte zeigt sich diese vor allem in fremdenfeindlichen Einstellungen, der Einforderung von Etabliertenvorrechten und Islamophobie.

Aus den Interviews ging auch die Bedeutung der politischen Sozialisation für die Wahlentscheidung hervor, die sowohl beim Desintegrationstheorem als auch im sozialpsychologischen Modell der Wahlentscheidung einfließt. Bei einigen zeigt sich, dass vor allem die Eltern großen Einfluss auf die politische Meinung der JungwählerInnen und ihre Wahlentscheidung haben. Andere besitzen hingegen eine vollkommen andere politische Meinung als ihre Eltern und finden diese in ihrem Freundeskreis wieder.

Die Parteiidentifikation ist in einigen Fällen durchaus vorhanden. Sie ist zwar in der Regel mit dem Vorbehalt verbunden, dass sich die politischen Positionen der FPÖ nicht ändern. Doch bis auf eine Person geben alle an, weiterhin FPÖ wählen zu wollen und dies auch schon häufiger gemacht zu haben.

Die KandidatenInnenorientierung ist vor allem bei den Befragten der niedrigeren Bildungsschichten stark vorhanden. Heinz-Christian Strache wird als sympathischer Politiker wahrgenommen, der die Anliegen junger Menschen ernst nimmt und auf sie zu geht.

Die Themenorientierung spielt bei diesen Personen eher eine untergeordnete Rolle. Allen GesprächspartnerInnen gemeinsam ist eine diffuse Ablehnung von

„Ausländern“ als Wahlmotiv. Das „Ausländerthema“ wird vor allem mit den Themenbereichen Soziales und Sicherheit verknüpft. Vor allem von besser gebildeten und politisch interessierteren Personen werden noch andere Themen eingebracht.

Etwas überraschend war der Umstand, dass einige der Interviewten den gegenüber der FPÖ häufig geäußerten Rechtsextremismusvorwurf nachvollziehen können. Dieser Umstand hält sie jedoch nicht davon ab, die FPÖ zu wählen. Ihre Politik wird als Oppositionspopulismus verharmlost. Die FPÖ wird zwar als rechts gesehen, aber gerade deshalb auch gewählt.

Anschließend an die thematische Analyse wurde versucht, eine Typologie von jungen FPÖ WählerInnen zu begründen. Es konnten sechs Typen von WählerInnen festgelegt werden. Es handelt sich um den/die Traditionelle, Bedrohte, Umworbene, Rechtskonservative, Milieugebundene und systemverdrossene rechte WählerIn. Ihre Motive und Hintergründe der Wahlentscheidung finden sich in den theoretischen Vorannahmen wieder und haben zur Bildung dieser Typen entscheidend beigetragen.

7. Schlussbemerkung und Ausblick

Welche Schlüsse lassen sich aus den in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnissen ziehen?

Eine Wahlentscheidung für die FPÖ erfolgt nicht als „Protest“, obwohl Protestelemente bei einigen Interviewten angeführt wurden. Nicht nur die Wahlwerbung der FPÖ, ihr Spitzenkandidat und ihre Themen bzw. die Art diese zu kommunizieren haben Einfluss auf eine Wahlentscheidung für die FPÖ. Einzelne Befragte berichteten von Erfahrungen funktionaler Desintegration. Die qualitativen Interviews konnten dagegen zeigen, dass vor allem Desintegrationserfahrungen auf institutioneller Ebene, der Mangel an moralischer Anerkennung als politische/r AkteurIn und das daraus resultierende Desinteresse gegenüber politischen Parteien eine wesentliche Rolle für eine Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ spielen. Diese Tendenz könnte aber ebenso zur Verweigerung der Wahlbeteiligung führen. Stattdessen drückt sich dieser vermeintliche Protest in einem Votum für eine rechtsextreme Partei wie die FPÖ aus.

Der entscheidende Mechanismus für diese Entscheidung sind die Auflösung stabiler sozialer Milieus und die erlebte Ausgrenzung. Rechtsextreme politische Akteure schaffen es, die ökonomisch und sozial verursachte Entfremdungsangst und

Ohnmachtserfahrungen in eine „Überfremdungsangst“ zu verwandeln. Die Wahlentscheidung ist damit nicht nur durch Wahlwerbung oder Themen beeinflusst, sondern wesentlich durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Gemeint sind damit vor allem die zunehmenden Desintegrationserfahrungen auf unterschiedlichen Ebenen. Die „soziale Ausgrenzung und vor allem die breiter werdende soziale Verunsicherung [...] produzieren erst diese Attraktivität“. (Heitmeyer 1989: 560)

Aus Desintegrationserfahrungen und dem Mangel an Selbstwert resultiert, so die theoretische Annahme, die Tendenz zur Abwertung anderer, sozial schwacher gesellschaftlicher Gruppen, bezeichnet als Syndrom „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Diese Annahme kann durch die empirischen Ergebnisse bestätigt werden, haben doch fast alle Befragten auf zumindest einer Teildimension Desintegration erlebt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie einzelne Elemente des Syndromkomplexes bereits ausgebildet haben und auch im Gespräch artikulieren. Begrifflichkeiten wie „Überfremdung“ fließen in den Alltagsgebrauch ein, Fremdenfeindlichkeit und die Einforderung von Etabliertenvorrechten sind in die Mitte der Gesellschaft gelangt und Islamophobie ist keine Ausnahmeerscheinung mehr. Es handelt sich dabei um jene Aspekte, die auch in der breiten Öffentlichkeit auf Zuspruch stoßen. Durch die gesellschaftliche Massenverbreitung gewinnen diese Positionen an Legitimität und werden auch bedenkenlos geäußert. Fremdenfeindlichkeit wird damit zu einer sozialen und politischen Strömung in der Mitte der Gesellschaft. Derartige Tendenzen sind in Österreich bereits vorhanden, setzt sich der bereits vor Jahren konstatierte Rechtsruck doch konsequent fort. FPÖ-WählerInnen sind längst nicht mehr die einzigen, die solche Positionen einnehmen. Große Teile der Gesellschaft betrachten diese Einstellungen mittlerweile als „normal“. „Je höher der Normalisierungsgrad von fremdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen ist, desto niedriger ist die Chance, diese Einstellungen und Verhaltensweisen überhaupt noch problematisieren zu können.“ (Heitmeyer 1994: 50) Deshalb sind solche Positionen gerade bei diesen jungen Menschen, die die FPÖ als Regierungspartei erlebt haben und ihre Positionen in Medien und Freundeskreis oder auch innerhalb der Familie wiederfinden, nicht verwunderlich. Aufgrund dieser Normalisierung hat politische Bildung eine schwierige Ausgangslage.

Die Akzeptanz für den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen schwindet mit der Zunahme an Desintegrationserfahrungen und Anerkennungsproblemen. Die FPÖ nutzt Gefühle der politischen Machtlosigkeit und der Benachteiligung, die Desintegrationserfahrungen und den verletzten Selbstwert junger Menschen für ihre

Politik und präsentiert Sündenböcke, indem sie MigrantInnen oder andere gesellschaftliche Gruppen für diese Statusverluste verantwortlich macht. (vgl. Klein et al. 2009: 97f.) Dadurch bereitet sie gleichzeitig den Nährboden für eine Ideologie der Ungleichheit auf, die nur mit Gewalt umgesetzt werden kann. Nicht zufällig gibt es einen Zusammenhang zwischen den Wahlgewinnen rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien einerseits und rechtsextremer Gewalttaten andererseits. Rechtspopulistische Positionen können bei hinreichender Gewaltakzeptanz in Rechtsextremismus umschlagen. (vgl. Klein et al. 2009)

Lassen sich daraus Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung ableiten? Diese Frage allein an einem Wählerfolg der FPÖ ableiten zu wollen, wäre zu kurz gegriffen. Wie die Vergangenheit bewiesen hat, können sich die WählerInnen der FPÖ ebenso schnell wieder von dieser Partei abwenden, wie sie von ihr zuvor gewonnen wurden. Der Erfolg der FPÖ bei jungen WählerInnen muss deshalb vor dem Hintergrund der Desintegrationserfahrungen gemacht werden. Unabhängig von Wahlerfolgen einzelner Parteien bleiben die zunehmenden Desintegrationserfahrungen von jungen Menschen bestehen. Die Abwertung anderer zur Stärkung der eigenen Position beeinflusst das gesellschaftliche Klima, kann bis hin zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Spaltung gehen. Infolgedessen dürfen diese Entwicklungen nicht verharmlost werden. Nur indem diese aufgezeigt werden, kann einer Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen vorbeugend entgegengewirkt und dadurch ein weitgehend friedliches Zusammenleben gesichert werden. Schließlich erkennt man die Qualität einer Gesellschaft daran, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht.

Literaturverzeichnis

Ahtisaari, Martti; Frowein, Jochen; Oreja, Marcelino, 2000: Bericht. <http://derstandard.at/upload/images/bericht.pdf>, 23.03.2010.

Anhut, Reimund; Heitmeyer, Wilhelm, 2000: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hg.), 2000, Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa Verlag, 17-76.

Arzheimer, Kai; Schoen, Harald; Falter, Jürgen, 2001: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hg.), 2001, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske+Budrich, 220-245.

Arzheimer, Kai, 2008: Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bacher, Ines, 2008: Von kleinen Ländern und gemeinen Menschen. Eine vergleichende sozial- und kulturanthropologische Studie zur *Dansk Folkeparti* und der *Freiheitlichen Partei Österreich*.

Bailer-Galanda, Brigitte: Zum Begriff des Rechtsextremismus. http://www.doew.at/thema/thema_alt/rechts/refrauen/begriffre.html, 23.03.2010.

Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang, 1993a: Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/illegale Gruppen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Wiener Verlag, 102-238.

Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang, 1993b: Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Wiener Verlag, 327-428.

Bailer-Galanda, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang; Schiedel, Heribert, 2000: Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei. Zur Erfolgsgeschichte einer rechtsextremen Partei. In: Scharsach, Hans-Henning (Hg.), 2000, Haider. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 105-127.

Bauer, Werner T., 2009: Rechtsextrem und rechtspopulistische Parteien in Europa. http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf, 16.03.2010.

Becker, Julia; Wagner, Ulrich; Christ, Oliver, 2007: Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 131-149.

Binder, Tanja, 2005: Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien - eine Folge von Modernisierungsprozessen? <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2005/iv05-203.pdf>, 16.03.2010.

Buhl, Monika, 2003: Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter. 1. Auflage, Opladen: Leske/Budrich.

Bundesministerium für Inneres (BMI): Nationalratswahl 2008. <http://wahl08.bmi.gv.at/>, 18.03.2010.

Butterwegge, Christoph, 2008: Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun, Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Opladen: Budrich Verlag, 11-78.

Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hg.), 2008: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen: Budrich.

Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert (Hg.), 1997: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3. erw. und völlig neu bearbeitete Auflage, Wien: Manz'sche.

Decker, Frank, 2004: Der neue Rechtspopulismus. 2. überarbeitete Auflage, Opladen: Leske+Budrich.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Geißler, Norman, 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>, 09.11.2010.

Depisch, Philipp, 2007: Die politische Spaltung des Dritten Lagers in Österreich.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), 1993: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 2. aktualisierte und erw. Auflage, Wien: Wiener Verlag.

Diekmann, Andreas, 2004: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 12. Auflage, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Eckert, Roland, 1993: Gesellschaft und Gewalt. Ein Aufriss. Soziale Welt, 1993, Jg. , Heft 3, 358-374.

Ecarius, Jutta; Schäffer, Burkhard (Hg.), 2010: Typenbildung und Theoriengenerierung. Methoden und Methodologien qualitativer Bildungs- und Biographieforschung. 1. Auflage, Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Egger de Campo, Marianne, 2000: Wähler ohne Eigenschaften. Rechtsruck oder Unterhaltungsdemokratie? 1. Auflage, Graz: Nausner&Nausner.

Eith, Ulrich; Mielke, Gerd, 2006: Wahlforschung. Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft. In: Mols, Manfred (Hg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung. Paderborn: Schöningh. 315-344.

Falter, Jürgen W.; Jaschke, Hans-Gerd; Winkler, Jürgen R. (Hg.), 1996: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Falter, Jürgen; Schoen, Harald, 2005: Handbuch Wahlforschung. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Filzmaier, Peter, 2007: Wie wir politische ticken... Öffentliche und veröffentlichte Meinung in Österreich. Wien: Ueberreuter.

Filzmaier, Peter, 2009: Ein Regierungsdesaster. Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008. Wien: Böhlau, 23-38.

Flecker, Jörg; Kirschenhofer, Sabine; Balazs, Gabrielle; De Weerd, Yves; De Witte, Hans; Catellani, Patrizia; Milesi, Patrizia; Hentges, Gudrun; Meyer, Malte; Pogliani, Francesca; Plomb, Fabrice, 2004: Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right. Final Report des Projekts „Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right“. Wien: Forba.

Flecker, Jörg, 2007: Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Berlin: Edition Sigma.

Flick, Uwe, 2007: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 3. Auflage, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Filzmaier, Peter, 2009: Ein Regierungsdesaster: Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008. Wien: Böhlau, 23-38.

Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffel, Karl A. (Hg.), 2009: Stichwort Wählen. Wien: Böhlau.

Filzmaier, Peter; Hofinger, Christoph; Perlot, Flooh; Ptaszynska, Aleksandra, 2008: Die Nationalratswahl 2008. In: Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffel, Karl A. (Hg.), Stichwort Wählen. Wien: Böhlau, 13-40.

Foitzik, Andreas; Leiprecht, Rudolf; Marvakis, Athanasios; Seid, Uwe (Hg.), 1992: „Ein Herrenvolk der Untertanen.“ Rassismus, Nationalismus, Sexismus. Duisburg: DISS.

Friesl, Christian; Kromer, Ingrid; Polak, Regina (Hg.), 2008: Lieben - Leisten - Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien: Czernin Verlags GmbH.

Frölich-Steffen, Susanne, 2004: Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2004, 33. Jahrgang, Nr.3, 281-295.

Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (Hg.), 2005a: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller.

Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars, 2005b: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa. Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung. In: Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (Hg.), 2005a: Populisten an der Macht. Wien: Braumüller, 3-34.

Fuchs, Marek, 2003: Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2003, Jg. 55, Heft 4, 654-678.

Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Otthein; Wienold, Hanns (Hg.), 1995: Lexikon zur Soziologie. 3. völlig neu bearb. und erw. Auflage, durchges. Nachdr. Opladen: Westdeutscher Verlag

Gasperl, Kunigunde, 2005: Politisches Wissen und Motivstrukturen bei österreichischen Jugendlichen.

Geden, Oliver, 2006: Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Geden, Oliver, 2005: Identitätsdiskurs und politische Macht. Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP. In: Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (Hg.), Populisten an der Macht. Wien: Braumüller, 69-84.

Goldmann, Harald; Krall, Hannes; Ottomeyer, Klaus, 1992: Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung. 2. Auflage, Klagenfurt: Drava Verlag.

Gotsbachner, Emo, 2003: Normalisierungsstrategien in der Rhetorik der FPÖ. Die politische Alchemie, Kritik in Unterstützung zu verwandeln. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2003, 32. Jahrgang, Nr.4, 457-483.

Großegger, Beate; Zentner, Manfred, 2005: Politik und Engagement. Wien: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

Heitmeyer, Wilhelm, 1992: Rechtsextremistische Orientierung bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 4. ergänzte Auflage, Weinheim: Juventa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 1994: Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 1997: Was treibt die Gesellschaft auseinander. Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Bd. 1, 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hg.), 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm, 2002: Rechtsextremistische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm; Hagan, John, Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 501-546.

Heitmeyer, Wilhelm; Hagan, John (Hg.) 2002: Internationales Handbuch der Gewaltforschung. 1. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hg.), 2005: Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2007a: Deutsche Zustände. Folge 5. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm, 2007b: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 15-36.

Heitmeyer, Wilhelm, 2007c: Was hält die Gesellschaft zusammen? Problematische Antworten auf soziale Desintegration. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 37-47.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2009: Deutsche Zustände. Folge 7. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm, 2009: Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 13-52.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2010: Deutsche Zustände. Folge 8. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Herrmann, Gregor, 1995: „Der Schoss ist Fruchtbar noch.“ Politischer und Soziologischer Rechtsextremismus: Erscheinungsformen - Ursachen - Gegenstrategien.

Hofer, Thomas 2008: Die Kampagnen machten den Unterschied. In: Hofer, Thomas; Toth, Barbara (Hg.), Wahl 2008. Wien: Molden Verlag, 10-31.

Hofer, Thomas; Tóth, Barbara (Hg.), 2008: Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen. Wien: Molden Verlag.

Hofer, Thomas; Tóth, Barbara (Hg.), 2006: Kanzler - Kampagnen- Kapriolen. Analyse zur Nationalratswahl. Wien: Lit Verlag.

Hofinger, Christoph; Ogris, Günther, Zeglovits, Eva, 2008: Wie man eine Wahl verliert. In: Hofer, Thomas; Toth, Barbara (Hg.), Wahl 2008. Wien: Molden Verlag, 160-174.

Holzer, Willibald I., 1979: Rechtsextremismus. Konturen und Definitionskomponenten eines politischen Begriffs. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Wien: Verlag, 11-97.

Hummer, Christian, 2003: Ethnozentrismus und Autoritarismus bei Jugendlichen. Einstellungen im Wandel der Zeit sowie alternative Erklärungsansätze eines Einstellungssyndroms.

Hüpping, Sandra; Reinecke, Jost, 2007: Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 77-101.

Hurrelmann, Klaus, 2007: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 9. aktualisierte Auflage, Weinheim: Juventa Verlag.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hg.), 1993: Rassismus - Fremdenfeindlichkeit - Rechtsextremismus. Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs. Bielefeld: Böllert Verlag, 69f.

Jaschke, Hans-Gerd, 1994: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. 1. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kaspar, Hanna; Schoen, Harald; Schumann, Siegfried; Winkler, Jürgen R. (Hg.), 2009: Politik - Wissenschaft - Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Khol, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hg.), 2009: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008. 1. Auflage, Wien: Böhlau.

Kickl, Herbert, 2006: Einer gegen alle anderen. In: Hofer, Thomas; Tóth, Barbara (Hg.), 2006, Kanzler - Kampagnen- Kapriolen. Analyse zur Nationalratswahl. Wien: Lit Verlag.

Klabutscher, Alice, 2008: Determinanten der politischen Sozialisation und deren Auswirkung auf das politische Verhalten Jugendlicher. Wien.

Klein, Anna; Küpper, Beate; Zick, Andreas, 2009: Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 93-112.

Kleine Zeitung, 2010: DÖW sieht Rosenkranz im Rechtsextremen Umfeld. <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2305994/doew-sieht-rosenkranz-rechtsextremen-umfeld.story>, 29.04.2010.

Kluge, Susann, 1999: Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung. 1. Auflage, Opladen: Leske+Budrich.

Kopeinig, Margaretha; Kotanko, Christoph, 2000: Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. Wien: Czernin Verlag

Korte, Karl-Rudolf; Fröhlich, Manuel, 2006 (2004): Politik und Regieren in Deutschland. 2. überarbeitete Auflage, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Kraxner, Christian, 1995: Autoritärer Populismus.

Kurier vom 14.Mai 2009, S.3. Nr. 133.

Lamnek, Siegfried, 2005a: Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. vollst. überarb. Auflage, Weinheim: Beltz.

Lamnek, Siegfried 2005b: Literaturbesprechung. Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1 und 2. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2005, Jg. 57, Heft 1, 179-181.

Legge, Sandra; Reinecke, Jost; Klein, Anna, 2009: Das Kreuz des Wählers. Die Auswirkungen von politischer Entfremdung und Fremdenfeindlichkeit auf das Wahlverhalten in abgehängten Regionen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 53-72.

Leiprecht, Rudolf, 1993: Das Modell „unmittelbare und/oder direkte Konkurrenz“. Erklärung von Rechtsextremismus oder Rechtfertigungsangebot. In: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hg.), Rassismus - Fremdenfeindlichkeit - Rechtsextremismus. Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs. Bielefeld: Böllert Verlag, 69f.

Loch, Dietmar; Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2001: Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Luther, Richard Kurt, 2007: Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter (Hg.), Wechselwahlen. Wien: Facultas Verlag, 231-254.

Maegerle, Anton, 2009: Modell Österreich. Die rechtspopulistische FPÖ. http://www.bpb.de/themen/GF8X10,0,Modell_%D6sterreich:_Die_rechtspopulistische_FP%D6.html, 16.03.2010.

Mansel, Jürgen; Kaletta, Barbara, 2009: Desintegrationsprozesse, Anerkennungsprobleme und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein Ost-West-Vergleich. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 73-92.

Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hg.), 2005: Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. 1. Auflage, Weinheim: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp, 2005: Neuer Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der Qualitativen Inhaltsanalyse. In: Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hg.): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim: Beltz Verlag, 7-19.

Mayring, Philipp, 2007: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 9. Auflage, Weinheim: Beltz Verlag.

Melischek, Gabriele; Rußmann, Uta; Seethaler, Josef, 2010: Agenda Building in österreichischen Nationalratswahlkämpfen, 1970-2008. In: Plasser, Fritz (Hg.): Politik in der Medienarena, Wien: Facultas, 101-143.

Menschik-Bendele, Jutta; Ottomeyer, Klaus (Hg.), 2002: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms. 2. revidierte Auflage, Opladen: Leske+Budrich.

Merschitz, Peter, 2007: Politische Einstellungen von Jungwählern und JungwählerInnen. Eine empirische Studie anlässlich der Nationalratswahl in Österreich 2006.

Mittnik, Philipp, 2010: Die FPÖ - eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache. Politikwissenschaft Band 177. 1. Auflage, Wien: Lit Verlag.

Mols, Manfred (Hg.), 2006: Politikwissenschaft. Eine Einführung. 5. aktualisierte Auflage, Paderborn: Schöningh.

Mudde, Cas, 1996: The War of Words. Defining the Extreme Right Party Family. West European Politics, 1996, 19, 225-248.

Neugebauer, Wolfgang, 1998: Strukturen rechtsextremer Organisationen und deren Bereitschaft zur Gewalt. <http://www.doew.at/information/mitarbeiter/beitraege/strukture.html>, 23.03.2010.

Neurieser, Joachim, 2008: Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatistische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945.

Oesterreich, Detlef, 1993: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen - eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Weinheim: Juventa Verlag.

Ottomeyer, Klaus, 2000: Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ. 2. Auflage, Klagenfurt: Drava-Verlag.

Ottomeyer, Klaus, 2009: Jörg Haider - Mythenbildung und Erbschaft. 1. Auflage, Klagenfurt: Drava-Verlag.

HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (Hg.), 2009: Völkische Verbindungen. Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich. 1. Auflage, Wien: Druckerei Gerin.

Pappi, Franz Urban; Shikano, Susumu, 2007: Wahl- und Wählerforschung. 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Peham, Andreas, 2007: Geil auf Gewalt. Zur Ökonomie des Hasses in der männlichen Adoleszenz. http://www.erinnern.at/e_bibliothek/seminarbibliotheken-zentrale-seminare/nationalsozialismus-und-faschismus-in-nord-und-sudtirol-6-zs-2007/Peham%2C%20Jugendliche%20Gewalt.pdf, 19.11.2010.

Peham, Andreas, 2010: Rechtsextremistische („revisionistische“; nationalistische, antisemitische, autoritäre) Äußerungen von FPÖ-PolitikerInnen/Rechtsextremistische Vorfälle im Zusammenhang mit der FPÖ

Pelinka, Anton, 1998: Austria. Out of the Shadow of the Past. Colorado: Westview Press.

Pelinka, Anton, 2002a: Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. http://www.cco.regener-online.de/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf, 16.03.2010.

Pelinka, Anton, 2002b: Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2002, 31.Jahrgang, Nr.3, 281-290.

Pelinka, Anton; Rosenberger, Sieglinde, 2003: Österreichische Politik. Grundlagen - Strukturen - Trends. 2. aktualisierte Auflage, Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.

Pelinka, Anton, 2005: Die FPÖ. Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars, Populisten an der Macht. Wien: Braumüller, 87-104.

Perloth, Flooh; Zandonella, Martina, 2009: Wählen mit 16. Jugendliche und Politik in Österreich. SWS-Rundschau, 2009, Jg. 49, Heft 3, 420-445.

Perger, Werner, 2010: Völkischer Populismus in Europa. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8., Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 305-314.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter; Sommer, Franz (Hg.) 2000: Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Facultas Verlag

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, 2000: Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter; Sommer, Franz (Hg.), Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Facultas Verlag, 225-241.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, 2002: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 25, 1. Auflage, Wien: WUV-Universitäts-Verlag.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter (Hg.), 2007: Wechselwahlen. Analyse zur Nationalratswahl 2006. Wien: Facultas.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, 2008: Die Wahlanalyse 2008. Wer hat wen warum gewählt? [http://members.chello.at/zap-forschung/download/Analyse NRW 2008 Plasser Ulram.pdf](http://members.chello.at/zap-forschung/download/Analyse_NRW_2008_Plasser_Ulram.pdf), 16.03.2010.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, 2008: Thematische Konturlosigkeit. Analyse der Nationalratswahl 2008. Österreichisches Monatsheft, 2008, Nr. 11, 14-25.

Plasser, Fritz (Hg.), 2010: Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Bd. 31, Wien: Facultas.

Plasser, Fritz; Seeber, Gilg, 2010: Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: Plasser, Fritz (Hg.), Politik in der Medienarena. Wien: Facultas, 273-312.

Preglau, Max, 2001: Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ. SWS-Rundschau, 2001, 41. Jahrgang, Nr. 2, 193-213.

Pribasnik, Theresa, 2009: Ehe mit Hindernissen. Die Auswirkungen des Fremdenrechts auf die Lebenssituation binationaler Ehepaare in Österreich.

Profil, 2008: Jugend am rechten Rand. 39. Jahrgang, Nr.41. 6. Oktober 2008.

Reinders, Heinz, 2005: Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen. Ein Leitfaden. München: Oldenbourg.

Rippl, Susanne, 2002: Bildung und Fremdenfeindlichkeit. Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2002, Jg. 54, Heft 1, 135-146.

Rippl, Susanne, 2003: Kompensation oder Konflikt? Zur Erklärung negativer Einstellungen zur Zuwanderung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2003, Jg. 55, Heft 2, 231-252.

Rippl, Susanne, 2004: Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2004, Jg. 24, Heft 1, 17-32.

Rippl, Susanne, 2005: Fremdenfeindlichkeit - ein Problem der Jugend? Eine vergleichende Untersuchung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2005, Jg. 25, Heft 4, 362-380.

Rippl, Susanne; Baier, Dirk, 2005: Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2005, Jg. 57, Heft 4, 644-666.

Roggenland, Yvette Marlene, 1994: Die Einstellung von Erstwählern zu den österreichischen Parteien, zu Politik und zu unserer Gesellschaft. Am Beispiel der Erstwähler im Bezirk Baden, Mödling und Wr. Neustadt.

Rokkan, Stein, 1980: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. Zeitschrift für Soziologie, 1980, Jg. 9, Heft 2, 118-128.

Rommelspacher, Birgit, 1992: Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Foitzik, Andreas; Leiprecht, Rudolf; Marvakis, Athanasios; Seid, Uwe (Hg.), „Ein Herrenvolk der Untertanen.“ Rassismus, Nationalismus, Sexismus. Duisburg: DISS, 81-94.

Rudi, Tatjana; Schoen, Harald, 2005: Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In: Falter, Jürgen; Schoen, Harald (Hg.), Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 305-326.

Scharsach, Hans-Henning, 2000: Haider. Österreich und die rechte Versuchung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schellenberg, Britta, 2009: Aktuelle Entwicklungen im europäischen Rechtsextremismus.

http://www.bpb.de/themen/GHLOMF.0.Aktuelle_Entwicklungen_im_europ%EAischen_Rechtsextremismus.html, 16.03.2010.

Schiedel, Heribert, 2007: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien: Edition Steinbauer.

Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hg.), 2001: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske und Budrich.

Schuster, Johanna, 1996: Theorien über jugendlichen Rechtsextremismus. Eine Analyse von Theorie und Methodologie.

SORA , Institut für Strategieberatungen 2008: Nationalratswahl 2008. http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa_sora_nrw08.pdf, Stand 05.09.2010

Schwarzer, Steve; Kozeluh, Ulrike; Perlot, Flooh; Zandonella, Martina; Zeglovits; Eva, 2009: Wählern mit 16. Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung - Fokusgruppen - Tiefeninterviews.

Sottopietra, Doris, 1998: Phänomen Rechtspopulismus. Eine Studie. Wien: Zukunfts- und Kulturwerkstätte.

Stöss, Richard, 2007: Rechtsextremismus im Wandel. <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>, 05.11.2010

Süddeutsche Zeitung, 2008: Rechtspopulist als Jugendidol. <http://www.sueddeutsche.de/kultur/rechtspopulist-als-jugendidol-adios-che-1.690133>, 05.12.2010.

Terplak, Kristina, 2008: Rechtspopulismus. Wahlkämpfe der FPÖ 2006 im Vergleich zur SVP 2007 in der Schweiz.

Ullrich, Peter, 2009: Ein verspielter Sieg und eine siegreiche Zeitungspartei. Zur Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien: Böhlau, 3-21.

Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, 2003: Rechtsextremismus. Ursachen und Gegenstrategien. <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/breurge.pdf>, 06.11.2010.

Was bleibt von Haider?. <http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=61>, 23.03.2010.

Winkler, Jürgen: Rechtsextremismus. Gegenstrategien - Erklärungsansätze - Grundprobleme. <http://www.extremismus.com/texte/rex4.pdf>, 06.11.2010.

Winkler, Jürgen, 1996: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. In: Falter, Jürgen W.; Jaschke, Hans-Gerd; Winkler, Jürgen R. (Hg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag, 25-48.

Winkler, Jürgen, 2001: Rechtsextremismus. Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske und Budrich, 38-68.

Zeglovits, Eva, 2008: Junge WählerInnen bei der Nationalratswahl 2008.

Zick, Andreas; Küpper, Beate: Nachlassende Integrationsbereitschaft in der Mehrheitsbevölkerung. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 150-168.

Zick, Andreas; Henry P.J., 2009: Nach oben buckeln, nach unten treten. Der deutsch-deutsche Autoritarismus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 190-207.

Zick, Andreas; Lobitz, Rebecca; Gross, Eva Maria, 2010: Krisenbedingte Kündigung der Gleichwertigkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 72-86.

Anhang

I. Fragebogen des problemzentrierten Interviews

1) Statistik

Interviewnummer			
Name (Vorname)			
Alter			
Geschlecht			
höchste bislang abgeschlossene Ausbildung			
im Moment	erwerbstätig	SchülerIn	StudentIn
Ausbildung der Eltern	Mutter		
	Vater		

2) Einstieg - allgemeines politisches Interesse

- Interessierst du dich für Politik? Hast du das Gefühl, dass du dich in der Politik auskennst?
- Welche Bedeutung hat Politik in deinem Leben?
- Glaubst du, dass du auf das politische Geschehen Einfluss nehmen kannst? Glaubst du es hat Sinn, sich politisch zu engagieren?
- Nehmen Parteien/Politiker die Anliegen der jungen Menschen ernst? Wer nicht?
- Sprichst du mit deinen Eltern/ deinen Freunden/ in der Schule/am Arbeitsplatz?

3) Wahl 2008

- Wenn du an die Nationalratswahl 2008 zurückdenkst, hast du dich für den Wahlkampf interessiert?
- Wie hast du dich vor der Wahl informiert? (Internet, welche Printmedien bzw. andere Medien,...)
- Hat dich eine Partei im Wahlkampf besonders angesprochen? Welche Partei hast du gewählt?
- Warum hast du diese Partei gewählt? (Nachfrage: Themen, Person des Spitzenkandidaten, Kontakt mit Wahlwerber/Strache persönlich,...)
- Du hast vorhin das Ausländerproblem angesprochen. Kannst du verstehen, warum viele Österreicher schlecht über Ausländer reden?

- Wie hast du deine Wahlentscheidung getroffen? War es eine spontane Entscheidung oder hast du dich schon länger vor der Wahl für die FPÖ entschieden?
- Viele junge Menschen haben die FPÖ gewählt. Warum ist das deiner Meinung nach so? Was spricht die Jugendlichen an? Was fehlt anderen Parteien?
- Mit wem hast du damals über die Wahl gesprochen? (Freunde, Eltern, Schule, Arbeitsplatz)
- Weißt du, welche Parteien deine Eltern, Freunde,... gewählt haben? Wie wichtig ist dir, was deine Freunde gewählt haben?

4) politische Selbstverortung

- Was fällt dir ein, wenn du an die SPÖ/ÖVP/FPÖ/Grüne/BZÖ denkst? Was verbindest du mit ihnen? Welche Assoziationen hast du zu diesen Parteien?

politische Parteien werden meistens auf einer Skala von links nach rechts eingestuft.

- Wo würdest du dich selbst auf dieser Skala einstufen?
- Wo würdest du die österreichischen Parteien einstufen?
- Die FPÖ wird oft als rechtspopulistisch bezeichnet, manchmal sogar als rechtsextrem. Kannst du das nachvollziehen? Wie siehst du die FPÖ?

II. Fragebogen des Experteninterviews mit Andreas Peham

Themenblock 1: FPÖ

- Wie beurteilen Sie die politische Orientierung der FPÖ (bezogen auf das Jahr 2008) unter Parteiohmann Strache? Ist Sie als rechtspopulistisch oder bereits als rechtsextrem einzuordnen?
- Findet durch die Einordnung der FPÖ als rechtsextrem eine Entwertung anderer, womöglich noch weiter rechts agierender Parteien (wie bspw. der NDP) statt? wie sind diese einzuordnen?
- Was hat sich seit Haider geändert?
- Tritt die FPÖ heute offener als rechtsextreme Partei auf?
- Es gibt zahlreiche Verbindungen zwischen offen rechtsextrem agierenden Organisationen und Funktionären der FPÖ. Sind Personen mit rechtsextremen Ansichten in der FPÖ unter Strache die Ausnahme oder die Regel?

Themenblock 2: gesellschaftliches Klima in Österreich

- Wie hat sich das gesellschaftliche Klima in Österreich in den letzten Jahren verändert?
- Würden Sie von einem Rechtsruck innerhalb der österreichischen Gesellschaft sprechen?
- Auch die österreichische Medienlandschaft hat sich nach rechts verschoben. Welche Auswirkungen hat das auf das gesellschaftliche Klima und die politische Kultur Österreichs?
- Erfahren Aussagen von Strache und anderen Akteuren des rechten Lagers durch diese Veränderungen Legitimität?

Themenblock 3: Wahl 2008

- Das Dritte Lager insgesamt, aber vor allem die FPÖ hat bei der Wahl 2008 gute Ergebnisse erreicht. Von Nutzen war hierbei sicherlich das schlechte Koalitionsklima vor der Wahl. Was hat ihrer Meinung nach zum Wahlerfolg der FPÖ beigetragen?
- Vor allem bei jungen WählerInnen hat die FPÖ 2008 gut abgeschnitten. Ein ähnliches Bild hat sich jedoch auch schon bei der Wahl 1999 gezeigt. Worin sehen Sie die Ursachen für den starken Zuspruch Jugendlicher zur FPÖ? (Wahl als Protest (gegen Altparteien, aber auch gegen Eltern); „normale“ Partei, da ehemalige Regierungspartei; leichtere Einflussnahme?)

- Wie sehr ist eine rechte Ideologie unter den Jugendlichen Ursache dieser Wahl? Welche Einfluss haben Spitzenkandidat und gezielte Wahlwerbung in der jüngeren WählerInnenschicht?
- Vor der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ergaben Umfragen (Quelle?) zumeist eine rot-grüne Mehrheit bei den Jugendlichen? Warum hat sich deren Einstellung zu drastisch geändert? Welchen Einfluss hat das gesellschaftliche Klima darauf?

III. Fragebogen des Experteninterviews mit Herbert Kickl

- „Wählen mit 16“: Die Nationalratswahl 2008 war die erste bundesweite Wahl, bei der schon 16-Jährige wahlberechtigt waren. Konnte die FPÖ Ihrer Meinung nach von der Wahlaltersenkung profitieren?
- Sie schreiben in Ihrem Buchbeitrag zur Wahl 2008, dass JungwählerInnen aufgrund ihrer fehlenden parteipolitischen Bindung zur Hauptzielgruppe der FPÖ zählen.

Wie versucht die FPÖ die jungen WählerInnen anzusprechen?

- Sonderwerbformen (HC-Man, HC-Rap, Comic,...)
 - Disco
 - Schulbesuche
 - Internet
- Wahlwerbung alleine kann den Erfolg der FPÖ in diesem WählerInnensegment wohl nicht erklären. Welche Themen sind für die JungwählerInnen relevant?
(Protestwahl nach Scheitern der Großen Koalition)
 - Was unterscheidet die FPÖ Ihrer Ansicht nach von ihren politischen Mitbewerbern? (SPÖ und Grüne haben im Vergleich zur Nationalratswahl 2006 in den jungen Wählerschichten massiv verloren, während die FPÖ starke Gewinne verzeichnen konnte.) Was fehlt den anderen Parteien?
 - Sie beschreiben in Ihrem Beitrag zur Wahl 2006 den HC Rap als Möglichkeit „politische Botschaften in unpolitischer Form zu kommunizieren“. Ist das die Antwort der FPÖ auf eine parteipolitisch scheinbar uninteressierte Jugend?
(Studien ergeben, dass Jugendliche politisch interessiert sind, aber nicht an vorhandenen Parteien)
 - Wie wichtig ist Heinz-Christian Strache als Person für den Wahlerfolg in dieser Altersgruppe? Wie sehr wird die Wahlentscheidung der JungwählerInnen von der Person des Spitzenkandidaten gelenkt?

- Können Parallelen zwischen der Nationalratswahl 2008 und jener des Jahres 1999 gezogen werden, bei der die FPÖ bei den Wählern unter 30 ebenfalls besonders erfolgreich war?

IV. Kurzbeschreibung/Abstract

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Hintergründen einer Wahlentscheidung junger Menschen für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Anlass dafür waren die Ergebnisse der Nationalratswahl 2008, in deren Folge eine öffentliche Diskussion über einen möglichen Rechtsruck der österreichischen Jugend entbrannte. Eine inhaltliche Analyse der Wahlmotive in Hinsicht auf die gesellschaftlichen Umstände, die auf eine solche Wahlentscheidung einwirken, blieb aus. Diese Lücke versucht diese Arbeit zu füllen, wobei das Desintegrationstheorem von Heitmeyer als Grundlage für die Auseinandersetzung mit Wahlmotiven dient. Ergänzt durch das sozialpsychologische Modell der Wahlentscheidung entsteht so eine fundierte theoretische Basis.

Davon ausgehend wurden in einer qualitativen Erhebung Leitfadeninterviews mit JungwählerInnen durchgeführt, deren thematische Analyse die Beantwortung der aufgeworfenen Fragestellungen ermöglichte. Insbesondere Desintegrationserfahrungen stellen betreffend einer späteren Wahlentscheidung einen bedeutenden Einflussfaktor dar. Nachfolgend wurde eine Typologie von jungen FPÖ-WählerInnen konstruiert, die durch Informationsreduktion die Übersichtlichkeit der Erkenntnisse erhöht.

Zum Abschluss erfolgt eine Diskussion der daraus abzuleitenden gesellschaftlichen Konsequenzen.

This thesis engages in presenting the social backgrounds of young adults' decisions for voting in favor of the FPÖ at the general elections 2008. Reasons for that have been the election's results which triggered a discussion on a possible swing to the right, taking place among the youth. Contentual analyses of the elections' motifs, with regard to the social conditions, which influence such election results, fail to appear. The thesis aims to fill this gap of information by taking Heitmeyer's Desintegration Theorem as a basis for the controversy of the elections' motifs. Complemented by a socio-psychological model, a theory based foundation is formed.

Based on that, guideline-based interviews have been conducted in the course of a qualitative survey among young voters. A thematic analysis of the survey's results offers possibilities to answer the raised questions. Especially disintegration experiences play a crucial influencing factor on the eventual election decision.

Subsequently, a typology of young FPÖ-voters has been constructed, which through a reduction of information increases the insight's clarity.

Finally, a discussion on the social consequences, deduced from these insights, follows.

V. Lebenslauf

Name: Barbara Hauenschild
Geburtsdatum: 07. August 1986
Familienstand: ledig
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

1992-1996 Donau/NÖ)	Volksschule Englische Fräulein (Krems a.d.
1996 - 2004 Donau/NÖ)	Bundesrealgymnasium Ringstraße (Krems a.d. Matura erfolgreich bestanden
seit Oktober 2004	Diplomstudium Soziologie an der Universität Wien
seit Februar 2005	Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien

Beruflicher Werdegang

seit Juli 2006	wissenschaftliche Mitarbeiterin der ÖGPP Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung
2008-2009	Projektmitarbeit Universität Wien: „Bildung und aktives Altern“ unter der Leitung von Ao. Univ.-Prof. Dr. Kolland